

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: sechs Monate 1,10 Mk., monatlich 20 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (mit das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin. Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 500.— (darunter G. V. für ein Referat 6.—), 2. Kreis 1000.—, 4. Kreis (Ost) 2000.— (darunter Anton 10.—, Tischlerei Köhler, Ballisadenstr. 77, 22,50, Kranzüberich, d. Werkst. Rothermund 4,20, v. d. Scherfasse der Werkst. Rothermund 6.—, Tischlerei Himmel, Gr. Frankfurterstr. 117a, 40.—, Heberich, d. Streif d. Tischlerei Hülfenbed, Stoll u. Co. 18,55, vom aufgelösten Diskontoklub Leopold Jacoby 80,72), 4. Kreis Südost 2000.— (darunter Lese- und Diskontoklub Südost 200.—, Postkassen von Spinn 15.—, Gefangenenklub 5,70, Bürgerkolonne Marquardt 1,50, von Daxstedern der Firma Hilde, Niddorf 3.—, Zusammenkunft der Tischler von Schmidt u. Hedenstr. 6.—, vom Stadtbezirk 97 5.—, vom Stadtbezirk 103 10.—, vom Stadtbezirk 110 10.—), 7. Kreis 150.— (darunter R. K. 50.—, Freundschaftsbund Mitte 5.—), 8. Kreis 8000.— (darunter Werkst. Christl, Kronenstraße 31, 20.—, A. B. Müller 1.—, Vierprozente Gebr. Krenn 25.—, Büffel, Vorfrühtrage 3.—, Gefangenenklub Nordwest 3.—, Vierprozente der Zimmerer von Schmidt, Venzelstraße, 10.—), Berlin, diverse Beiträge: L. u. S. 10.—, Ueberführung einer amerik. Kaution auf dem Sommerabendball des Centralverbandes der Maurer, Zahlstelle Norden, d. A. 7,30, Ges. v. Delegierten, Vorstand u. Aufsicht auf der Generalversammlung der Central-Stranlenfasser der Maurer u. durch A. W. 61.—, Cigarrenfabrik von R. Schulze, Friedrichsfehrstr. 21, 4,10, Ges. von den Tischlern und Maschinenarbeitern der Möbelabrik Großhaus 13,70, von den Fassadenputzern Baumwälderweg, Bau Jagdeggast 5.—, Zeitungsetzer der „Volkszeitung“ 8,20, Dr. L. A. 50.—, Kontobucharbeiter v. Wedding 5.—, Sechs Gutmacher Königsr. 25, 10.—, M. W. 3.—, Vierprozente der Zimmerer von A. Def. Bau Rängenstr. 7-8, Charlottenburg 12.—, von Verbändenmitgliedern der „Volkszeitung“ 9,40, von den Arbeitern der neuen Berliner Gewerkschafts-Bücherei 24.—, Mitglieder der „U. D.“ 8,35, R. 22.—, 50, Bürgerkolonne Afl 10.—, G. R. 10.—, Drucker-Gewerkschaft von Rading, Aht. „Vorwärts“ 10.—, Kranzüberich Frau Kowah 1,50, Waldmehnen, Schmidt 5.—, Weisig 1.—, E. W. 3.—, Vier socialdemokratisch gesumte Techniker 2,55, E. P. durch Schröder 10.—, A. S. 50.—, P. S. 50.—, von Berliner Delegierten auf dem Männeher Parteitag, im Gluckshaus des Finanzministers gesammelt, 1,83, Zule, Ritterstraße 85, 2, Quartal 10,70, 3. Quartal 19,50, Sa. 88,20, Wägel, vom Arbeiter-Bildungsverein 5.—, Bern 100.—, Bremen, von den Parteigenossen 300.—, Weeslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Bamberg, durch A. W. 50.—, Dessau, vom 1. anhaltischen Wahlkreis, durch A. W. 50.—, Fallenberg (Oberh.), 2.—, Friedrichshagen, G. P. 5.—, Gutsdorf bei Striegau, durch A. U. 4,30, Gießen, E. A. 10.—, Gotha, durch d. Vertrauensmann J. 30.—, Hamburg, Einzelmitglieder durch G. Geister 40.—, Hannover, von einem Fabrikanten zur Bekämpfung des Brodwägers 500.—, Hameln-Linden, neunter hannov. Wahlkreis 50.—, Hagedt, von Genossen 10.—, Hagen i. W., Anhängen 2.—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ im Monat September eingegangen 135,10, Jena, Quartalsbeitrag vom 3. weimariischen Wahlkreis 50.—, Klingenthal, Döhlwald, von Parteigenossen 10,60, vom „Volksblatt“-Anträger 3.—, Sa. 13,60, Kall bei Köln, Volksverein Köln-Land 100.—, Kappel i. S., Ueberführung vom Bismarck-Turnbau 2,08, Kiel, L. W. 5.—, Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Landeshut, vom socialdemokr. Wahlverein Landeshut-Wollenstein-Jauer 25.—, Meerane, 17. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 40.—, (darunter vom roten Postmeister 15.—), München, Waldläufer 5.—, Nürnberg, Marcel 2.—, Regensburg, durch A. G. 15.—, Nürnberg-Altendorf, socialdemokr. Verein 20.—, Oppau (Waldz), gesammelt in der Maurer-Versammlung vom 21. September 10,77, Offen- burg, Wahlverein Vorwärts 20.—, Redlinghausen-Druck, durch L. 30.—, Reichenbach i. Schl., sociald. Wahlverein 5.—, Richen- hain, Arbeiter-Bildungsverein 3.—, Niddorf, zurückgewiesene Entschädigung P. Th. 15,80, Staßfurt i. C., Altvater 5.—, Schöned i. S. durch A. G. 6.—, Solingen, durch den Kreisvertrauensmann 20.—, (darunter v. Volksverein Solingen 15.—), Teßberg, Arbeiter-Wahlverein 4.—, Wittlich b. Trier, von Parteigenossen durch Ph. M. 5.—, Wunsiedel, durch R. L. 1.—, Württemberg 100.—

In der Quittung in der Nr. 210 des „Vorwärts“ vom 9. September d. J. muß es unter den Berliner diversen Beiträgen nicht heißen Gründersche, sondern Gräberische Diversität 10.—. Unter Hamburg in der Expedition des „Echo“ im Monat Juli eingegangen muß es nicht heißen 81.—, sondern 81,75. Desgleichen unter Hamburg 3. Wahlkreis nicht 300.—, sondern 8000.—  
 Berlin, den 8. Oktober 1902.

Für den Parteivorstand:  
 A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

### Konservative Zollpläne.

Nach v. Frege Herr Rettich. Der „Kostoder Anzeiger“ bringt einen ausführlichen Bericht über den Vortrag des Abg. Rettich im konservativen Verein des fünften mecklenburgischen Wahlkreises. Was Herr Rettich über den Zolltarif und gegen die Zollopposition vorbrachte, bedarf keiner besonderen Beachtung, denn Herr Rettich ist nicht der Mann, der irgend etwas Selbständiges oder Neues zu sagen weiß. Am so bemerkenswerter aber ist, was Herr Rettich über die Aussichten der Vorlage äußerte, da er als Vorsitzender der Zollkommission in die Vorgänge hinter den Coulissen wohl eingeweiht ist und gleichfalls mit den Stimmungen seiner konservativen Parteigenossen durchaus vertraut ist. Die Aussichten des Herrn Rettich in Kostoder bekunden die gleiche Meinung zum Zolltarifentscheid mit der Regierung, die soeben auch Herr v. Frege, wie wir gestern mitteilten, mitbeweist geführt hat.  
 Zunächst sprach Herr Rettich davon, daß die konservativen Wünsche in der Tarifvorlage der Regierung nicht in dem Maße erfüllt worden seien, wie es die Regierung vorher zugesagt hatte; an Stelle des erwarteten allgemeinen Doppeltarifs und der Getreidemindestzölle von 8-11/2 Mark seien nur ein Doppeltarif für die Getreidezölle und

niedrigere Getreidezölle gekommen. Daher habe die Kommissionsmehrheit darauf bestehen müssen, die Regierungsvorlage agrarisch zu „verbessern“. Da die Regierung aber nicht nachgeben wolle und andererseits beim Falle der Regierungsvorlage die Gefahr bestehe, daß der künftige Reichstag Handelsverträge ablehnen werde, die mehr bieten als die Regierungsvorlage, so sei die Situation sehr schwierig. Nun erklärte Herr Rettich:  
 „Wir haben uns ja festgelegt auf höhere Zölle auf Getreide und Vieh. Vielleicht könnten wir dennoch etwas nachgeben, um den Tarif zu stande zu bringen. Aber mir scheint doch die Sache so zu liegen, daß wir nicht ganz nachgeben können bis zur Vorlage, das wäre eine politische Unmöglichkeit, der politische Tod der konservativen Partei. Die von uns der Landwirte vorgeschlagenen Sätze sind unannehmbar... Meiner Ansicht nach müssen wir, wenn die Regierung etwas entgegenkommt, nachgeben. Wie weit, darüber möchte ich mich aus tatsächlichen Gründen nicht aussprechen... Wir sehen die Unmöglichkeit ein, alles durchzusetzen und halten ein vollkommenes Scheitern der Vorlage doch für sehr bedenklich.“  
 Nachdem Herr Rettich also die Neigung zu weiterem Umfall der Konservativen, an den wir niemals gezweifelt haben, kund gegeben hat, gelangt er schließlich zur Betrachtung der Aussichten der Vorlage im Reichstagsplenum. Und diese Betrachtung offenbart recht offenkundig die freilich noch unklaren Verge- waligungspläne der Konservativen. Herr Rettich schloß seine Rede mit den Worten:  
 „Wie find man im Plenum des Reichstages die Aussichten für den Zolltarif? Leider war der lang verheißene Entwurf dem Reichstag so spät zugegangen, daß nun die Zeit sehr kurz wird; das ist eine Schuld der Regierung. Die Linke scheint sehr entschlossen, durch alle Mittel der Obstruktion das Zustandekommen zu verhindern. Nur gründliche Verrückung der Geschäftsordnung kann da helfen. Eine Verrückung mit den Regierungen ist nicht ausgeschlossen, und um zu einem Ziel zu gelangen, würde ich in einzelnen Punkten nachgeben; wie weit, darüber kann ich mich aus tatsächlichen Gründen, wie gesagt, nicht aussprechen. Vielleicht könnte, um ein vorläufiges Ergebnis zu erzielen, in irgend einer Form der Regierung die Vollmacht erteilt werden, auf Grund der Kommissionsbeschlüsse und einiger im Plenum zu beschließender Änderungen Handelsverträge abzuschließen. Die Linke will den Zolltarif mit dem Gesetz über Fleischnot und Brotwucher zur Wahlpole machen. Ich weiß zwar nicht, ob diese ziehen wird, um aber die kolossale Aufregung der Massen zu vermeiden, möchte ich allerdings gerne die Sache endgültig oder vorläufig zu einem Ende oder gewissen Ruhepunkt führen.“

Die Konservativen haben die heillosste Angst vor dem Wahlkampf unter der Parole des Brotwuchers; sie fürchten die Agrardemagogie des Hunderttaus, das die Landbevölkerung gegen die „Gouvernementalen“ aufhetzt, sie fürchten vor allem die Erfolge der Socialdemokratie. Darum wollen sie, daß auf jeden Fall etwas zu stande kommt, daß die Zollfrage aus dem kommenden Reichstags-Wahlkampf ausscheide.  
 Leider hängt die Erfüllung dieses konservativen Wunsches nicht von Herrn Rettich und seinen politischen Freunden ab. Diese Gesellschaft ist natürlich bereit, zur Erzielung ihrer Ausbeutungsforderungen jeglichen Realisationsstreik zu unternehmen. Sie ist mit Wonne dabei, die Geschäftsordnung des Reichstages „gründlich“ zu ändern. Am liebsten so, daß geschäftsordnungsmäßig bestimmt werde, gegen den Zolltarif dürfe niemand sprechen. Doch diesem konservativen Sehnen winkt keine Erfüllungsaussicht. Nicht nur die Linke des Reichstages wird jedem Versuch einer reaktionären Geschäftsordnungs-Änderung so zu begegnen wissen, daß darüber schon der ganze Zolltarif, um deffent- willen die Änderung geschehen soll, zusammenbrechen möchte. Die Dinge liegen jetzt so, daß selbst die „Innentweiger“ vom Bunde der Landwirte sich ihren „pflanzlichen“ Zollfreunden entgegen- zusetzen anklagen, wenn diese versuchen sollten, die Tarifvorlage ohne gründliche Beratung durchzusetzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, zugleich weitere Zettelungen der Zollmänner an den Tag bringend:  
 „Es heißt, der Seniorenlombent werde sich nicht nur mit der Frage befassen, welcher von den beiden Entwürfen zuerst zu beraten sei, sondern auch mit der andern, welche Teile des Tarifs in der Beratung zusammengefaßt werden könnten, damit eine Entscheidung erzielt werde. Wir halten es für ungeschicklich, daß der Seniorenlombent etwas Derartiges empfehlen könnte. Was bei der zweiten Lesung in der Kommission insolge einer Vereinbarung möglich war, ist im Plenum schlechthin unmöglich. Dort muß selbstverständlich über jede Position gesondert abgestimmt werden, und es darf keinem Mitgliede des Reichstages die Möglichkeit genommen werden, Ab- änderungsanträge zu stellen. Daß gewisse Herren vielleicht ein deraartiges Abkürzungsmittel in Erwägung gezogen haben und den Versuch machen werden, es anzuhängen, stellen wir nicht in Abrede. Aber wir halten den Versuch, wie gesagt, für aussichtslos. Insbesondere würden wir mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln dagegen uns wehren und verwahren müssen, daß durch irgend welche formelle Behandlung des Tarifs unsere Freunde die Vertretung der Forderungen erschwert oder unmöglich gemacht werde, die sie im Interesse der Landwirtschaft im Plenum des Reichstages erheben und wiederholen müssen. Wird dadurch die Erzielung der Vorlagen verzögert, so ist das teilweise die Schuld der Kommission, die in der zweiten Lesung die für uns wichtigsten Fragen nicht zur Erörterung kommen ließ. Ob man uns wegen dieser Auseinandersetzung neuerdings wiederum der Obstruktionsdrohung beschuldigt, läßt uns vollkommen kalt.“  
 Die Linsen eine Änderung der Geschäftsordnung Vorgehenden werden erkennen, daß sie durch solchen Versuch ihre Zollminderlage

nur noch durch eine weitere Niederlage verschärfen würden. Nicht als ob wir auf weiteres Mundausreißen der Wähler allzuviel geben, aber immerhin ist der Zwiespalt im konservativen Lager für diejenigen Parteien von Wert und Bedeutung, die alles daran setzen werden, die Ordnung des Reichstages gegen reaktionäre Gewaltgehalte zu schützen.  
 Wenn schließlich Herr Rettich Andeutungen macht, wie die konservativen Herrschaften, im Falle der Nichterledigung der Tarifvorlage, die Erreichung ihrer Zollwünsche ausmalen, so ist das nur unklare Gerede. Es müßten Wunder geschehen, wenn die Regierung in den Stand gesetzt sein könnte, Handelsverträge, die den Agrariern gefallen, noch während dieser Reichstags-Tagung abzuschließen und dem Parlament vorzulegen. Das ist der Fing der agrarischen Raubpolitik, deren Befolgen sich die Regierung verschrieb, daß zur Sicherung höchster Zollsätze die Zollaktion so unheimlich eingeleitet wurde, daß nur das ganze mühselige Werk zu scheitern droht.  
 Die Buderpartei werden gewiß auch weiter alles daran setzen, um ihres inneren Zwistes, um ihres Habers mit der Regierung Herr zu werden, um endlich auch den Widerstand der Socialdemokratie zu brechen. Aber die Gegner der Zollausbeutung werden ebenso alles daran setzen, daß der frevelhafte Pfländerungsplan, wenn nicht an der Spitz der wild entfesselten Interessengruppen, so an dem interkammerlichen Widerstand des Volkes zerfällt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Oktober.

#### Neudeutsche Politik.

Es ist eine Eigenschaft der neudeutschen Politik, daß die einfachsten und gleichgültigsten Begebenheiten sich zu verschlungenen, rätselhaften Staatsaktionen ausbilden. Ein moderner Scribe fände Stoff zu verwickeltesten Schauspielen. Ein Glas Wasser spielt in den höchsten Vorgängen immer noch eine „Weltgeschichte“ schaffende Bedeutung. Vielleicht ist es die künstlerische Begabung maßgebender Personen, die diesen Reichtum an Ueberraschungen, Verwirrungen, Kontrasten verursacht. Das höchste Schauspiel steigt von den Brettern ins Leben, und erfüllt es mit seinem Geist.  
 Nicht immer ist es möglich, den Schlüssel für die Geheimnisse der leitenden Politik zu finden. Aber seitdem Herr Jacobi, als Vertrauensmann des Grafen Bülows, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wird der Schlüssel willig auch den boshaftesten Reglern zur Verfügung gestellt. Fast scheint es, als ob Herr Jacobi immer noch der wütende Helfer des neuen Kurzes und der Bismarck-Frondeur ist, der er war; sonst hätte er sicher dem Grafen Bülow abgeraten, jenes diplomatische Meisterstück zu veröffentlichen, das heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in hochoffiziösem Speerdruck bringt. Das wunderbare Erzeugnis offiziöser Intelligenz hat folgenden Wortlaut:  
 „In einer Reihe von Blättern wurde gestern behauptet, daß die Audienz der Boerengenerale bei Seiner Majestät dem Kaiser nunmehr endgültig feststehe. Demgegenüber sind wir in der Lage, folgendes mitzuteilen:  
 Nachdem es zur Kenntnis Seiner Majestät gelangt war, daß die Führer der ehemaligen Boerenarmee, Botha, De Wet und Delarey, nach Berlin kommen würden, erging am 18. September der allerhöchste Befehl, die Generale dahin zu verhandigen: Seine Majestät sei bereit, sie zu empfangen, vorausgesetzt, daß sie sich in Deutschland von jeder anti-englischen Agitation fern halten und bei Seiner Majestät durch Vermittelung des englischen Botschafters anmelden lassen würden. Dierauf erklärte General De Wet für sich und seine Kameraden, daß sie mit den Bedingungen, unter denen ein Empfang bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser stattfinden könnte, einverstanden wären.  
 Nach einer am 6. Oktober aus dem Haag eingegangenen anti- lichen Meldung sind die Generale jedoch inzwischen andern Sinnes geworden; sie erheben jetzt Bedenken dagegen, eine Audienz nach- zusehen, und erwarten vielmehr eine Verhaftung durch Seine Majestät den Kaiser. Demnach ist die Angelegenheit in negativem Sie ent- schieden und erledigt.“  
 Durch diese dankenswerte Aufklärung wird zugleich die Komödie offiziöser Schriftstellerei prächtig belächelt, auf die die „Mheinisch- Westfälische Zeitung“ gerade am Mittwochmorgen aufmerksam machte.  
 Das Auswärtige Amt wünschte den Empfang der Boeren- generale nicht, und so ließ es alle Hoffnungen los.  
 Das Berliner Preßbureau hat sich, so meint die alldeutsche empörte „N.-Westf. Ztg.“:  
 „zu einer wahren Landplage ausgebildet, welches einen Teil der nationalen, vor allem national-liberalen Presse mit Fachschriften laßt und die nationale Presse gegeneinander hegt und so gegenseitig aufhetzt; es ist in Deutschland dahin gekommen, daß sich das Kammer des Geheimen Legationsrats Ha- man zu einer Schule der Lakaienjournalistik ausgebildet hat. Eine Reihe deutscher Blätter hält es nicht unter seiner Würde, seine Vertreter dort antichambrieren zu lassen, in der Abendzeit zumeist vergeblich in Hoffnung, dafür mit Nach- richten versorgt zu werden. Was diese Presse mit Herrn Hamann treibt, ist also einfach ein Handelsgeschäft, bei dem Nachrichten und Weiß-Papier gegeneinander ausgetauscht werden. Der Ton vergrößert sich dabei, wie er in der Rangordnung herabsteigt. Graf Bülows ließ irgend einer hohen Beamten und dieser das Preßbureau wissen, daß die Boerengenerale nicht bequem seien. Herr Hamann faßt das dahin auf, daß er in der Presse gegen alle Leute hegen läßt, welche irgendwie sich an dem Empfang der Boerengenerale beteiligen wollten. Die unter- schätzte Journalistik macht das schließlich zu großen Beschuldigungen und Beschimpfungen sowohl der Generale wie auch ihrer deutschen Gastgeber. Dieser unheimliche, wüste Preßfeldzug geht nun vorwärts.“

Da plötzlich erschien die telegraphische Note der „N. B. Z.“, die meldete, daß der Kaiser die Generale empfangen wolle. Am erhält natürlich die ganze Klientel des geheimen Legationsrats dann das Kommando: „Ganzes Bataillon fecht! — Lauffschritt! Marsch marsch!“ Daß bei diesem plötzlichen Kommandowechsel, bei dem in der Eile nicht einmal mehr vorher, Bataillon halt! — Stillgeblieben!“ geschrien werden konnte, viele Präbiter in den Sand stürzten, ist selbstverständlich. Manche konnten den „Dreh“ nicht mehr kriegen und polemisierten, wie die „Befreiung“ in vorfichtiger Form, jetzt gegen den Kaiser, weiter. Am trefflichsten und harmlosesten macht es natürlich die „Kölnische Zeitung“, welche noch am 27. September höhnisch von der „Bettelreise der Generale durch Europa“ sprach und am 30. September fand, daß die Deutschen nicht englischer zu sein brauchen als die Engländer, welche die Generale glänzend empfangen, man ehrt in den Generalen die tapferen Führer eines tapferen Volkes, wozu noch ein erklärlicher Zug des Mitleides kommt.“ Bravo: wir beglückwünschen Herrn Hamann, daß er wenigstens ein Blatt hat, welches dieselbe Notationsgeschwindigkeit besitzt, wie er selbst.“

Die Vorgänge hinter den Kulissen sind, wenn man die „Norddeutsche Allgemeine“ Geschichtlichkeit mit der „Rheinisch-Westfälischen“ Entzückung zusammenstellt, kerkelhaft.

Erster Akt. Das Auswärtige Amt arbeitet energisch gegen den alldeutschen Haß, die Generale in Berlin zu empfangen.

Zweiter Akt. Der Kaiser erscheint auf der Scene. Plötzlich, einer persönlichen Eingebung folgend, läßt er die Boeren, die gar keine Audienz nachgefragt haben, zu sich ein, und sagt ihnen gleich, welchen Anstandszug sie einzuhalten haben. Die Generale geben eine höfliche Antwort. Das ist am 18. September.

Dritter Akt. Spielt vom 18. bis etwa 20. September. Das Auswärtige Amt hat keine Ahnung von der durch den Kaiser veranlaßten Einladung. Seine Offizien wüsten munter weiter gegen die „Bettelreise der Generale“. Endlich, nach zehn Tagen (!) ist die Kunde glücklich vom kaiserlichen Hoflager bis zu den Berliner Ministerien gedrungen. Gleiches, starrs Entsetzen, das in einen jähen Jubelansbruch über die Ehrung der tapferen Führer eines tapferen Volkes umschlägt.

Vierter Akt. Die Generale lehnen die Bedingungen des Besuchs ab. Die Offizien erklären stolz und heldenhaft: „Na, denn nicht“. Die Audienz ist vereitelt. Am Schlusse des Dramas ahnt man, daß die Offizien morgen wieder über die Bettelreise der Generale schreiben werden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber hat sich ein wahrhaftes Verdienst erworben, daß sie einmal einen so blendenden Einblick in die Betriebsgeheimnisse unsrer Politik mit solcher ungeheuren Klugheit der immer noch staunensfähigen Welt vermittelt. —

## Deutsches Reich.

### Eine Selbstkritik des bürgerlichen Parlamentarismus.

Da die Volksparteien erregt gegen einander toben über das Maß der Jollbeute, das unbedingt erträgt werden soll, kommen mancherlei interessante Enthüllungen zu Tage. Die Leute, die sonst mit einander im Freundesbunde der Ausbeutereinheit kämpfen, erzählen der staunenden Welt bei solcher Gelegenheit einmal die nackte Wahrheit bürgerlichen Parteiwesens, die sonst feierlich verhallt wird. Die „Kölnische Zeitung“, das nationalliberale Jollwunderblatt, das in der Regierungsvorlage die richtige Wuchermittel erblickte, kennzeichnet einige der jetzt feindselig benachbarten Jollfreunde, die an der Regierungsvorlage nicht Gefährde haben, so drastisch, wie es nur der Verzag, der diese Leute aus nächster Anschauung und langen Verlehr sehr genau kennen gelernt hat. Die „Kölnische Zeitung“ plaudert also:

Der Mund der Landwirte wird beherrscht von lateinischen Bauern, die für die Agitation bezahlt werden und von der Agitation leben. Die Sache entwickelt sich nun naturgemäß dahin, daß den besetzten Högern das Wohl und Wehe der Landwirtschaft mehr und mehr gleichgültig wird. Der Agitator will und muß zeigen, daß er nützlich und notwendig ist; er stellt und vertritt also Forderungen, zu denen sein Auftraggeber sich nie verstehen haben würde. Die Landwirte aber lassen die Högern zunächst gewähren mit der Empfindung, diese Männer könnten ja einmal versuchen, wieviel sie für das platte Land herausfressen könnten.

Gänzlich unverständlich ist dagegen die Haltung der Konserverativen. Die Herren hatten sich bis auf eine Entfernung von 50 Pf. der Regierungsvorlage genähert. Daß 50 Pf. die deutsche Landwirtschaft weder ruinieren noch selig machen können, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Aber die parlamentarische Eitelkeit verlangt nun einmal, daß der Reichstag eine Regierungsvorlage von dieser Bedeutung nicht annimmt, ohne durch die That zu beweisen, daß er ein nützlich Wesen ist. Jeder einzelne Abgeordnete will doch schließlich nicht vor seine Wähler treten, ohne ein schimmerndes Vestestück, und seien es nur 50 Pf., vorweisen zu können. Es wäre weise gewesen, wenn die Regierung mit dieser menschlichen Schwäche gerechnet hätte; sie könnte den Parlamentarier das harmlose Vergnügen gönnen, ihr scheinbar etwas abzutrotzen; denn der Parlamentarier ist auf den Schein angewiesen. Die Regierungen haben aber nur auf die Sache gesehen; sie haben mit schwerer Mühe in langwierigen Verhandlungen sich auf Sätze geeinigt, bei denen sie glaubten, Handelsverträge machen zu können; sie haben ganz vergessen, daß der Reichstags-Abgeordnete ein Mensch ist, der das Bedürfnis hat, seine Wähler von der Notwendigkeit seines Daseins zu überzeugen. Nur ein leichtes Wächlein trennte die Konserverativen noch von der Regierungsvorlage; man hätte es für unmöglich halten sollen, daß ein großes segensreiches Werk an einer Meinungsverschiedenheit über 50 Pfennige scheitern könne. Aber zunächst die parlamentarische Eitelkeit und dann die bleiche Furcht vor den Wüterichen des Bundes der Landwirte haben in den letzten Monaten die Konserverativen immer weiter von der Regierungsvorlage abgetrieben und eine Klüft geschaffen, die man nicht so leicht schließen kann.“

Keine Ehrung der Kleinrentner! In zitternder Erregung schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Die „Libre Parole“ giebt nach dem Madrider „Gerald“ den Inhalt eines Beleidigungsgrammes wieder, das Seine Majestät der Kaiser und Königin an die Witwe Emilie Zola gerichtet haben soll. Eine solche Depesche existiert nicht, und es gehörte ein ungewöhnliches Maß von Dreistigkeit dazu, um die scheinbar genaue Inhaltsangabe einer überhaupt nicht ergangenen kaiserlichen Kundgebung schlaunweg zu erfinden. Wie konnte das spanische Blatt auch so schwindeln. Einem so frassen Vertreter der Kleinrentner kann kein Telegramm gewidmet werden, auch wenn er ein Franzose ist. —

Aus dem Reich des Centrums. In der eben zu Ende gegangenen fünften Schwurgerichtsperiode in Deutchen wurde auf 81 Jahre Zuchthaus, 17 Jahre Gefängnis und 115 Jahre Ehrverlust erkannt. Verhandelt wurde nur 12 Tage gegen 23 Personen (darunter 6 Frauen) wegen Straßenraub, Kindesmord, Sittlichkeitsverbrechen, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, Meineid, versuchter Giftmord, Mänzverbrechen. — Am 24. November beginnt die neue Arbeit der Geschworen.

Diese Sittlichkeit herrscht in dem frommen Oberhiesien, wo das Centrum seine sichersten Stütze hat. Im Deutchener Wahlkreise erhielt 1898 der Centrumsmann 24 064 Stimmen! —

Kritisch verurteilt. Pastor Dörries in Kleefeld bei Hannover ist Mitglied der nationalsozialen Partei und spricht öfter in Versammlungen über politische Fragen. Darob hat ihn, wie hannoversche Blätter mitteilen, seine vorgelegte kirchliche Behörde amtlich eine Verwarnung zugehen lassen, nicht offen als parteipolitisch Medner aufzutreten. Pastor Dörries scheint jedoch den Konflikt mit der Behörde aufnehmen zu wollen. Er nahm am national-sozialen Parteitag teil und hielt eine Versammlung ab, in der er über das Thema sprach: „Verbirgt die Politik den Charakter?“ Er vertrat die Ueberzeugung, daß es Pflicht jedes guten Staatsbürgers sei, einen Teil seiner Wirksamkeit dem politischen Leben zur Verfügung zu stellen, Politik treiben, heiße mitwirken am Wohle des Vaterlandes. Das „bischen politische Freiheit“, das wir haben, hätten wir nicht, wenn nicht der Volkswille sich durch eine kräftige Regierung geltend mache. Daß es im politischen Parteilampfe nicht beruhe wie bei einem Damenlaffe oder auf einem ästhetischen Theatabend, sei selbstverständlich, aber das schade auch gar nicht. Jedenfalls wollten sich auch die evangelischen Geistlichen das Recht, mitzuarbeiten am Wohle des Volkes, nicht schmälern lassen. — Es wird sich nun zeigen, ob die Kirchenbehörde wieder einmal der Ansicht ist, daß der Geistliche nur dazu da ist, dem Volke Gehorsam und Entzückung einzubringen. —

Wegen frivole Streits und allzu viel Koalitionsfreiheit ereisern sich die „Verl. Reichs Nachrichten“. Das Blatt will zwar nicht behaupten, daß alle Forderungen der amerikanischen Kohlenarbeiter unberechtigt und alles Unrecht auf ihrer Seite sei, allein es findet es „frivol“ und „unsinnig“, daß die französischen Bergarbeiter nach 25jähriger Arbeit eine Pension von zwei Frank (1,00 Mark) verlangen. Daß ein Minister, der unter einem die Veränderung liebenden Kurs nach sechs Monaten gegangen wird, eine dem Ministergehalt entsprechende Pension erhält, finden die „Verl. N. Nachr.“ zweifellos ganz in der Ordnung, aber daß ein Grubenarbeiter, dessen Knochen durch die schwere, Profit bedeckende Arbeit eines ganzen Menschenalters zernichtet sind, eine Pension von 1,00 M. pro Tag beanprucht, das gilt ihnen als „frivol“ und „unsinnig“. Wobei das Schachmatherganen übrigens auch die Forderung der französischen Bergarbeiter fälligt, beanspruchen diese doch noch 30jähriger Arbeit, nicht nach 25jähriger, ihren großen Jubiläumssold. —

Von ethischer Kultur. Eben ist ein ethisches Büllein erschienen: „Planiere des sittlichen Fortschritts“. Es bringt eine Uebersetzung der französischen Schrift „Le mouvement ethique“ vom französischen Ethiker Alfred Roulet. Herr Roulet liebt es, kräftig aufzutreten; seinen deutschen Uebersetzer aber, dem Herausgeber der Zeitschrift „Ethische Kultur“, Dr. Fenzig, können solche republikanische Manieren nicht behagen. Er hat darum für ein Paar niedliche deutsche Altpantoffelchen georot, und trippelt ängstlich neben dem weitensichweisenden französischen Kollegen her. Es ist ein Bild neudeutscher Kultur, wenn auch vielleicht nicht ethischer Kultur, das sich in diesem Widerstreite von Text und Färbrotten entrollt.

Herr Roulet schreibt: Von den Regierungen mithranisch betrachtet, sind die Gesellschaften für ethische Kultur äbel dran, wenn sie ihre politischen Grundzüge deutlich bekennen sollten. Die Ethiker der Vereinigten Staaten und Englands genießen ja so ziemlich volle Gedankenfreiheit. Wie aber dürfte man es den Ethikern Deutschlands, Desires und Italiens verdenken, wenn sie es für unklar oder doch wenigstens ungeschickt erachten, ihr politisches Programm mit allem Freimut zu bekennen. Anmerkung des Uebersetzers:

Der Autor verkennt hier wohl ein wenig den grundsätzlichen Standpunkt wenigstens der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Diese würde die Bindung an ein politisches Programm für einen ebensoviele Fehler halten, wie etwa die Anerkennung irgend eines freireligiösen oder freidenkerischen Gedankentriebs als ihres konfessionellen Programms. Die ethische Gemeinschaft fragt nicht: noch dem So oder Andersdenken, sondern nach dem guten Willen. Nicht Opportunismus also, sondern ein fester Grundsatz bedingt ihre politische Neutralität, die keineswegs Indifferentismus ist.

Herr Roulet schreibt: Die Gesellschaften für ethische Kultur, zumal in den Vereinigten Staaten, in England und in Deutschland bekämpfen den Chauvinismus. ... Chamberlain hat keine eifrigeren Gegner als die englischen, Wilhelm II. als die deutschen Ethiker.“

Anmerkung des Uebersetzers: Selbstverständlich in Fragen der Weltpolitik und verwandten Neigungen.“

Herr Roulet schreibt: Die ethische Bewegung entwickelt sich im Norden und Osten Deutschlands nicht besonders, aber sie macht im Westen und Süden, wo die Regierung minder mithranisch und liberaler ist, Fortschritte. Wenn aber diese Fortschritte bei unsren Nachbarn nur langsam sind, so liegt das an dem Zusammenreffen mit manchen Hindernissen, deren bedenklichstes die Feindseligkeit der Regierung und auch der örtlichen Machthaber bildet. Das sächsische Recht gestattete der Abteilung Leipzig nicht den Anschluß an die deutsche Gesellschaft; die „Ethische Kultur“ wird also ein sorgsam zu überwachendes Blatt betrachtet; sieben Lehrern und Lehrerinnen wurde von ihrer vorgelegten Behörde nahegelegt, aus der Abteilung Dresden auszuschleichen. Man weiß ja, wie vielerlei Gestalt die Verfolgung, offensichtlich oder maskiert, annehmen kann. Endlich wüchert wohl das militärische und Bismarckische System noch zu drückend auf Deutschland, als daß die ethische Bewegung sich hier in Ruhe entwickeln könnte.“

Anmerkung des Uebersetzers: Seit 1899 ist dies geändert. Unser Freund jenseits der Alpen sieht wohl überhaupt die Verhältnisse ein wenig zu schwarz.“

Die Courage gehört nicht zu den sittlichen Pflichten, auf deren Entfaltung der deutsche Ethiker besonderes Gewicht legt.

### Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess.

München, 6. Oktober. (Fig. Ver.) Vor dem hiesigen Landgericht I hatte sich heute der einem ausnehmend gemeinen Schurkenstreich zum Opfer gefallene Schriftsteller und Dichter Friedrich Benz wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte unterhielt mit dem Schriftsteller Karl Hartmann in Braunschweig einen literarischen Briefwechsel und äußerte sich in einem solchen Briefe einmal ganz nebenher auch über die Anstrebende des deutschen Kaisers, die er durch einen Ausdruck kennzeichnete, der nun nach der Anklage eine Beschimpfung des Kaisers darstellen soll. Hartmann stand angeblich unter dem Verdacht, Anarchist zu sein und um diese Annahme zu entkräften, übergab er den vertraulichen Privatbrief seines Freundes Benz der Polizei! Es geschah dies, wie heute sowohl der Vorsitzende des Gerichts, als auch der Staatsanwalt feststellte, durchaus aus freien Stücken.

Der Angeklagte behauptete heute, es sei ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er durch den inkriminierten Ausdruck den deutschen Kaiser beleidigen könne. Er habe einfach das ausgesprochen wollen, was man in Künstlerkreisen allgemein über die Rede des Kaisers denke, ohne daß man dabei diesen zu beleidigen beabsichtige.

Als einziger Zeuge und Sachverständiger wurde Stabsarzt Dr. v. Drff vernommen. Er hat den Angeklagten seit längerer Zeit in Behandlung und sagte aus, Benz sei hysterischer und Morphinist, außerdem sei er erblich belastet. Der Zeuge gab eine Schilderung des abenteuerlichen Lebensganges des erst 24 Jahre

alten, genialisch veranlagten Angeklagten, der sich u. a. in Antwerpen als Kohlenjunge amwerben ließ, dann unter den größten Entbehrungen in der Wüste bei den Beduinen lebte, später in Kairo einen Cigarettenladen hatte und endlich in Zürich Musik studierte mit solchem Erfolge, daß er bereits nach zweijährigen Studium als Pianist in den großen Tonhalle-Konzerten auftreten konnte. Benz wurde später Redakteur des „Freien Landesboten“ in München und holte sich in dieser Stellung wegen Beleidigung zweier Mitglieder des bayerischen Königshauses eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, die er noch abzuschließen hat. Als Schriftsteller und Dichter ist er sehr fleißig und produktiv und hat in relativ kurzer Zeit 12 Bände herausgegeben, die von einem Teil der Kritik ganz außerordentlich gelobt werden. In der letzten Zeit befand er sich wieder in der größten Kollage und fand schließlich einen Gönner, der ihn in München ablich vor dem Verhängen schützte. Diese Umstände brachten ihn so herunter, daß er nach der Anklage des Sachverständigen bei Abfassung des Briefes an Hartmann nicht bewußt gewesen sei, er eine Majestätsbeleidigung beging.

Die von der Anklage vorgelegte Uebersetzung des Angeklagten in eine Helianthstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes wurde abgelehnt, worauf der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis beantragte.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Bernheim verlangte die Freisprechung des Angeklagten, da diesem der Vorsatz fehle. Die Majestätsbeleidigung sei ein Vergehen, das einen Dolus erfordere. Nach einer rechtsgerichtlichen Entscheidung müsse sich der Angeklagte des ehrenränkenden Charakters seiner Kennerung bewußt sein und dieses wesentliche Moment fehle hier. Eventuell bitte er aber mit Rücksicht auf die scharfliche Denunciation um das geringste Strafmaß und zwar um Festungshaft. Bei aller Hochachtung vor dem Kaiser, der sich auf allen Gebieten des menschlichen Wissens bethätigt und eine seltene Mederngabe besitze, dürfe man sich nicht wundern, daß Gegenüberungen kommen, wenn sich der Kaiser über künstlerische Verhältnisse in so prononcierte Weise äußert. Als Wilhelm II. eine ganze Reihe bedeutender und genialer Männer in den Künstein warf, da ging ein Schrei der Entrüstung durch die Künstlerwelt und die Kennerungen der Presse waren, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach nicht viel anders, als die Stelle in dem Benzischen Briefe.

Das Gericht erkannte, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, auf zwei Monate Festungshaft. Als Strafmilderungsgründe wurden in Betracht gezogen die durch intensive geistige Arbeit erzeugte nervöse Ueberreizung des Angeklagten und der niedrige Vertrauensbruch des sauberen Herrn Karl Hartmann in Braunschweig. —

## Ausland.

### Der große Kohlenarbeiter-Streit.

dauert mit unverminderter Heftigkeit fort. Der Vorschlag des Präsidentsen Roosevelt, die Arbeiter möchten sofort wieder die Arbeit aufnehmen unter der Bedingung, daß eine Schiedskommission zusammentrete, deren Entscheidung er, Roosevelt, dann mit möglichstem Nachdruck Geltung zu verschaffen suchen werde, ist von den Streikenden begrifflicherweise abgelehnt worden. Der Vorschlag des Kohlengräber-Verbandes, Mitchell, hat den Vorschlag mit der Begründung zurückgewiesen, daß er ihm denn doch nicht genügende Garantien biete. Die ziemlich abenteuerlichen Gerüchte, daß Roosevelt eine Will einzubringen beabsichtige, durch die die Kohlenbergwerke bis zur Schließung des Streiks einstuellen der staatlichen Kontrolle unterstellt werden sollten, haben keine Bestätigung gefunden. Einen solchen Eingriff in die geheiligten Privilegien des Kapitals wird Herr Roosevelt weder planen noch auch durchzuführen vermögen. Die Kohlennot und die öffentliche Empörung mühten noch ganz andre Dimensionen annehmen, bevor eine derartige staatliche Intervention zu erwarten wäre. Ob übrigens die Arbeiter in Amerika durch eine Verstaatlichung der Bergwerke so besondere Vorteile erlangten, wäre noch sehr fraglich.

Der Kampf wird also mit äußerster Energie-Entfaltung beider Teile fortgesetzt. Die Staatsgewalt hat, ihrer alten Ueberlieferung treu, dadurch für das Kapital Partei ergriffen, daß es das ganze Streikgebiet unter Kriegsrecht gestellt und 12 000 Mann Milizen zum Schutze der Arbeitwilligen aufgeboden hat. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ soll der diese Truppen kommandierende General Gobin von einer sehr animosen Stimmung gegen die Streikenden beseelt sein. Nach der Meldung des englischen Blattes soll er den Befehl gegeben haben, daß die Truppen, wenn sie angegriffen würden, derartig zu schießen hätten, daß der Tod eintrete. Klingt die Meldung auch etwas sensationell, ausgeschlossen ist es nach den früheren Meeleien in dem Streikgebiet keineswegs, daß sich auch diesmal wieder ein militärischer Handlanger des Grubenkapitals fände, der den Widerstand der Streikenden im Ute zu ersticken suchte. Einzuweilen freilich scheint der Soldateska kein Vorwand gegeben werden zu sollen. Der von Mitchell an die Arbeiter gerichtete Anruf, trotz aller Provokationen ruhig zu bleiben, ist überall verlesen worden. Ueberall beschlossen daher die Arbeiter, im Streik zu beharren. Dagegen verzeihen eine Meldung der „Frankf. Ztg.“ das Gerücht, daß die Kohlenbesitzer nicht mehr einig seien. Ob das der Fall ist, muß sich ja bald zeigen.

Den Umfang der bereits eingetretenen Kohlennot kennzeichnen eine Reihe von Meldungen. Die Gasanstalten und Petroleumhändler werden mit Aufträgen förmlich überschwenmt. Die Standard Oil Company hat den Preis für Kerosin bereits um einen halben Cent für die Gallone erhöht. Der Preis für Holzkohle ist doppelt so hoch wie früher. Die Fabrikanten von Petroleum-Defen erhalten täglich Tausende von Lieferungsanträgen, können sie aber nicht ausführen, da die Eisenbahnen keine Kohlen haben und infolgedessen nicht im Stande sind, die erforderliche Anzahl Defen zu liefern. In New York selbst liegen die Hälfte der Fahrstühle und Dynamos in den sogenannten „Wolkenkammer“, den dreihügel- und mehrstöckigen Geschäfts- und Fabrikhäusern still.

Das große New Yorker Blatt „The World“ soll nach einer „Lafan“-Meldung bereits gezwungen sein, hölzerne Einrichtungsgegenstände aus den Büreans zur Feuerung zu verwenden, um die Maschinen heizen und seine Anklage drucken zu können. —

### Oestreich-Ungarn.

#### Der Ausgleich vor dem ungarischen Abgeordnetenhaus.

Die erste Sitzung im neuen Parlamentsgebäude begann am Mittwoch mit der Verlesung eines königlichen Reskripts, durch welches die Session eröffnet wird. Ujfa Parabás, der Vizepräsident der Kosynthpartei, hielt eine leidenschaftliche Rede, in der er die Ausgleichsverhandlungen mit Oestreich als unfruchtbar und zwecklos bezeichnete. Er fügte unter großer Aufregung auf allen Seiten des Hauses hinzu, Oestreich hübe Ungarn auszubenten und zu Grunde zu richten; dies entpreche auch dem Willen des Königs. Nachdem Parabás eine Begründung seines Vorwurfs versucht hat, erklärt der Präsident, daß er, falls der Redner in seinen unparlamentarischen Kennerungen fortfahre, genötigt sein werde, ihm das Wort zu entziehen. (Leidenschaftliche Zurufe der äußersten Linken: „Dann wird in diesem Hause nicht mehr verhandelt werden!“) Parabás schließt, indem er der

Regierung mittels, seine Partei sei entlassen, aus allen Kräften bis zum Verfall des Zustandekommens des Ausgleichs mit Oesterreich zu verhindern. Sodann erhebt sich Ministerpräsident v. Szell unter großem Lärm und Widerspruch gegen diesen. Dann sagt er mit erhobener Stimme: „Die Infamiation, als wäre die Abfertigung Sr. Majestät auf die Schädigung Ungarns oder seinen Ansehen gerichtet, muß ich feierlich und entschieden zurückweisen. Ich beteuere, daß in diesen peinlichen und schwierigen Verhandlungen mit Oesterreich Seine Majestät auch nicht einen Augenblick Einfluß auf mich geübt hat. Gegenüber der Drohung Barabás, die Kossuthpartei werde mit allen Mitteln den Ausgleich mit Oesterreich zu hindern suchen, erklärt der Ministerpräsident, auch die Opposition müsse das Gesetz achten. Das Parlament sei eine Verkörperung des Gedankens der Volkshoheit und darum dürfe keine Fraktion des Parlaments sich über das Gesetz hinwegsetzen. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erwidert Szell auf eine Rede Kálmán, welcher das Herabfallen der Regierung von der Deuffeier Kossuths tabelte, er erkenne die große Bedeutung Kossuths und seine unsterblichen Verdienste an, doch habe dieser das Prinzip aufgestellt, der Kaiser von Oesterreich könne niemals König von Ungarn sein. Dies Prinzip, an dem Kossuth bis an sein Lebendes festgehalten habe, verstoße gegen die pragmatische Sanction. —

### Frankreich.

Die Entscheidung über den Generalstreik der Vergarbeiter ist noch immer nicht gefallen. Ueber die Verhandlungen des Nationalkomitees der Vergarbeiter, ob der Generalstreik zu proklamieren sei, wird gemeldet:

Paris, 8. Oktober. Wie verlautet, haben in der gestrigen Sitzung des Ausschusses des Vergarbeiter-Verbandes einzelne Mitglieder die Ansicht ausgesprochen, daß bei der Regierung noch ein letzter Schritt versucht werden solle, ehe man einen so folgenschweren Beschluß wie den des Gesamtverbandes fasse. Die endgültige Entscheidung wurde daher auf heute verschoben.

Paris, 8. Oktober. Die Mitglieder des Nationalkomitees der Vergarbeiter hielten heute von neun Uhr vormittag bis mittag in der Arbeitsbörse eine Beratung ab, beschränkten sich aber darauf, über das Ergebnis der Beratung mitzuteilen, daß eine Entscheidung nicht getroffen worden ist. Heute nachmittag soll eine neue Zusammenkunft stattfinden.

Die Streikbewegung gewinnt inzwischen an Ausdehnung. Im Kohlengebiet von Lens sollen sich bereits 30 000 Arbeiter im Ausstand befinden. Auch in Douai, St. Etienne und Ferminh greift der Ausstand um sich. In St. Etienne ist der Generalausstand proklamiert worden. —

**Sozialistischer Wahlsieg.** Im vierten Bezirk von Paris wurde der Socialist Dubverger mit 1078 Stimmen in den Generalrat gewählt. Sein Gegner, der sozialistische Radikale Aubando erhielt 1870 Stimmen. —

### Spanien.

Der Ministerrat beschloß die Aufhebung des Verlagerungszustandes in Barcelona sowie ferner, dem Könige das Dekret zur Unterzeichnung vorzulegen, durch welches das Parlament auf den 20. d. Mts. einberufen wird. —

### England.

Das Parlamentarische Komitee des Trades Unions-Kongresses, die Vereinigung der freien Kirchen (Sekten) und der Verein für nationale Erziehung erließen ein Manifest gegen die Schulvorlage, in dem gesagt wird: „Die Regierung hat kein Recht, die Schulvorlage durchzudrücken zu lassen, da sie dazu kein Mandat von der Nation hat. Die Hauptwahlen vom Jahre 1900 wurden nur auf Grund des südafrikanischen Krieges ausgefochten. Nur soweit reicht ihr Mandat. Will nun die Regierung eine Schulreform durchsetzen, so muß sie vorher das Land befragen, in welchem Sinne es diese Schulreform durchzuführen wissen will.“ Da England nun auch vor zahlreichen Municipalwahlen steht, so fordert das Manifest die Wähler auf, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die gegen die Schulvorlage sind, um der Regierung den Willen des Volkes in klarer Weise zu offenbaren. „Dem die Schulvorlage ist eine große Ungerechtigkeit gegen die Konfessionslosen (Sekten), gegen die Frauen, gegen die Eltern und Steuerzahler; sie schafft auch ernste Hindernisse gegen eine fortschrittliche Entwicklung der Volkserziehung.“ Die Municipalwahlen finden in der ersten Novemberwoche statt. —

London, 4. Oktober. (Eig. Ber.) Die letzten zwei Wochen vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments werden gewöhnlich mit politischen Agitationstouren ausgefüllt. Die Abgeordneten geben nach ihren Wahlkreisen oder nach wichtigen Mittelpunkten des politischen Lebens, um sich mit den Wählern über die Arbeiten der kommenden Session zu verständigen. Es sprachen gestern unter anderem die Liberalen Abgeordneten Asquith und Haldane, Anhänger von Lord Rosebery. Asquith sprach hauptsächlich über die Lage in Südafrika und die Schulvorlage. Er lobte die Politik der Regierung in Bezug auf Südafrika seit dem Friedensschluß und meinte, es sei kein Grund vorhanden, sich über die Reife der Voereingensere nach Deutschland aufzuregen; sie thäten nichts, was mit den Pflichten britischer Bürger unvereinbar wäre. Dagegen sei er mit der Schulvorlage durchaus unzufrieden. Seine Argumente bewegten sich im Sinne der von den Gegnern der Vorlage geübten Kritik. — Haldane, den man den Denker der Liberalen Liga nennen darf, beklagte die Bedürfnisse, die Unklarheit und die allgemeine Schwäche der Liberalen Partei, die im gegenwärtigen Momente ganz unfähig wäre, ein Kabinett zu bilden. Sollte die Partei es aber doch versuchen, eine derartige Aufgabe zu übernehmen, so würde die liberale Regierung nur von kurzer Dauer sein und mit einer unheilvollen Niederlage endigen. Die Partei sollte keine langen Programme aufstellen und keine Rezepte verschreiben, sondern sich mit den unmittelbaren Bedürfnissen beschäftigen. Die unmittelbaren Bedürfnisse seien: Die Wiederherstellung des gemeinen Rechts in Irland und eine gründliche Schulreform, „damit wir nicht im Konkurrenzkampf mit Amerika und Deutschland unterliegen“. Irland könne ein unabhängiges Parlament nicht gewährt werden. Das Gladstone und Parnell nicht durchzuführen könnten, sollte nicht mehr in Angriff genommen werden. Irland könne nur durch einen Ausbau der Bodengesetzgebung, durch eine Regulierung der Agrarverhältnisse geholfen werden. —

### Rußland.

Die Unterdrückung Finnlands. Rückwärts hat die russische Regierung die vom Jaren beschlossene Verfassung und Selbstverwaltung Finnlands bis auf den letzten Rest vernichtet, Finnland ganz zu einer russischen Provinz zu machen. Dazu dienen wiederum die laienlichen Verordnungen, die am 1. Oktober in Helsinki veröffentlicht wurden und folgenden Inhalt haben:

1. Neue Regeln für die Anstellung von Beamten in der Zivilverwaltung, wonach Personen russischer Herkunft angestellt werden können. Kandidaten und Studenten von russischen Universitäten erziehen dieselben Rechte, wie die der Unruhestätigkeit Helsinki. — 2. Beamte können aus ihren Stellen entfernt werden durch das Anomie-Departement des Senats in Verbindung mit dem Generalgouverneur. Ausgenommen von dieser Regel sind jedoch Polizeibeamte und Beamte in der Kanzlei des Generalgouverneurs. 3. Eine Verordnung betreffend die gerichtliche Anklage gegen Beamte, die Dienstvergehen begangen haben und über deren gerichtliche Verfolgung von den höchsten Autoritäten entschieden wurde. Bei Beamten der 3. und 4. „Klasse“ wird die allerhöchste Genehmigung, bei der 5. bis 9. die Genehmigung des Senats in Verbindung mit dem Generalgouverneur zur gerichtl. — 4. Verfolgung eines Beamten verlangt. 4. Eine Verordnung, durch die einige sehr entscheidende Änderungen in der Abteilungen und Institutionen des Senats herbeigeführt

werden. Der Generalgouverneur erhält das Recht beide Abteilungen des Senats zur Sitzung einzuberufen. Für das Anomie-Departement wird eine besondere Behörde mit bestimmt abgegrenztem Tätigkeitsgebiet errichtet. Der Generalgouverneur oder sein Stellvertreter führt im Senat den Vorsitz. Er bestimmt darüber, welche Sachen nur unter seiner oder seines Stellvertreters Leitung verhandelt werden sollen. Er bestimmt über die Leitung der Verhandlungen, überweist die Mitglieder des Senats an die einzelnen Abteilungen. Die Inspektionsreisen und die Urlaubsgehalte der Senatoren unterliegen der Entscheidung des Generalgouverneurs. Gesuche an den Jaren sollen nicht dem Senat übergeben werden. Das den Senatsprokuratoren nun zustehende Recht, dem Kaiser Bericht über den Generalgouverneur zu geben, wird aufgehoben. — Die Veränderungen treten mit dem 1. Oktober in Kraft. — Weiter wird gemeldet, daß der Kaiser dem finnländischen Senat es anheim gestellt hat, Bestimmungen darüber, welche Angelegenheiten der allgemeinen Reichsregierung unterstellt werden sollen, als Vorschlag auszuarbeiten und zur Prüfung einzusenden. Zugleich werden eine ganze Anzahl von Dienstentlassungen finnischer Beamter gemeldet.

Bekanntlich haben die russischen Gewerkschafter schon lange darüber bestimmt, und bestimmen weiter darüber, welche Sachen sie der finnländischen Regierung gnädigst überlassen, und welche sie selbst erledigen wollen. Jenes Zugeständnis ist also der reinste Hohn. Der finnländische Senat wird durch die neuen Verordnungen zu einer Art Schreibstube degradiert. —

**Sarische Billigung der Polizeibrutalität.** v. Wahl, der Generalgouverneur und Menschenhändler von Wilna ist zum Ministergehilfen ernannt worden. — Das ist das Aeußerste der Politik Plechows. Schon während noch Wahl in Urlaub war, hieß es, daß er nicht mehr nach Wilna zurückkehre, daß er aber an die Spitze der Gendarmenrie gestellt werden wird, das hat niemand glauben wollen. Nun ist das aber geschehen und zum Chef der Gendarmen ist wieder ein Mann berufen worden, der lebhaft an die berüchtigten Venkendorf und andere der Regierung des Nikolaus I. erinnert. Die Berufung v. Wahls nach Petersburg bedeutet die Billigung der Wahlschen Justizanstalt, sie ist eine Aufmunterung für das übrige bürokratische Ausland, in den höchsten Stufen Wahls und Obolenski zu wandeln.

Jedenfalls aber wird v. Wahl nach Wilna keine große Schmach haben, denn der Boden war ihm dort, wie es scheint, recht heiß gemacht worden. Ueber Wahls Rückkehr vom Urlaub wird berichtet, daß die schärfsten Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden sind. Bei Ausfahrten Wahls wurden viele Straßen ganz gesperrt!

Gegen die brutale Polizeigewalt wehrt man sich einseitig ebenfalls mit Gewalt. In Lodz ist der Direktor der Fabrik Jachos mit Schwefelsäure begossen worden. Er war bekannt als einer der ärgsten Ausbeuter in Lodz, der nicht selten seine Arbeiter mit Faustschlägen mißhandelte. In Schaulen ist der jüdische Arbeiter, durch dessen Verrat kürzlich acht Personen ins Gefängnis kamen, auf der Straße erschlagen worden.

Ein anderer Spion Namens Koshin Kornowski ist in Pabeanzi unweit Lodz erschlagen worden. Er war nach Pabeanzi gekommen, um hier die Streikbewegung der Textilarbeiter auszupeitschen. Auf seinem Wirt wurden auch 15 Arbeiter verhaftet.

In Riga sind neue Verhaftungen vorgenommen worden. Es ist auch ein deutscher Staatsangehöriger aus Hamburg, der hier zugereist war und in einem Hotel wohnte, in Haft genommen worden. Sein Name ist aber noch nicht bekannt. —

**Neue Verunsicherungen.** Im Kreise Prantski des Gouvernements Poltawa haben abermals große Bauernunruhen stattgefunden, die genau denselben Charakter tragen, wie die Unruhen in dem europäischen Gouvernement im verfloffenen Sommer. Es sind dort fürchterliche Zusammenstöße zwischen Bauern und Gutsbesitzern vorgekommen. Die Unruhen dauern noch an. Aus Poltawa wurde sofort Militär requiriert, und selbst aus Charkow wurde eine Abteilung dorthin entsandt. Es hat, wie verlautet, bei den Vorgängen eine Menge Verwundete und sogar eine Menge Tote gegeben. Die Hauptagitatoren wurden sofort verhaftet. —

## Partei-Nachrichten.

**Parteiandidaturen.** Für den 3. oberbayerischen Reichstags-Wahlkreis wurde der Lagerhalter Braun in Lechhausen als Kandidat aufgestellt. Im 2. bairischen Kreise kandidiert Landtags-Abgeordneter Huber in Ludwigshafen. Die Parteigenossen in München stellen als Kandidaten für den Landesauschuss das Gemeinderatsmitglied C. m. e. l. auf. Die Wahl wird bekanntlich vom Gemeinderate vorgenommen.

**Totenliste der Partei.** In einer sozialdemokratischen Frauenversammlung zu Breslau verlas, mitten im Vorlesen von Gedichten begriffen, unter Genoffin Döring. Die Versammlung war nahe am Schluß, Frau Döring las ihr Lieblingsgedicht von Holtei in schlesischer Mundart „Sonst nichts, nur heim“ laut und sicher vor, als ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende machte. Ein ehrenvolles Andenken wird ihr die Breslauer Partei bewahren.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Polizeistunde als Versammlungssanktion.

Der Allgemeine Arbeiterverein zu Apenrade hatte zum 28. Oktober einen Ballon des Vereinshauses der Dänen gemietet und hielt dort eine Versammlung ab, in der Redakteur Adler aus Kiel über „Die Sozialdemokratie und die Räderpolitik des neuen Oberpräsidenten“ referierte. Um 10 Uhr forderte der überwachende Polizeisergeant wegen Eintritts der Polizeistunde den sofortigen Schluß der Versammlung, widrigenfalls diese aufgelöst würde. Man fügte sich dem Zwange, führte aber Beschwerde gegen den Beamten. Da die Beschwerde von allen Instanzen abgewiesen wurde, erhob man Klage beim Ober-Verwaltungsgericht. Dieses ließ sich vor der Verhandlung vom Landrat einen Bericht über die lokalen Rechtsverhältnisse erstatten, aus dem hervorgeht, daß für das dänische Vereinshaus von der Apenrade Polizeiverwaltung die Polizeistunde „ein für alle Mal“ auf 10 Uhr festgesetzt worden ist, obwohl eine noch rechtsgültige Polizeiverordnung für Apenrade die Polizeistunde allgemein auf 11 Uhr abends festsetzt.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob den abweisenden Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die Verurteilung der Polizeiverwaltung, durch welche das Vorhaben des Polizeisergeanten gebilligt worden war, außer Kraft. Gründe verbandete der neue Chef Dr. Peters nicht.

## IX. Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reiche.

Hamburg, den 7. Oktober 1902.

Der heutigen Sitzung wohnten die Abgeordneten von Elm von der sozialdemokratischen und Dr. Semler von der national-liberalen Fraktion des Reichstages, Direktor Dr. Duesel von der Hamburgischen Allgemeinen Armenanstalt, Regierungsrat Professor Dr. Mayer vom Reichsstatistischen Amt bei.

Nach Beratung und Beschlußfassung einer Geschäftsordnung für die Versammlungen des Verbandes spricht Professor Dr. Stieda Leipzig über:

#### „Arbeitslosigkeit und Krankenkassen“.

Er bezeichnet die Arbeiterversicherung als die größte That des Jahrhunderts und konstatiert, daß alleseitig der Wunsch bestehe, die Versicherungsgesetze zu verbessern und auszubauen. Gegenwärtig stehe die Arbeitslosen-Versicherung im Vordergrund der Diskussion. Sie interessiere auch die Krankenkassen besonders, da sie unter durch Arbeitslosigkeit hervorgehener Simulation zu leiden hätten. Die Arbeitslosigkeit degeneriere die Arbeiter; freilich zur Ehre der

deutschen Arbeiterschaft müsse gesagt werden, daß sie sich gegen die Degeneration energisch zur Wehr setze. So sei zum Beispiel in Frankfurt a. M. die Beobachtung gemacht worden, daß mit wachsender Arbeitslosigkeit der Besuch der Leichenhallen, Waisenhäuser, Anstalten usw. gestiegen sei. Die Arbeitslosen-Versicherung stehe der Kranken-Versicherung an Wert nach, ihre Ausführung sei aber schwieriger. Schon die Arbeitslosenzählung habe große Schwierigkeiten, wie die dankenswerten Versuche der Gewerkschaften in Berlin, Braunschweig usw. gezeigt hätten. Festsetzen müsse bei der Arbeitslosen-Versicherung der Begriff „unverschuldete Arbeitslosigkeit“. Diesen Begriff festzulegen sei aber sehr schwierig. Typische Fälle von unverschuldeter Arbeitslosigkeit seien Arbeitsmangel, von nicht unverschuldeter Arbeitslosigkeit Entlassung wegen Trunk. Dazwischen lägen die zahlreichen schwierigen Fälle. Um die diesbezüglichen Entscheidungen zu treffen, werde ein Gewerbegericht in Veranlassung erklärt werden müssen. Mit dem Verlangen Dr. Freundts-Berlin, daß Arbeitslosigkeit infolge Streik nicht als unverschuldete gelten solle, werde für den Arbeitgeber Partei ergriffen. Die Frage des Arbeitszwanges, ob man etwa arbeitslose gelernte Arbeiter zwingen könne, die Arbeit ungelerner Arbeiter zu verrichten, sei sehr schwer zu lösen. Redner bespricht die Versicherungs-Versuche in St. Gallen, Bern und Köln, die bei aller Wirksamkeit doch nicht als vollendet gelten könnten. Die Schwierigkeiten seien so groß, daß Redner einer allgemeinen obligatorischen Reichsversicherung nicht das Wort reden möge.

Arbeitslosigkeit werde erzeugt durch die Saisonarbeit, die durch die verschiedenen Gründe hervorgerufene Fluktuation unter den Arbeitenden (Ausflüsse der Freizügigkeit, des Konkurrenzkampfes der Unternehmer usw.) und durch die Kräfte des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Es sei unmöglich, die so entstehende Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen. Ein Recht auf Arbeit könne kein Staat gewährleisten. Wenn die geschulten Kräfte durch Konzentration in einer Reichsanstalt auszugleichen werden könnten, so sei an eine Aufhebung doch nicht zu denken. Und im Hinblick auf die tausendjährige Entwicklung der Menschheit sei an eine Besserung der Eigentumsverhältnisse, wodurch die Kräfte aufgehoben werden könnten, auch nicht zu denken. Einige Gewerkschaften (Wanderer-Verband) hätten Anfangs einer Arbeitslosenversicherung gemacht, aber es komme da nur ein verschwindend geringer Teil der Arbeiterkraft in Betracht. Der Vorschlag Tischendorfers, daß die Krankenkassen 25 Proz. dem Krankengelde anschlagen, diesen Zuschlag durch Vermittlung der Kommunen an die Gewerkschaften geben und dadurch die Kosten der Versicherung bestritten werden sollten, sei auch undurchführbar. Das zweckmäßige werde ein kommunaler centralisierter Arbeitsnachweis sein. Dem reichliche Geldmittel für die Versicherung zur Verfügung gestellt würden. Es werde dadurch zwar nicht eine Lösung der Frage, aber eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt.

Paul Kampffmeyer hat in seiner „Arbeitslosen-Zeitung“ den Vorschlag gemacht, Staat, Kommune, Unternehmer und Arbeiter sollten in gemeinsamen Arbeitsnachweise schaffen und diese mit der Arbeitslosen-Versicherung ausbauen zu Arbeitsbeschaffungs-Instituten. So werde man mindestens Leistungen in Höhe der Krankentafelgelder bieten können, was zur Entlastung der Krankenkassen durchaus nötig ist. Professor Stieda ging auf diese, die Krankenkassen besonders interessierende Seite der Sache nicht ein, sondern bevolierte sich in folgenden Leitsätzen:

Das Interesse für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist neuerdings durch den Rückgang in vielen Geschäftszweigen und die bei den Krankenkassen um sich greifende Simulation besonders wachgerufen.

Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wäre an sich wünschenswert und legitim, obwohl sie an Bedeutung hinter der Krankenversicherung zurücksteht.

Es ist nicht möglich, die für eine Versicherung im modernen Sinne unentbehrlichen statistischen Grundlagen für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beschaffen. Auch sind in der praktischen Durchführung große Schwierigkeiten zu überwinden: Begriff der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, Haltung bei Streiks, Vergütung nur für eine bestimmte Anzahl von Wochen im Jahr, Kontrolle usw.

Die in St. Gallen und Bern unternommenen Versuche, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu organisieren, befriedigten nicht. Sie befristeten mehr Wohlthätigkeit als Versicherung.

Die finanziellen Erfolge der habsbischen Versicherungsanstalt gegen Arbeitslosigkeit beruhen auf bestimmten örtlichen Verhältnissen. Auch diese Anstalt ist keine eigentliche Versicherungsanstalt.

Die Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen auf drei Gruppen von Ursachen zurückzuführen:

a) auf den Wechsel der Jahreszeiten. Für eine Versicherung in diesen Fällen müßten besondere Prämientarife aufgestellt werden.

b) auf die täglichen Vorkommnisse im geschäftlichen Leben. Es ist sehr fraglich, ob man es bei ihr mit einer regelmäßig in gleichem Umfang wiederkehrenden Erdoberfläche zu thun hat. Ein zweckmäßig organisierter centraler, paritätischer Arbeitsnachweis wäre hier wirkungsvoller.

c) auf allgemeine und spezielle Krisen. In Regelmäßigkeit der Wiederkehr in demselben Umfang ist nicht zu denken, mithin auch kein korrekter Prämientarif aufstellbar.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einer einzigen Reichsanstalt alle diese verschiedenartigen Risiken ausgleichend gedacht werden könnten. Ein zuverlässiger Prämientarif würde sich aber selbst dann nicht aufstellen lassen. Das Reich als solches müßte das nicht zu umgehende Risiko auf sich nehmen.

Neht zu empfehlen ist eine im Anschlusse an den öffentlichen Arbeitsnachweis von der Kommune ins Leben zu rufende, reichlich zu dotierende Kasse nach dem Muster Kölns.

In der Debatte tritt der Reichstags-Abgeordnete v. Elm der Ansicht des Referenten entgegen, daß die Krankenversicherung wichtiger, als die Arbeitslosen-Versicherung sei. Arbeitslosigkeit sei unter Umständen viel schlimmer als Krankheit. Auch sei sie ziffermäßig größer, als die Krankheitsfälle. Der Mangel statistischen Materials dürfe von Einrichtung einer Arbeitslosen-Versicherung nicht abhalten. Es werde sich das Material schon finden. Redner hält eine Arbeitslosen-Versicherung seitens des Reiches, wie seitens der Gemeinden für nicht möglich. Die praktischen Schwierigkeiten seien so groß und so viele, daß sie auf diese Weise nicht zu überwinden seien. Der einzige gangbare Weg sei, die Arbeitslosen-Unterstützung auf Grund der Gewerkschaften unter völliger Selbstverwaltung der Arbeiter aufzubauen. Die Krankenkassen in dieses Unternehmen hineinzu beziehen, sei nicht angängig. Die Gemeinden könnten viel für die Arbeitslosen thun, durch Unterstüfung der Arbeitsnachweise usw. Aber die Leistungsfähigkeit der Gemeinde habe ihre Grenze. Es müsse deshalb das Reich eintreten und dieses müsse den Gewerkschaften die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Professor Stieda sehe darin die Gefahr des Organisationszwanges. Es sei das aber gar keine Gefahr, sondern ein zu wünschender Fortschritt. Es seien eine Reihe Zwangsorganisationen für die Unternehmer geschaffen, weshalb nicht für die Arbeiter? Jetzt sei freilich ein Organisationszwang noch nicht durchführbar, weil noch nicht die Majorität der Arbeiter organisiert sei. Sei das geschehen, so liege gar keine Gefahr darin, eine Minorität zum Beitritt zu den Organisationen zu zwingen. Schon jetzt hätten die Gewerkschaften, die die Arbeitslosen-Unterstützungen einbringen hätten, gute Erfahrungen gemacht. Sehr vorteilhaft sei, daß die Gewerkschaften nicht nur lokale Unterstützungen, sondern auch für die Reste gäben. Auf dieser freiwilligen Grundlage könne man Gutes bauen. Deshalb solle man alleseitig die Berufsorganisationen unterstützen und fördern. (Lebhaftes Bravo.)

In der sehr umfangreichen weiteren Debatte gehen die Meinungen sehr auseinander, was sich im Einbringen einer Flut von Resolutionen äußert. Die meisten Redner treten dem Standpunkt von Elm bei, J. r. a. e. l. (Arbeitgeber) und J. f. h. e. r. (Arbeitnehmer), der sich als überzeugter Gewerkschaftler vorstellt, sind für ein Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitern, etwa nach Art der Invaliden- und Krankenversicherungen mit beiderseitiger Beitragszahlung und beiderseitiger Verwaltung. Dr. Leipzig hält die Gewerkschaften nicht für geeignet, die Arbeitslosen-Versicherung zu tragen. Gewerkschaften müßten Politik treiben, und die Versicherungen

wichtig gerade vor dem politischen Treiben geschützt werden, sonst gingen sie zu Grunde.

Im Schlusswort äußert Professor Stieba den dringenden Wunsch, daß alle Schranken, die den Organisationen der Arbeiter entgegenstünden, fallen möchten, aber dabei würde er doch nicht dafür zu haben sein, daß den Organisationen, die doch stampfes-Organisationen seien, aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen zu teil würden.

Zur redaktionellen Umarbeitung der eingelaufenen Resolutionen zu einer einzigen wird eine ständige Kommission gewählt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Zur Beratung kommen die verschiedenen Anträge, die gestellt sind. Zuerst befürwortet A o h n Berlin einen Antrag der Orts-Krankenkasse der Berliner Kaufleute, den Orts-Krankenkassen die regelmäßige Vornahme von Ermittlungen der Wohnverhältnisse ihrer erkrankten Mitglieder dringend zu empfehlen.

Auch Reichsenergie-Sträßburg tritt für Wohnungsangelegenheiten seitens der Krankenkassen ein. Das Zustandekommen eines Reichs-Wohnungsgesetzes werde dadurch wesentlich gefördert werden.

Schließlich wird folgende Resolution angenommen:

Die Veranlassung ist der Ueberzeugung, daß die Krankenkassen der Ausbreitung der Volkskrankheiten am zweckmäßigsten durch eine Feststellung und eine Beseitigung der Wohnungsverhältnisse vorzuziehen können. Die Aufstellung eines einheitlichen Schemas zur Konstatierung der Wohnungsverhältnisse ist dringend angebracht. Die Mängel müssen von den Krankenkassen zur Kenntnis der Behörden gebracht werden. Die Krankenkassen haben die Verpflichtung, der Wohnungspolitik der Landes-Versicherungsanstalten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben dahin zu streben, daß Mitglieder in den Ausschuss und in den Vorstand dieser Anstalten gewählt werden, die ein tiefgehendes Verständnis für die Wohnungsfrage haben. Der Krankenkassenverband ist ferner der Meinung, daß erst ein Wohnungsnot-Gesetz, das jetzt von den Vertretern aller Parteien befürwortet wird, die Wohnungsverhältnisse beseitigen wird. Dazu wird ein Amendement Prinz-Kottbus angenommen:

In Anbetracht, daß in Preußen bereits Gesundheitskommissionen auf Grund des Kreisarzt-Gesetzes bestanden und solche voraussichtlich intensiver als bisher ihres Amtes walten werden, sollen die Ortsklassen-Vertreter dahin streben, daß ihre Vertreter zu diesen Kommissionen zugezogen werden. Die Orts-Krankenkassen-Verwaltungen in Bundesstaaten, die zur Zeit solche Kommissionen noch nicht haben, sollen dahin arbeiten, daß ähnliche Kommissionen auf geeigneter Grundlage geschaffen und zu denselben Vertretern der Orts-Krankenkassen hinzugezogen werden.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Krise in Sachsen. Aus Zwickau wird uns geschrieben: Immer noch fordert die Krise in dem industriereichen Sachsen neue Opfer. Ganz besonders ist es das Zwickauer und das Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier, das davon hart betroffen wird. Allgemein lehrt in den Berichten der Gruben die Klage wieder, daß die ersten 7-8 Monate dieses Jahres einen bedeutenden Anfall ergeben haben. Die Arbeiterentlassungen nehmen immer noch zu. Erst vor wenigen Tagen mußte die Grube „Bescherit Glüd“ in Oberhohndorf bei Zwickau geschlossen oder, wie der technische Ausdruck lautet, „verhüllt“ werden. Von der Belegschaft, 180-200 Mann, ist der größte Teil bereits entlassen und abgelohnt; die übrigen verrichten nur noch Aufräumungsarbeiten an und in der Stüben in Marienhütte. R a m s d o r f, dem größten Berg in Sachsen, sind im Walzwerk sowohl als auch im Hüttenwerk und der Hüttereier wöchentlich zwei Feierschichten eingeteilt. Hunderte von Hüttenarbeitern hängen dadurch wöchentlich je 7-9 M. ein!

Zu allen diesen Uebeln kommt jetzt noch, daß auch das Martinwerk der Königin Marienhütte nicht mehr genügend Aufträge hat. Die Kohlenpreise haben dazu eine Höhe erreicht, die fast um 9 bis 12 Proz. über das Preismaß des (doch gewiß teureren) Vorjahres hinausgeht! Das würde noch schlimmer sein und für die ärmeren Bevölkerung angesichts des Winters noch gefährlicher, wenn das Kohlenhandels sich nicht durch kleinliche Konkurrenzkämpfe selbst aktionsunfähig machte. Die Berichte der kapitalistischen Blätter sprechen anfänglich von Betrachtungen über die mythische Geschäftskonjunktur die „Hoffnung auf einen strengen und zeitigen Winter“ aus, damit das Minus wieder eingeholt werde. Alles in allem eröffnet die Situation alles eher denn erfreuliche Aussichten in die Zukunft.

Von der gegenwärtigen Notlage des Ruhrkohlenmarktes zeugt deutlich die Meldung, daß das Rheinisch-westfälische Kohlenhandelsvergehen Abnahmangels größere Mengen Siebgras seitens der Rager Kohlenzweigen nach Leipzig a. d. Ruhr senden läßt, wo sie vorläufig in einer Grube gelagert werden. Die Forderungen für jene Mengen laut „Frankf. Ztg.“ nur 3,50 M. für die Tonne ab Jette bei einem derzeitigen Berechnungs- bzw. Verkaufspreis von 5 M. für mageres Siebgras.

Eine neue Fusion in der Kohlenindustrie. Nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ vereinbarten die Bergbaugesellschaft „Concordia“ mit der Jette Steingatt in Kupferdreh ein Fusionsprojekt vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlungen. Die Jette „Steingatt“ wird stillgelegt, die „Concordia“ übernimmt deren Syndikatsbeteiligung von 216 376 Tonnen zur Erhöhung der eigenen in den letzten Jahren nicht erhöhten Beteiligungsziffer. Der Verkaufspreis beträgt annähernd 1,8 Millionen Mark, darin ist die Anleiheschuld „Steingatt“ in Höhe von 750 000 M. einbezogen.

Die „Concordia“ hat jetzt beim Kohlenhandels eine Beteiligung von 1 070 000 Tonnen, mit Hinzurechnung des bisherigen Quantum der Jette Steingatt also künftig 1 286 376 Tonnen. Nach Fertigstellung ihres im Bau begriffenen neuen Schachtes IV wird sich diese Beteiligungsziffer aber noch weiter erhöhen.

Finanzpanik in Kanada. Die unsichere, gespannte Lage des New Yorker Geldmarktes beginnt jetzt ihre Wirkung auch im benachbarten Kanada auszuüben. Wie das „Reuters Bureau“ aus Montreal meldet, herrscht heute dort und auf verschiedenen anderen kanadischen Märkten eine große Finanzpanik. Die außerordentlich lange Periode von Geldknappheit, die auf die maßlosen Käufe in künstlich hochgetriebenen Werten während der letzten Monate gefolgt war, hat schließlich zur Liquidation der mit georgten Kapital erzielten Gewinne geführt. Dominion-Steel-Althen gingen um 28 Dollar unter ihren kürzlich an der New Yorker Börse erzielten höchsten Kurs zurück. Die Geldverlegenheiten zogen auch die Canadian Pacific und gleichartigen Werte in Mitleidenschaft, wodurch die Besitzer der Canadian Pacific-Bonds große Verluste erlitten. Der Verkehr schloß mit einer Panik.

Auch aus New York lauten die Nachrichten recht trübe. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ plant der Schatzsekretär neue Maßregeln zur Erleichterung des Marktes. Er will, wie es heißt, die Umwandlung der alten hochverzinslichen Schatzscheine in zweiprozentige gegen Zahlung einer Barprämie wieder aufnehmen. Vor zwei Jahren wurden hierdurch 8 1/2 Millionen Pfd. Steel. freigegeben. Die Wiederaufnahme würde jetzt 5 Millionen Pfd. Steel. freimachen. — Die „Financial Times“ melden aus New York: Die Lage gilt im allgemeinen als sehr ernst. Die Börse ist scharf mitgenommen worden. Man glaubt in maßgebenden Kreisen, daß selbst die Beilegung des Kohlenarbeiter-Ausstandes nur eine kurzlebige Erholung hervorrufen würde.

Bisher ist es den großen Trust- und Finanzmagnaten, die für die nächste Zeit neue Gründungen oder die Unterbringung großer Fondsausgaben planen, durch Interventionsläufe und Verschönerungsmaßnahmen gelungen, dem Druck der Positionslösungen auf dem New Yorker Markt entgegenzuwirken und dadurch einer eigentlichen Panik in Wallstreet vorzubeugen. Greift jetzt aber die Unsicherheit auch auf die kanadischen Märkte und, wie im weiteren Fortgang zu erwarten steht, auf Chicago über, das seit langem zu einem Mittelpunkt der verzweigten Haussepekulationen geworden ist, so dürfte alle Macht der Hoffnungen und alle Arbeit ihrer Presse nicht mehr ausreichen, dem Ausbruch eines Sturms an der New Yorker Börse zu wehren.

## Gewerkschaftliche.

Central-Arbeitersekretariat. Die Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht das Ergebnis der Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das Central-Arbeitersekretariat, welches am 1. Januar 1903 in Berlin seine Tätigkeit zu beginnen hat. Es waren 104 Bewerbungen eingegangen, davon 16 für den Posten des Sekretärs und 88 für den des Bureaubeamten. Als Sekretär wurde unser Redaktionskollege R o b e r t S c h m i d t gewählt, der zur Zeit in Posenweide wohnt, wo ihn die preussische Justiz auf sechs Monate eingekerkert hat, weil er im „Vorwärts“ eine die Art der Kriegsführung in China kennzeichnende Notiz veröffentlicht hatte. — Als Bureaubeamter wurde Gustav Bauer, der Vorsitzende des Centralvereins der Bureauangestellten gewählt.

### Berlin und Umgegend.

Die Kollutischer treten nicht in den Generalkonflikt ein. In ihrer Versammlung am Dienstag wurde zunächst Bericht erstattet über die am gleichen Tage erfolgte Besprechung mit den Speditoren. Wie schon mitgeteilt, hatten diese abgelehnt, einen offiziellen Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes zu den Verhandlungen zuzulassen, sie wollten die Differenzen mit den Arbeitern des Betriebes allein regeln. Um den Schein der Gerechtigkeit zu wahren, wiesen sie ihren eignen Vereinsangehörigen, den früheren Speditur Hinge, ebenfalls aus dem Verhandlungszimmer. Da sich die Kommission der Kollutischer und Bodenarbeiter aber fröhlich an den Versammlungsbeschluss vom Sonntag hielt, welcher besagte, ohne Hinzuziehung eines Verbandesvertreters nicht zu unterhandeln, so wurden die Verhandlungen abgebrochen. Nach längerer Debatte ließ der Verbandsvorsitzende S c h m i d t betriebsweise abstimmen, ob der Generalkonflikt proklamiert werden solle oder nicht. Von den Anwesenden stimmten 261 für und 31 gegen den Streik; eine Anzahl Teilnehmer hatten sich der Abstimmung enthalten, auch stimmten die Streikenden vom Anhalter Bahnhof nicht mit. Angesichts dieses Resultates riet Schumann von einem Generalkonflikt ab. Er erklärte, die Versammlung würde es nicht verantworten können, auch im Namen der Ferngeduldeten einen so weittragenden Beschluß zu fassen; es stiehe zu erwarten, daß eine große Zahl der Letzteren weiterarbeiten werde. Unter solchen Umständen sei es geradezu ein Verbrechen, den Generalkonflikt zu proklamieren, weil derselbe dann von vornherein aussichtslos wäre. Er empfahl deshalb, nicht in den Generalkonflikt einzutreten, sondern nur das Transportbureau Anhalter Bahnhof bis auf weiteres zu sperren. Mit diesem Vorschlage erklärte sich die Versammlung gegen 2 Uhr nachts einverstanden.

Lohnbewegung der Bleiglas-, Glasma- und Messingglasler. In der Streikversammlung am Mittwoch gab der Vorsitzende den Situationsbericht. Nach demselben ist der Stand des Streiks noch derselbe wie in voriger Woche. 45 Kollegen sind abgereist, somit beträgt die Zahl der Streikenden 120. Vom Vorsitzenden des Unternehmerverbandes, Georg Köplich, war ein Schreiben eingegangen, aus welchem hervorging, daß die entgegenkommenden Forderungen, die von der öffentlichen Versammlung am 3. Oktober als Grundlage weiterer Verhandlungen festgelegt worden sind, rühmlich abgelehnt werden. Demnach fordert das Unternehmertum, daß die Arbeiter sich bedingungslos unterwerfen. Die Versammlung protestierte mit Entrüstung gegen diese Forderung und ist fest entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen. — Schon 6 Wochen dauert der Streik und es zeigt sich deutlich, daß das Unternehmertum es auf eine Nachprobe ankommen lassen will.

Mit einem warmen Appell an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterklasse schloß der Vorsitzende die Versammlung, mit der Bekanntgabe, daß die nächste Versammlung Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, stattfindet.

Kleine Rühnenmänner. Am Donnerstag voriger Woche nahm die Freie Vereinigung der Gas- und Wasserleitungs-Inhaltateure in geschlossener Sitzung Stellung zu den neuen Forderungen der Rohrleger. Sie lehnte dieselben einstimmig ab und beschloß gleichzeitig, sich an die Jammung der Gas- und Wasser-Industriellen mit dem Ersuchen zu wenden, gemeinschaftlich gegen die Rohrleger Front zu machen. Die Jammung beschloß jedoch am letzten Dienstag, dem Ersuchen der Freien Vereinigung nicht Folge zu geben, sondern sich mit den Gehilfen allein auseinanderzusetzen.

### Deutsches Reich.

Metallarbeiter. Im Schumannschen Hammerwerk in Neuforg im Nördelsgebirge ist ein Streik ausgetreten, der Jammung von Metallarbeitern ist deshalb fernzuhalten.

Der Centralverband der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter, Jahnstraße 7 u. 8, forderte vom dortigen Stadtmagistrat für die Arbeiter der städtischen Gruben-Reinigungsanstalt einen Mindestlohn von 20 resp. 22 M. und Festlegung der Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, ferner entsprechende Bezahlung der Ueberstunden.

### Ausland.

Zum Straßenbahnerausstand in Genf meldet das „S. T. B.“: Zwei sehr stark besuchte Versammlungen der organisierten Arbeiterklasse beschloßen, daß ein A l l g e m e i n e r A u s s t a n d in der Nacht zum Mittwoch zum Donnerstag verkündet werden soll, wenn die Forderungen der ausständigen Angestellten der Straßenbahn nicht bis Mittwoch 11 Uhr vormittags bewilligt werden. Die Gewerkschaften der Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks, des Gaswerks und des Wasserwerks stimmten grundsätzlich dem allgemeinen Ausstand zu.

## Sociales.

Die Berufskrankheit der Steinhauer, die in Schweden als „Bergkrankheit“ bezeichnet wird und besonders in den Lennunda Sandsteinbrüchen grassiert, hat der schwedische Gewerbe-Inspektion Veranlassung zu besonderen Untersuchungen gegeben. Der Gewerbe-Inspektor, der sich hiermit zu befassen hatte, erklärte nun, daß der Einatmung des feinen Sandsteinstaubes, wodurch die Krankheit verursacht wird, auf dreierlei Weise entgegenzuwirken werden kann: durch Respiratoren, durch Anfeuchtung des Gesteins während der Arbeit und durch mechanische Einrichtungen zur Auffangung des Staubes. Die Respiratoren wurden, weil sie nach Aussage der Arbeiter die Atmung hindern, für unpraktisch erklärt. Die Auffang-Einrichtungen sollen für die weit sich erstreckenden Lennunda-Brüche zu kostspielig sein. Im übrigen wird dieses Mittel für das zuverlässigste erklärt. Der Inspektor hat aber bei seinem Besuch der Brüche in diesem Sommer die Ueberzeugung gewonnen, daß unbedingt etwas geschehen müsse und deshalb den Unternehmern die Anwendung der Befestigung auferlegt und den Arbeitern streng verboten, in nicht angefeuchteten Gestein zu arbeiten. Die Anwendung dieses Verfahrens ist in den Lennunda-Brüchen wegen der Nähe des Wetterssees mit nur geringen Kosten verknüpf.

Ja, wir sind Hug und weise. Der Stadtmagistrat S c h m e i n - j u r t hat wiederholt die Forderung auf Anstellung eines städtischen Baukontrollors aus dem Stande der Arbeiter abgelehnt. Die Bauarbeiter-Kommission erhob die Forderung neuerdings und verwies in der Begründung auf zahlreiche festgestellte Mängel an gewissen Bauten. Das Resultat war abermals Ablehnung. Hierbei wurde u. a. der gewiß durchschlagende Grund ins Feld geführt, daß die Bauten, die zu der Eingabe Anlaß gaben, inzwischen fertig gestellt seien! — Die Stadtdirektor Schweinburgs verdienen eine Prämie für ihre sozialpolitische Weisheit!

## Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine beschäftigte sich auf seiner Generalversammlung auch mit der Frage des Schutzes der Konfektionsarbeiterinnen. Man stellte dazu folgende Grundzüge auf: Zur Beseitigung der offenkundigen, allbekannten Mängel, unter denen die Konfektionsarbeiterinnen zu leiden haben, ist ein

baldiger Ausbau der Arbeiterchutz-Gesetzgebung anzustreben. Es ist zu fordern:

- a) Ausdehnung der Bundesratsbestimmung vom 31. Mai 1897 auf sämtliche Werkstätten der Bekleidungsindustrie, in denen Nicht-familienmitglieder gegen Lohn beschäftigt sind;
- b) Verbot der Mitgabe von Arbeit an Werkstattarbeiterinnen in deren Wohnung;
- c) Einführung behördlicher Lissenzierung über die Hausgewerbetreibenden. Meldepflicht der Arbeitnehmer und ihrer direkten Arbeitgeber;
- d) Konzeptionierung der Familienverhältnisse und sanitäre Kontrolle derselben;
- e) Ausdehnung der Invaliditäts- und Kranken-Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden;
- f) Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Hausgewerbetreibenden.

Als Hauptmittel zur Hebung der Heimarbeiterrinnen wurde die Organisation derselben bezeichnet, die auch durch die bürgerliche Frauenbewegung gefördert werden soll.

### Die Arbeitszeit der Frauen.

Zu der Aussage über die Möglichkeit der Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden ist unsern hamburgesischen Parteiblättern die Zusammenstellung der Forderungen der vorzigen Unternehmer vertraulich zugegangen. Die Mehrzahl der Unternehmer ist natürlich in Rücksicht auf die „Interessen der Industrie“, soll heißen auf den Profit, gegen die Herabsetzung. Doch sind auch einige vernünftigeren Ansichten vertreten. So wird aus den Reihen der Weberer erklärt:

„Vor vielen Jahren wurde in der Weberei zu Zeiten, da die Vergrößerung der Produktion wünschenswert erschien, es vorübergehend mit einer längeren Arbeitszeit versucht; anfänglich war die Produktion dann größer, sank aber bald auch bei längerer Arbeitszeit wieder auf wenig mehr als die Leistung in zehn Arbeitsstunden.“ Es wird deshalb die zehnstündige Arbeitszeit für die zweckmäßigste erklärt. Zwei Geschäftsbücherfabriken erklären, daß sie sogar mit der neunstündigen Arbeitszeit die besten Erfahrungen gemacht haben. Der Verdienst der Arbeiterinnen ist bei gleichen Arbeitszeiten in 9 Stunden nicht geringer geworden wie früher in 10 Stunden.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Durch ein Versehen in der Druckerei ist die am Sonntag herausgegebene Lokalliste unvollständig erschienen. Wir ersuchen daher die Parteigenossen, von Nachstehendem Kenntnis zu nehmen. Es sind frei:

Dritter Wahlkreis: Dietrichs Festale, Treddenerstraße 116. — Marienfelde: Zentföhlen, Großbeerstraße; Arbeiter-Verkehrslola. — Oranienburg: Sandhausen; Waldhans Sandhausen ist gesperrt.

Ferner bitte zu beachten: Schönberg. Der Ausschuss „Alpenrose Schönberg“ veranstaltet am Samstag, den 18. Oktober, im Lokale „Waldhanshof“, Ebersstraße, ein Vergnügen, zu welchem man versucht, Willets in Arbeiterkreise abzugeben. Wir erwarten, daß die Karte zurückgewiesen werden, da genanntes Lokal zu Versammlungen der Arbeiterklasse nicht zur Verfügung steht.

Gleichzeitig eruchen wir diejenigen Parteigenossen, welche als Lokalkommissionsmitglieder von Berlin gewählt worden sind, ihre genaue Adresse an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 66, einzufenden. Die Lokalkommission.

In Preis tagt Freitag im Lokal von Bartenthin, Bürgerstraße 4, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vorstandsbericht, Wahlen und Bericht vom Parteitage. Es wird um Entziehung der rückständigen Beiträge ersucht.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Klavierarbeiter-Versammlung, einberufen von der Agitationskommission des Fachvereins, fand am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Sie wurde veranstaltet durch den Vorstand, der verschiedene Berliner Klavierfabrikanter verurteilt, durch eine weitere Teilung der Arbeit die Produktion wesentlich auf Kosten der Arbeiter zu verbilligen. Bekanntlich besteht in dieser Industrie schon seit Jahren eine Arbeitsteilung, so daß man unter den Klavierarbeitern Kastenmacher, Umbaumacher, Bodenmacher, Zusammensetzer usw. unterscheidet. Nun wird in einzelnen Fabriken, nicht gerade in den ältesten und bedeutendsten, sondern in kleineren Fabriken der Versuch gemacht, eine noch weiter gehende Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Branchen vorzunehmen, um möglichst ungelernete Arbeitskräfte zu den niedrigsten Löhnen verwenden zu können. Ferner sucht man die Waldhansarbeit in größerem Maße anzuwenden und außerdem wird für gewisse Arbeiten auch die Heimarbeiter und das Zwischenmittelertum eingeführt. Der Referent Kleinlein führte unter anderem aus, daß diese Maßnahmen und diese Lohnrückläufe mit dem neuen Zolltarif-Entwurf eng zusammenhänge, dessen Einführung ganz besonders auch für die Klavierindustrie sehr schädlich wirken muß, erstens durch die Holzölle und dann durch die zollpolitischen Maßnahmen, zu denen jedenfalls diejenigen Länder veranlaßt werden, welche die Hauptabnehmer der Berliner Klaviere sind; so vor allem Rußland, wozu im Jahre 1893 nur 1467 Doppelcentner Klaviere, 1900 aber 8988 Doppelcentner exportiert wurden, ferner England, wo bereits die Klavierfabrikanter für einen Schutzzoll Propo and machen. Es steht also der deutschen Klavierindustrie eine schwere Zeit bevor, zumal da im letzten Halbjahr der Absatz nach dem Ausland schon bedeutend zurückgegangen ist. Die Fabrikanten erkennen sehr wohl die schwere Schädigung, die der Klavierindustrie durch den neuen Zolltarif droht, und haben in ihren Jahrgängen sehr energisch dagegen protestiert. Einige von ihnen suchen nun offenbar jetzt schon durch die gekennzeichneten Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß ihnen auch nach Einführung des neuen Zolltarifs der Auslandsmarkt gesichert bleibt, leider auf Kosten ihrer Arbeiter.

Der Referent forderte zu lebhafter und energischer Arbeit für die Organisation auf, damit mit vereinten Kräften einer weiteren Verschlechterung der Lage der Klavierarbeiter vorgebeugt werden könne. — Zu der Diskussion wurden die Lohnrückläufe verschiedener Firmen scharf verurteilt. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, worin Protest gegen den Zolltarif-Entwurf erhoben wird und die Klavierarbeiter zum Anschluß an die Organisation aufgefordert werden, wurde einstimmig angenommen.

Darauf fand noch eine längere Ansprache zwischen den central und den lokalorganisierten Klavierarbeitern statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Generalkonflikt beschlossen.

Paris, 8. Oktober. (S. T. B.) Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter hat in einer heute nachmittag in der Arbeitshölle abgehaltenen Versammlung den Generalkonflikt beschlossen; die Arbeit soll morgen früh niedergelegt werden.

Paris, 8. Oktober. (S. T. B.) In einer an die französischen Grubenarbeiter gerichteten Kundgebung des Nationalkomitees, in weseher der Generalkonflikt proklamiert wird, heißt es, nachdem das Komitee der Grubenarbeiter Frankreichs es abgelehnt habe, eine Abordnung der Arbeitgeber zu entsenden, welche mit Vertretern der Arbeiter über die Frage des Mindestlohns, der Organisation und der Regelung der Arbeit sich besprechen sollten, sei es angebracht, in den Generalkonflikt einzutreten.

Wien, 8. Oktober. (S. T. B.) Der Reichsrat ist auf den 16. Oktober einberufen worden.

Die Berliner Parteiverfassungen.

Den kurzen Mitteilungen, die wir gestern brachten, lassen wir nunmehr die nachstehenden ausführlicheren Berichte folgen:

Erster Wahlkreis.

Die in Dräfers Resthagen tagende Versammlung war ziemlich gut besucht. Wie der Vertrauensmann Doppel berichtete, betragen die Einnahmen einschließlich eines Bestandes von 266,77 M., 291,08 M., die Ausgaben 200,20 M., so daß ein Bestand von 61,77 M. verbleibt. In die Parteikasse wurden 500 M. gegeben. Öffentliche Versammlungen fanden 7 statt, außerdem 3 Sonntags- und 5 Mittags-Versammlungen. Der Vertrauensmann wies ferner auf die in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften vollzogene Arbeitslosen-Zählung hin, als die wichtigste Arbeit im verflochtenen Geschäftsjahr und forderte schließlich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und den drohenden Zolltarif zu besonders lebhafter Tätigkeit für die Organisation auf. — Dem Vertrauensmann wurde einstimmig Decharge erteilt.

In seinem Bericht von der Prekommission sagte Kaliski unter anderem: Von den eingegangenen Beschwerden müsse besonders die der organisierten Frauen erwähnt werden, die mehr Einsicht auf den Frauenbewegung betreffenden Teil und mehr Beachtung dieses Teils des Zentralorgans der Partei verlangten. Die Beschwerde sei zur Genugthuung der Beschwerdeführer erledigt worden. Der Redner forderte die Genossen auf, bei den den „Vorwärts“ betreffenden wichtigen Fragen und prinzipiellen Vordingen sich mehr als bisher an die Prekommission zu wenden, selbstverständlich aber nicht bei jeder Kleinigkeit. — Zu diesem Bericht bemerkte Glas, daß eine Beschwerde polnischer Genossen keine Beachtung gefunden habe. Kaliski erklärte hierzu, diese Sache sei erst zu seiner Kenntnis gekommen, als keine Sitzung mehr stattfand, sie werde jedenfalls noch erledigt werden. —

Von der Lokalkommission berichteten die Genossen Schmolz und Lucht. Schmolz macht besonders eindringlich darauf aufmerksam, daß es wesentlich an der Arbeiterschaft selbst liegt, wenn in einem Kreise Schwierigkeiten bezüglich der Lokalfrage entstehen; überall dort, wo die Arbeiter fest zusammenhalten, sind auch Lokale zu haben. Lucht erwähnte dann noch, daß das Zeit 1, nachdem zuerst die Einwilligung zur Abhaltung einer Versammlung erteilt worden war, dann für die Parteigenossen geschlossen wurde. Das Brandenburger Haus wurde nach Abhaltung einer Versammlung ebenfalls verweigert und ebenso die Aufhänger unter den Stadtbahnhöfen. In dieser Gegend sind zu weiteren Genugthuung jetzt zwei Lokale frei geworden. Der Redner machte dann darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit in einzelnen Fällen sich Gewerkschaften nicht streng an die Liste gehalten haben, was sehr zu verurteilen sei.

Den Bericht von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg gab Walded-Manasse. Darauf wurden die Wahlen vorgenommen, deren Resultat bereits mitgeteilt worden ist.

Von der Brandenburger Provinzialkonferenz gaben Haldt und Wolzmann einen ausführlichen Bericht. — Vom Münchener Parteitag berichteten Diezeler und Wättner. Daran schloß sich eine längere Diskussion. Genosse Goga polemisierte gegen die Stellung, die Bloss zu der Alkoholfrage eingenommen hat, und die Haltung des Parteitages zu der Frage. Lätzerow wandte sich gegen die Art, in der Goga die Alkoholfrage in den Vordergrund der Diskussion über den Parteitag drängte; die Frage könne bei einer anderen Gelegenheit ausführlicher behandelt werden. In der Polensfrage wünschte der Redner, daß bald eine Entschloßung zu Stande kommen möge; es sei nach beiden Richtungen gefehlt worden. Kaliski erklärte, den Bestrebungen der Alkoholgegner sympathisch gegenüberzutreten, wandle sich ebenfalls gegen die Art, wie Goga hier die Frage behandelte. — Auf die Anfrage, warum sie nur für den einen der beiden von Berlin für die Kontrollkommission vorgeschlagenen Genossen gestimmt haben, antworteten Diezeler und Wättner dahin, daß, weil keine Aussicht vorhanden war, daß beide vorgeschlagene gewählt werden würden, man sich entschlossen habe, auf dem Parteitag nur für den einen der beiden Genossen einzutreten, um wenigstens dessen Wahl zu sichern.

Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlung fand in der Buchdruckerei statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vertrauensmannes Scholz ist hervorzuheben, daß die Einnahmen des Vorjahres um etwa 3000 M. überstiegen. Die Gesamteinnahme betrug 11 987,50 M., die Gesamtausgabe 11 631,32 M. Es verblieb ein Bestand von 356,17 M. Die Versammlung entsandte den Vertrauensmann.

Ueber die Tätigkeit der Prekommission berichtete Kdzerik. Sein Urteil über den „Vorwärts“ ging dahin, daß unser Centralblatt auf der Höhe der Zeit stehe. Es läge jetzt an den Parteigenossen, durch eine kräftige Agitation eine der Bedeutung des Blattes entsprechende Anzahl von Abonnenten zu gewinnen.

Einle referierte eingehend über die von den Genossen des zweiten Wahlkreises in den Kreisen Rausch-Deitz, Jüterbog-Ludowalde und Salau-Ludau entfaltete Agitation. Nach einem Bericht des Genossen Polenski über die Arbeit der Lokalkommission teilte Reimann als Mitglied der Leitungskommission mit, daß die seit dem 1. August im Vertrieb befindliche Parteipublikation, die mit 270 Abonnenten zu arbeiten begann, jetzt über 2500 Abonnenten habe. Im Laufe dieses Monats wird noch eine besondere Agitation erfolgen. Die Leitungskommission, der u. a. die Kontrolle der Expedition obliegt, hat alles in Ordnung gefunden. Die Leitungskommission, die Zahl der Kommissionsmitglieder von 5 auf 3 herabzusetzen. Es folgten dann die Wahlen für die verschiedenen Kreise, deren Ergebnis bereits gestern mitgeteilt worden ist.

Ueber die Verhandlungen der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg berichtete sehr ausführlich der Genosse Galle. Er stellte in Aussicht, daß die Agitationskommission alles thun werde, um die dunklen Winkel der Mark mit dem Licht der Aufklärung zu durchleuchten. Es wäre zu hoffen, daß der Sozialdemokrat bei den nächsten Wahlen einige noch nicht eroberte Wahlkreise der Provinz aufheben. Auch erwartete Redner, die Provinzpresse werde sich mehr selbständig machen.

Den Bericht über die Verhandlungen des Parteitages erstattete Wolderoth. Er ging auf die Debatte über die „Neue Zeit“ und die „Socialistischen Monatshefte“ ein. Mit Bedauern sprach er von der Festigkeit, mit der die verschiedenen Meinungen in dieser Angelegenheit ausgetragen wurden. Redner wünscht, man möge bei Beurteilung der Frage nach den Ursachen des 10 000 Mark betragenden Defizits der „Neuen Zeit“ die Bestimmung Avers berücksichtigen, daß die „Neue Zeit“ stets mit einem Defizit gewirtschaftet habe, das im Mindesten 7000 Mark betrug. Auffallend sei, daß die auswärtigen Colporteurs in einem Jahre nicht weniger als 17 000 Exemplare unserer wissenschaftlichen Revue der Expedition zurückzuführen mußten. Das bedeute schon an Kosten der technischen Herstellung etwa 4000 M., die unnötig aufgewendet seien. Wenn nur einerseits saubere Kasselführung, Fortschritt und ähnliches vorgezogen werde und man andererseits schwere Vorwürfe gegen die Parteigenossen erhebe, die die „Neue Zeit“ mißbrauchen und für die „Socialistischen Monatshefte“ schreiben, so sei er, Redner, der Ueberzeugung, daß der Boykott der „Neuen Zeit“ durch eine Reihe Schriftsteller an dem erwähnten Defizit keine Schuld trage. Die Ursache liege wohl mehr in den Verhältnissen der großen Masse der Genossen, die erheblich in den Gewerkschaften und in der Partei engagiert seien, die dazu sich manches Stück aktueller Literatur anschaffen mußten und bei ihren geringen materiellen

Mitteln nicht noch außerdem die wissenschaftliche Zeitschrift halten konnten. — Im übrigen beschränkte sich Redner darauf, ein gedrängtes Bild von den sonstigen Verhandlungen des Parteitages zu geben und ihre Bedeutung hervorzuheben.

Man hat nicht die Auffassung Wolderoths bezüglich der „Neuen Zeit“. Der „Vorwärts“ müßte in seinen Wochenberichten die ausstehenden Streitfragen mehr berücksichtigen, damit auch die informierten werden, die die wissenschaftliche Zeitschrift nicht lesen. Redner meint weiter, daß der Beschluß in der Stichwahlfrage (Resolution Weber) infolge des verätherischen Verhaltens der Preisstimmigen an praktischer Bedeutung verlieren werde. — Galle führte aus, daß man es dem Takte der Einzelnen überlassen müsse, da oder dort als Schriftsteller, mitzuarbeiten. Wenn er an hervorragender Stelle in der Partei stünde, würde er wahrscheinlich aus Parteigründen nicht für die „Monatshefte“ arbeiten. Redner wendet sich dann persönlich gegen Richard Fischer, indem er nachzuweisen sucht, daß dieser gewissermaßen die Thronkandidat der „Neuen Zeit“ sei, indem er in der Resolution zur Alkoholfrage schrieb, daß der Parteitag nicht in der Lage sei, den Genossen die nötige Abstinenz zu empfehlen. Ein solches Verlangen sei von den abstinierenden Genossen und ihren abstinierenden Freunden gar nicht gestellt worden. Man habe vielmehr — Redner citiert die bezüglichen Anträge und Resolutionen — nur gewünscht, daß sich ein Parteitag überhaupt einmal mit der Alkoholfrage näher beschäftigen und daß der Parteipresse anbeisgegeben werde, auf die Schäden großer Alkoholenusses mehr als bisher hinzuweisen. Sojunkte, der im großen und ganzen mit den Leistungen des Parteitages zufrieden ist, giebt den Genossen, die sich aus der „Neuen Zeit“ in die „Socialistischen Monatshefte“ geflüchtet haben, allein die Schuld an den erweiterten mißlichen Verhältnissen. Der Boykott der „Neuen Zeit“ sei geradezu auf bösen Willen zurückzuführen. Nummert wandte sich gegen Galle in der Alkoholfrage. Mit Recht habe sie der Parteitag für eine Privatsache erklärt.

Da es inzwischen schon sehr spät geworden war, verließen viele Genossen den Saal, so daß man sich veranlaßt sah, die Debatte abzubrechen. Es wurde noch beschlossen, daß dem Wiedereintritt Fahrenwalds in die Partei nichts entgegenstehe. Fahrenwald ging seiner Zeit mit den „Unabhängigen“.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung tagte im Gewerkschaftshaus. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes Hoch entnehmen wir, daß die Einnahmen für das Berichtsjahr sich auf 6676,20 M., die Ausgaben auf 5838 M. belaufen. Abgezogen wurden sieben Versammlungen, Flugblatt-Verbreitungen fanden zwei statt. Die neu errichtete Parteipublikation habe einen guten Anfang gehabt; die Anzahl der Abonnenten betrug 1400. Ferner berichtet Redner über die Angelegenheit des Genossen Jahn, die seitens der Prekommission an den Kreis verwiesen worden ist. Es habe eine gründliche Untersuchung der Beschwerde Jahn's stattgefunden; nach dem Ergebnis derselben müßte sie aber zurückgewiesen werden. Es sei nach bester Ueberzeugung entschieden worden; das Urteil habe ja auch die Zustimmung aller Instanzen, auch des Parteitages, erhalten.

Zu der Diskussion ergreift Jahn das Wort und bemerkt, daß nur ein enger Kreis seine Angelegenheit kenne; die Berliner wissen nichts. Während seiner Ausführungen, die sich gegen den Parteitag richteten, des „Vorwärts“ bezüglich seiner Sache richtete, wird er vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht bei diesem Punkte der Tagesordnung zur Diskussion stehe. Hoch ergänzt seinen Bericht noch dahin, daß die in Betracht kommenden Instanzen beschlossen haben, Jahn den Uebergang zu einer anderen Beschäftigung durch Gewährung einer ausreichenden Unterstützung zu erleichtern.

Den Bericht über die Tätigkeit der Prekommission erstattete Alboldt zugleich mit dem Bericht über den finanziellen Stand des Central-Organes. Beschwerden seien in jeder Sitzung drei zu erledigen gewesen, darunter auch diejenige über die Aufnahme der Inzerate der Milchcentrale, bezüglich deren die Prekommission beschlossen habe, sie nicht mehr aufzunehmen. Dennoch Raab trägt an, aus welchen Gründen die Aufnahme der Inzerate der Milchcentrale vertagt werde, und ferner, ob es dem Genossen Alboldt bekannt sei, daß auch ein Inzerat des Bundes der Landwirte, die Fleischlieferung betreffend, abgelehnt sei? In einem Flugblatt des Bundes der Landwirte werde dies behauptet.

Er könne sich mit dieser Stellungnahme der Prekommission nicht einverstanden erklären. Sei die Ablehnung aus politischen Gründen erfolgt, so würde dies gewissermaßen zu einer Prüfung der politischen Gesinnung der Inzerenten führen. Was könnten die Inzerate der Milch-Centrale aus Schaden? Wie selbst seien doch froh, wenn gegnerische Blätter unsere Versammlungsanzeigen aufnahmen. Unsere Leser seien genügend über die Absichten der Milch-Centrale unterrichtet.

Es sei thöricht, das Geld der Gegner auf dem neutralen Gebiet des Inzeratenwesens nicht zu nehmen, mit dem wir sie dann desto besser bekämpfen könnten. Alboldt giebt dem Vorredner bis zu einem gewissen Grade nicht recht. Aber nachdem die Redaktion gegen die Milchcentrale in schärfster Weise Stellung genommen, konnte man doch die Anzeigen derselben nicht bringen. Von einem Inzerat des Bundes der Landwirte sei ihm nichts bekannt. Raab betont, daß eine solche Anzeige thatsächlich zur Aufnahme bei der Expedition eingegangen ist. Der Bund der Landwirte habe natürlich aus der Nichtaufnahme Kapital zu schlagen versucht. Die Anzeigen seien nur auf ihren thatsächlichen Inhalt zu prüfen. Die Partei als solche übernehme keinerlei Verpflichtung. Alle gegnerischen Inzerate müßten aufgenommen werden und er ersucht die Prekommission, nach dieser Richtung hin weiterzutreten zu sein. — Keine glaubt nicht, daß sich nach dieser Richtung hin ein Prinzip aufstellen lasse. Die Frage sei nicht mit einer einfachen Formel zu lösen. Die Anzeige kenne er nicht. Habe sie bloß die Bekanntgabe der Verkaufsstellen der Milch-Centrale enthalten, so sei gegen die Aufnahme durchaus nichts einzuwenden. Anders liege die Sache, wenn es sich um eine förmliche Werbung durch die Centrale gehandelt hätte, da sei eine Verwirrung in unserm Verrechnen nicht ausgeschlossen gewesen. Es müsse Genugthuung sein, den Gegner nicht mundtot zu machen. Jede freilebende Zeitung nehme auf erhobene Angriffe gegnerische Einwendungen auf. Das erfordere die Loyalität des politischen Kampfes nach den Regeln, wie er geführt werden soll. Man solle doch nicht allzu ängstlich die Genossen vor jeder gegnerischen Äußerung hüten, wie die katholische Kirche, die verleihe, was zu lesen erlaubt sei und was nicht. Schweizer tritt den Ausführungen des Genossen Raab entgegen. Die Milch-Centrale wolle alles vermeiden. Dagegen habe der „Vorwärts“ Stellung genommen. Durch die Annahme der Anzeigen würde man der Centrale nur Hilfe leisten. Nicht jede Hausfrau sei in der Lage, sich über alles genau zu orientieren. Es sei ganz lothvoll gewesen, die Aufnahme der Inzerate abzulehnen. Cohen teilt den Standpunkt des Genossen Raab. Alboldt erwidert, daß die Prekommission nach reiflicher Ueberlegung zu ihrem Beschluß gekommen sei und daß im entgegengelegten Fall möglicherweise der Parteivorstand die fernere Annahme der Anzeigen untersagt hätte.

Der Bericht der Lokalkommission giebt Hinge. In der Diskussion wird von Hinge darauf hingewiesen, daß die „Philharmonie“ und der „Deutsche Hof“ als gesperrt betrachtet würden. Es müsse aber den Genossen doch gestattet sein, die Konzerte dieser ausschließlich Kunstzwecken dienenden Institute besuchen zu können. Hinge bemerkt, daß zu diesem Zwecke die genannten Säle frei seien; nur bei Veranstaltungen durch Vereine müsse die Lokalliste beachtet werden.

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission referiert Dimmid; die Hauptaufgabe der Kommission bildete die Fortsetzung

der Agitation gegen den Zolltarif durch Veranstaltung von Versammlungen. Die verschiedenen Kreise seien rege an der Arbeit, die politischen Organisationen hätten bedeutende Fortschritte gemacht. Nachdem noch Hartmann auf die Schwierigkeiten der Agitation im Kreise Sorau hingewiesen hatte, wurde zur Wahl der Funktionäre geschritten, deren Ergebnisse bereits mitgeteilt sind.

Ueber die Brandenburger Konferenz berichtete Klein; eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Zum Punkt „Bericht vom Parteitag“ wurde beschlossen, die Berichtserstattung abzulehnen und sofort in die Diskussion einzutreten. Harndt nimmt Stellung gegen die Versicherung der Parteibeamten. Er sei der Meinung, daß die Sache durchaus noch nicht erledigt sei. Es liege absolut kein Grund vor, die „Vorwärts“-Angestellten, die ein auskömmliches Einkommen bezögen, auch noch zu pensionieren. Sie müßten das auf ihre Kosten machen, nicht auf unsre. Es sei ganz natürlich, daß durch die Gewährung einer solchen Pension das Interesse bei den Angestellten an der Umgestaltung der Verhältnisse schwinden müßte. Gegen die Stellung des Parteitages müsse entschieden protestiert werden und er empfehle die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung lehnt entschieden die Pensionierung und Witwenversorgung der „Vorwärts“- und Buchhandlungsangestellten ab; sie befreit ebenso entschieden dem Parteivorstand und Parteitag das Recht, solche einschneidenden Fragen kurzerhand zu beschließen, ohne die Parteigenossen der einzelnen Orte zu fragen, welche die dazu nötigen Gelder aufzubringen haben.“

Um die Stellung der gesamten Berliner Parteigenossen zu der Pensionsfrage lernen zu lernen, beauftragt die Parteiverammlung den Vertrauensmann, nach Rücksprache mit den übrigen Vertrauensleuten in nächster Zeit eine Verammlung für ganz Berlin einzuberufen und die Pensionsfrage auf die Tagesordnung zu setzen.“

Wuhsing empfiehlt die Ablehnung der Resolution. Die Versicherung der Angestellten sei sehr am Plage. Alboldt führt aus, daß die Vertrauensleute gegen Maßnahmen des Parteitages nicht anzuordnen könnten. Die Versicherung liege gerade im Interesse der Partei. Selbst die Delegierten des sechsten Kreises, von dem der Protest ausging, standen nicht alle auf dem Boden desselben. W. Raab spricht sich in sehr abfälliger Weise über die Versicherung der Parteibeamten aus. Er nimmt Bezug auf einen Leitartikel vom 6. August, worin den Arbeitern empfohlen wurde, Armeunterstützung in Anspruch zu nehmen, wenn sie dadurch ihrer politischen Rechte nicht verlustig gingen. Wenn es so dem in der Partei üblich gewesen, neben guter Bezahlung auch noch eine Rentenversicherung aus den Taschen der Parteigenossen zu verlangen? Die Parteistellungen hätten sich in den letzten Jahren derart gebessert, daß sich hunderte nach den jetzt werdenden Stellungen drängten.

Habe ein Liebsteiner, der früher doch auch nur kärglich besoldet gewesen, an eine Rentenversicherung gedacht?

Er, Redner, könne versichern, daß in den Kreisen der Parteigenossen keine Begeisterung für Rentenversicherung herrsche.

Böttcher und Krämer treten gleichfalls für die Resolution Harndt ein, während Dimmid dieselbe für niemand annehmbar erklärt, weil alle Parteigenossen der Meinung sind, daß das, was der Parteitag gefagt hat, für alle Sozialdemokraten maßgebend sein soll. Die Resolution gehe weit über die berechtigte Kritik hinaus. Der Antragsteller Harndt macht für den Fehler den Parteivorstand und den Parteitag verantwortlich. Auch er sei für auskömmliche Löhne, was jedoch darüber, sei vom Leibel. Wagner, Diezeler giebt in sehr erregter Weise der Meinung der Provinz über die Arbeiterpresse-Veränderung Ausdruck. Der Parteitag hat ihm nicht imponiert. Er hält die Befolgung der Redakteure für auskömmlich. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion findet hierauf Annahme. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte wird die Resolution Harndt angenommen gegen eine ziemlich große Minorität. Etwa der dritte Teil der Anwesenden enthielten sich der Abstimmung. — Nachdem Böttcher und Braun bei dem Punkt „Kommunalpolitik“ auf das Verhalten des Genossen Klotz-Stuttgart eingegangen waren, brachte Paul Jahn seine Angelegenheit zur Sprache, worauf hoch in ausführlicher Weise antwortet.

Die Versammlung erklärte die Angelegenheit „Jahn“ durch die Aussprache für erledigt. Zum Schluß der Versammlung, die sich bis gegen 2 Uhr ausdehnte, wurde, nach dem sich ein Teil der Versammelten entfernt hatte, die nachstehende Resolution angenommen. „Die Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitages und dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden. Sie versprechen, nach wie vor mit allen Kräften für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen einzutreten und die Organisation der Partei zu stärken.“

Vierter Wahlkreis.

Den Bericht der Vertrauensleute für den Osten gab Franke. Aus demselben ging hervor, daß im verflochtenen Jahre die Agitation eine außerordentlich fröhliche war. Es fanden im ganzen 5 Kommunalwähler- und 7 Volks-Versammlungen statt. Die Finanzen sind als recht günstig zu betrachten. Einer Gesamteinnahme von 23 062,67 M. steht eine Gesamtausgabe von 22 274,10 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 788,57 M. verbleibt. Die Parteipublikation ergab einen Ueberschuß von 8462,62 M. — Folgt berichtet namens der Vertrauensmänner für Süd-Osten. Nach hier ist der Agitation im Berichtsjahre besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Neben 7 Volks- und 2 Parteiverfassungen fanden am Anfang der Stadtverordneten-Wahlen im 11. und 12. Kommunal-Wahlbezirk 4 Kommunalwähler-Versammlungen statt. Zur Verteilung gelangten insgesamt 105 000 Exemplare Agitations-Druckchriften. Die Gesamteinnahme betrug 21 283,61 M., die Gesamtausgabe 18 825,18 M., bleibt ein Bestand von 3497,43 M., so daß die Kassenverhältnisse des Südostens ebenfalls als gute zu bezeichnen sind, umso mehr, da auch hier die Parteipublikation einen Gewinn von 7167,58 M. zu verzeichnen hat. — Nach Erteilung der Decharge an die Berichtgeber erfolgte die Neuwahl der Vertrauensmänner.

Hierauf referierte Böhner über die Tätigkeit der Prekommission. Zwar sei die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ in erfreulicher Weise gestiegen; jedoch ist es durch Ausfall gewisser Einnahmen unendlich gewesen, allen Wünschen gerecht zu werden. Vorgelesen sei aber schon, eventuell durch besondere Beilagen für die betreffenden Bezirke die Verichterstattung aus den Vororten umfangreicher zu gestalten. Einschneidende Meinungsverschiedenheiten mit der Redaktion und Expedition seien nicht in die Erscheinung getreten. — In der sich anschließenden Debatte wurde u. a. beantragt, daß es bei dem Mangel, der wichtigen Gewerkschaftsberichten häufig hindernd in der Weg trete, sonderbar beruhe, wenn Habererverben, die ja ganz häufig zu lesen seien, ein ziemlich breiter Platz eingeräumt werde. — Aus der Neuwahl der Prekommissions-Mitglieder gingen die Genossen Böhner und Rich. Weise einstimmig hervor. — Hierauf folgten die bereits bekannt gegebenen Wahlen.

Ueber den Parteitag berichteten die Genossen Galtbusch und Böhner. Besonders rege Debatten haben das Verhalten der polnischen Genossen und die Finanzverhältnisse der „Neuen Zeit“ hervorgerufen. Hauptsächlich führten die anzuhäufenden Verhandlungen mit den Polen zu einem allseitig befriedigenden Resultat. Das aus der „Neuen Zeit“ hervorgegangene Defizit sei zu bedauern, wenn man demgegenüber hört, daß die schriftstellerisch tätigen Genossen zur Veröffentlichung ihrer Arbeiten Privatunternehmen, wie die „Socialistischen Monatshefte“, benützten. Der Einwand der Parteilichkeit, der gegen die Redaktion der „Neuen Zeit“ erhoben werde, sei nicht stichhaltig und könne das Verhalten der Revisionsisten der offiziellen Partei-Revue gegenüber nicht genug verurteilt werden. In dem Punkte „Arbeitslosen-Versicherung“ haben die Delegierten des Kreises entgegen dem Auftrag der Parteiverammlung in der „Kramia“, der durch die eingehenden Ausführungen Rolfendührs gegenstandslos geworden war,

für die vom letzten gestellte Resolution gestimmt, die nur prinzipieller die Arbeitslosen-Versicherung fordere. Schließlich verbreiteten sich die Verleumdungen noch über das Schicksal der Anträge des vierten Wahlkreises, von denen der den nächsten Tag betreffende der Faktion zur Verächtlichmachung überwiesen wurde, die übrigen aber leider nicht die genügende Unterstützung fanden.

In der Debatte sprachen Brückner, Voigt u. a. Es wurde unter anderem ausgeführt: Die Debatte über die „Neue Zeit“ habe das Gute gezeitigt, daß sie agitatorische Anregung für diese letztere gegeben habe. Die Kritik über die „Maifest-Zeitung“ war mit Rücksicht darauf, daß die Ausstattung dieses Blattes der Sache durchaus nicht würdig gewesen sei, in jeder Hinsicht zutreffend. — Voigt verlangt, daß von den geistigen Führern der Partei in erster Linie die „Neue Zeit“ berücksichtigt werden müsse. Er wünscht ferner, daß das herauszugebende „Handbuch“ vollendeter ausfallen möge, damit nicht wieder wie beim vorigen Mal die Kritik so herbe einziehen könne. — Die Arbeitslosen-Versicherung bringe, wenn in der bekannten bürokratischen Form vom Senate durchgeführt, den bereits durch die gewerkschaftlichen Versicherten empfindlichen Schaden. Nachdem noch ein polnischer Genosse die gegen seine Volksgenossen gerichteten Vorwürfe zu entkräften versuchte, schloß die rege Debatte, die im allgemeinen volles Einverständnis mit den Parteitagbeschlüssen ergab. — Mit Rücksicht auf die bereits vorgedruckte Zeit wird die Verichterstattung von der Provinzialkonferenz von der Tagesordnung abgesetzt und referiert. Wader nur noch über das Ergebnis der Feststellungen, die Leube-Waiders-Kandidatur betreffend, das in folgender Erklärung gipfelt:

„Es ist festzustellen, daß als Gründe, warum der verstorbene Genosse Meyer auf der Kreisversammlung in Neu-Vanglow am 8. Juli 1900 nicht mehr als Kandidat aufgestellt wurde, das hohe Alter und sachliche Differenzen maßgebend gewesen sind; dagegen ist nicht erwiesen, daß als Grund maßgebend war, daß er ein Schuster sei.“

#### Fünfter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlvereins, die bei Ledebour, Sophienstraße, abgehalten wurde, erfolgte zunächst die Aufnahme von 11 neuen Mitgliedern. Sodann berichtete Davidsohn über die Verhandlungen der Brandenburger Provinzial-Konferenz. Hierbei bemerkte Redner, seiner Auffassung nach hätte der „Vorwärts“ das bekannte skandalöse Verhalten der Polizeibeamten auf der Konferenz durch eine etwas eingehendere Behandlung agitatorisch besser ausnutzen können. In der Welt am Montag sei diese Angelegenheit scharfer und nachhaltiger besprochen worden, wie im „Vorwärts“. Ferner gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sich aus dem Wahlkreise nur etwa ein halbes Duzend Parteigenossen als Zuhörer bei der Konferenz eingefunden hätten, während doch fünfzig Einzelkarten verteilt waren. Noch fügte den Bericht noch einige ergänzende Worte hinzu; eine weitere Diskussion wurde nicht beabsichtigt.

Hierauf gab Wels in längerer Rede den Bericht vom Parteitag. Er hob hervor: Mit dem Verlauf der diesjährigen Parteitags-Verhandlungen könne man im allgemeinen wohl zufrieden sein; jedoch wolle er nicht verschweigen, daß anlässlich der Debatte über die „Neue Zeit“ bei einer Anzahl Arbeiterdelegierten das Gefühl vorherrschend gewesen sei, als ob die Parteitags-Entscheidungen nur für einzelne Leute abgehalten würden, die sich durch ihre Reden besonders bemerkbar machen wollten. Die Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Revisionisten und marxistischen Dogmatikern hätten noch bedeutend verklärt werden können; die wertvolle Zeit eines ganzen Tages sei unnötigerweise vergeudet worden und damit auch die entsprechenden Diäten. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, die ca. 2000 M., die für das Anhören dieser Theoretiker-Reden an die Delegierten gezahlt werden mußten, zu Agitationszwecken oder zur Dedung irgend welcher Defizits zu verwenden. Des weiteren ist Redner auch der Ansicht, daß die Faktion die Forderung des Achtstundentages im Reichstages möglichst nachdrücklich vertreten müsse, denn auf halbem Wege könne man nicht stehen bleiben. Zu acht ergänzte den Bericht, indem er auf die Verhandlungsgegenstände der letzten Tage einging. Auch er hält den Verlauf des Parteitages für einen zufriedenstellenden. In der Diskussion bemängelte Friedländer die Art, wie manche Delegationen zum Parteitage zu stande gebracht werden. Er erinnert an das Rosenheimer Mandat von Vitz Braun und erklärt, Genosse Hoffmann habe sich ungewissenhaft ein Verdienst erworben, als er darauf hinwies, wie derartige „wilde Mandate“ zu stande komme. Ferner kritisierte er das Vorgehen Auer gegen Adolf Braun und bedauert, daß die Alkoholfrage so fernerläufig behandelt worden ist. Karl Liebknecht verbreitet sich über die Polenfrage und empfiehlt, den polnischen Genossen gegenüber eine möglichst weitgehende Toleranz walten zu lassen. Anknüpfend an die Debatte über die „Neue Zeit“ meinte er, es müsse den Genossen freigestellt sein, zu schreiben, für wen sie wollen, nur dürfe dadurch nicht die Partei geschädigt werden. Den Streit zwischen Revisionisten und Marxisten hält Redner jetzt für endgültig erledigt, und zwar zu Gunsten der letzteren. —

#### Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung — eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins — tagte im Clubhaus „Eisler“. Wahlen fanden nicht statt. Diefelben sowie der Bericht der verschiedenen

Kommissionen finden ihre Erledigung erst im Dezember in öffentlichen Parteiverfassungen. Den Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz gab Anders. Eine Diskussion schlüpfte sich an denselben nicht.

Es folgte der Bericht des Genossen Kiesel über den Parteitag. Die ungeteilte Beachtung, welche der Parteitag bei allen Parteigenossen schon vor seinem Zusammentritt erweckt habe, habe derselbe im allgemeinen auch gerechtfertigt. Auf die Verhandlungen des Parteitages im einzelnen eingehend, ist Redner mit den Ausführungen Auer bezüglich des Antrages, die Tagesordnung der Parteitags-Verhandlungen im Voraus festzusetzen, durchaus einverstanden, ebenso auch mit den Ausführungen desselben über manche zu dem Parteitag gestellten Anträge (namentlich das Centrum betreffend). Bezüglich der Kassengeschäfte des Parteivorstandes giebt Redner dem persönlichen Wünsche Ausdruck, daß denselben in nicht allzu ferner Zukunft feste Einnahmequellen eröffnet werden mögen. Auch die Stellungnahme des Parteivorstandes und Parteitages zu den verschiedenen Presse-Gründungen sei nur zu billigen. Bezüglich der Versicherung der Partei-Angestellten ist dem Redner von einzelnen Genossen im Privatgespräch unterstellt worden, daß er den Protest des sechsten Wahlkreises dagegen nur deshalb vertreten habe, weil die Agitatoren der Partei nicht in die Versicherung eingegriffen seien. Dagegen müsse er sich ganz energisch verteidigen. Er habe bezüglich des Protestantrages lediglich seine Pflicht als Delegierter erfüllt. Die durch die Debatte über die „Socialistischen Monatshefte“ von neuem heraufbeschworene Versäumnis-Debatte ist nach seiner Ansicht durchaus nicht unfruchtbar gewesen. Diefelbe habe manchen Parteigenossen klar gemacht, daß sie bezüglich ihrer publizistischen Tätigkeit dieselben Pflichten haben, wie man sie von der großen Masse der übrigen Parteigenossen ebenfalls beansprucht. Auch den Ausführungen Anders in seinem Schlußwort, soweit sie persönlicher Natur waren, könne man rückhaltlos zustimmen.

Die Darlegungen Rosenbuhns über das Armenwesen in seinem Referat über Arbeiterversicherung dürften wohl geeignet sein, so manchen Revisionisten in stillen Stunden zum Nachdenken zu veranlassen. Das Verbot des Referat sei der Glanzpunkt der Verhandlungen gewesen. Aber auch aus dem Referat des Genossen Dr. Lindemann dürften die Parteigenossen für ihre Tätigkeit auf kommunales Gebiet manche fruchtbar Anregung schöpfen.

Die Diskussion war eine ungemein lebhaft und vielseitige. Kröhn meint, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Parteitages einverstanden sein könne. Nötig sei es, die Parteilasse finanziell zu stärken und wird sich dazu eine Erhöhung der Wahlvereinsbeiträge nicht umgehen lassen. Das Referat über die Kommunalpolitik hätte weniger Raum einnehmen können. Es hätte genügt, daselbst gedruckt herauszugeben. An Stelle der abermaligen Versäumnis-Debatte hätte man mehr praktische Arbeiterfragen behandeln. Das Defizit der „Neuen Zeit“ rühre daher, daß die Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage sind, soviel Geld für Literatur auszugeben zu können. Das habe aber dann wieder im Gefolge, daß die große Masse der Parteigenossen den Inhalt derselben nicht kenne und deshalb an den Streitigkeiten der Theoretiker gar kein Interesse habe. An Stelle dieser Streitigkeiten sollte man lieber der Maifest eine tiefere Behandlung angedeihen lassen, da hierin unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. So wie die Maifest heute begangen wird, bilde dieselbe vielfach einen Grund zu Zerwürfnissen zwischen den Parteigenossen und habe auch vielfach schon einen ihrem Wesen nicht mehr entsprechenden unwürdigen Charakter angenommen. Bezüglich der Theoretiker sagte der Redner seine Meinung dahin zusammen, daß die Parteigenossen alle Ursache haben, strenge Wacht zu halten, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Partei von einem Teile der Theoretiker in die Verwilderung geführt wird. Es liegt das hauptsächlich an dem starken Zustrom bürgerlicher Elemente nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Auch mit dem Fall Kröhn hätte sich der Parteitag beschäftigen müssen. Bezüglich der Versicherung der Partei-Angestellten hält der Redner seine schon in der vorigen Generalversammlung erhobenen Bedenken aufrecht. Auch der hierzu gestellte Antrag habe immerhin zur Folge gehabt, daß der Parteivorstand sich in der Sache wiederholt geäußert habe. Es habe sich dabei aber auch gezeigt, daß die Parteigenossen über ihr Mitbestimmungsrecht zu wachen haben. Gegen die Partei-Redakteure erhebt Redner den Vorwurf, daß sie sich zu wenig an dem Parteileben beteiligen und somit die Gefahr vorliegt, daß dieselben die Fühlung mit dem Proletariat verlieren.

Ledebour schließt sich bezüglich, der Maifest der Ausführungen des Vorredners an. Nur sollen dann auch die Parteigenossen mit positiven Beiträgen kommen.

Auch mit dem Verlauf der theoretischen Auseinandersetzungen ist Redner ebenfalls nicht ganz zufrieden. Es sei dabei namentlich für die „Socialistischen Monatshefte“ eine ganz unverdiente Reklame gemacht worden. Von einem Vohlsott der „Neuen Zeit“ könne dagegen nicht gesprochen werden. Diejenigen, die für die „Neue Zeit“ nicht schreiben, brauchen das ja gar nicht zu thun. Es giebt zweifellos zwei verschiedene Richtungen in der Partei; aber das sei auch gar kein Unglück. Das sei auch in einer großen Partei gar nicht anders möglich. Allerdings sei das Auftreten Verneins gegen den Genossen Karl Liebknecht, der als nächstbeteiligter das Recht gehabt habe, für seinen Vater einzutreten, eine phänomenale Zerknirschung gewesen. Im übrigen aber lassen sich theoretische Auseinandersetzungen auf Parteitagen gar nicht umgehen. Freilich haben auch die Thatfachen erwiesen, daß der ganze sogenannte Revisionismus jeder sachlichen Unterlage entbehrt.

Lautant betont, daß theoretische Abhandlungen als Beifäden für den praktischen Kampf durchaus notwendig sind und empfiehlt deshalb, auch in Arbeiterkreisen die „Neue Zeit“ mehr als bisher zu lesen. Man solle deshalb auch nicht so sehr auf den „Mademismern“ herumtreten. Kröhn empfiehlt, um das Defizit der „Neuen Zeit“ zu beseitigen, in jedem Jahrbuch wenigstens ein Exemplar derselben zu abonnieren. Redner wendet sich auch gegen Ledebour, welcher gesagt habe, daß die von ihm (Kröhn) kritisierten Entgleisungen einzelner Parteigenossen — Kröhn und Pens — eben die Folgen unrichtiger theoretischer Auffassungen seien. Redner wendet sich auch noch einmal eingehender gegen den „Verein Arbeiterpresse“, den er beschuldigt, daß derselbe erstlich alle möglichen freien Schriftsteller umfassen aufnimmt. Schließlich könne sich — meinte der Redner — auch Herr v. Verelisch aufheben lassen, da derselbe ja auch „socialpolitische“ Artikel schreibt. Zweitens sei der genannte Verein untreu gegen die gewerkschaftlichen Tendenzen durchgezogen. Aus letzterem könne auch nicht verlangt werden, daß die Partei als Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahle. Guttmann: Die Kritik ist das Recht der Parteigenossen, und es ist im allgemeinen auch erfreulich, daß von diesem Recht Gebrauch gemacht wird. Aber die Kritik darf auch gewisse Grenzen nicht überschreiten, und das habe der Genosse Kröhn bezüglich der Parteidokumente getan. Redner legt sodann dar, daß die Arbeiterteilung in der Parteidokumente es den daselbst beschäftigten Genossen zumeist unmöglich mache, sich an der Tätigkeit in Versammlungen u. a. zu beteiligen. Kröhn stellt sich im wesentlichen auf den von Kröhn eingenommenen Standpunkt. Arenbjee geht ebenfalls auf den Verein „Arbeiterpresse“ ein und erklärt sich mit aller Schärfe gegen denselben. Der Hamburger Antrag zu dieser Sache sei durchaus berechtigt gewesen. Die Dinge nunmehr liegen, wird generaliter gegeben, ohne zu fragen, ob nicht Paroxysmen unter den Versicherten sind. Und solche gebe es heute leider schon in der Partei. Jedenfalls hätte sich der Parteivorstand erst mit den Vertrauensleuten in Verbindung setzen müssen. Auch Wörle nimmt denselben Standpunkt ein. Derselbe bedauert weiter, daß der Parteitag der Frage der Religion nicht mehr Beachtung zugewendet habe. Die Ausführungen Wieseners richten sich gleichfalls gegen den Verein „Arbeiterpresse“. Kiesel hebt in seinem Schlußwort noch hervor, daß gegenüber den revisionistischen Bestrebungen die durch den Parteitag beschlossene Wiederzulassung der „Jungen“ gerecht und notwendig war. Die von dem Genossen Pens in einem Artikel „Gerechter Lohn“ niedergelegten Anschauungen kritisiert Redner in scharfer Weise. Das seien nicht mehr socialdemokratische, sondern national-socialistische Anschauungen. Bezüglich der Maifest sollten die Genossen Anträge an den nächsten internationalen Kongress stellen. Es würde sodann eine Resolution angenommen, wonach sich die Versammlung mit der Tätigkeit ihrer Delegierten auf dem Parteitage einverstanden erklärt, in der jedoch weiter das Bedauern über den Beschluß betreffs des Vereins „Arbeiterpresse“ ausgesprochen und zugleich gesagt wird, daß der Wahlverein hierin auf seinem ablehnenden Standpunkt beharrt. Weiter heißt es in der Resolution:

„Die Versammlung erwartet von den Genossen, die für die „Socialistischen Monatshefte“ geschrieben haben, daß die Aussprache auf dem Parteitage hierüber genügt, um dieselben an ihre Pflichten als Parteigenossen zu erinnern.“

Weiter wurde den Parteigenossen die Unterstützung der „Neuen Zeit“ zur Pflicht gemacht.

Hiermit erreicht die Versammlung um 12 1/2 Uhr ihren Schluß.

#### Charlottenburg.

Die Versammlung war von etwa 800 Personen besucht. Den Bericht vom Parteitag erstattete Dr. Vorchardt, von der Frauenkonferenz Frau Thiel. An der lebhaften Diskussion, die bis 1/2 Uhr währte, beteiligten sich Jubel, Waack, Girsch. Erörtert trat der Anschauung des Berichterstatters entgegen, daß die Diskussion über die „Neue Zeit“ und die „Socialistischen Monatshefte“ sich hauptsächlich auf dem niedrigen Niveau kleinlicher persönlicher Anklagen und Verdächtigungen bewegt hätte; er fand die Diskussion vielmehr wie den ganzen Verlauf des Parteitages herzerhellend und erfrischend namentlich verteidigte er, wie auch die andere Diskussionsredner, die Verwerfung der Resolution 116 durch den Parteitag, die Proporzwahl betreffend, während Vorchardt hierin eine direkte Verleumdung demokratischer Grundzüge und demokratischen Empfindens erblickte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Wetter-überblick vom 8. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Wetter	Temp. u. G.	Stationen	Wetter	Temp. u. G.
Stettin	1 Regen	6	Saparanda	734 R	45h. bed.
Danzig	2 Nebel	7	Petersburg	753 R	1 bedekt
Berlin	1 bedekt	6	Genève	758 R	3 mollig
Frankf. M.	1 Nebel	4	Aberdeen	—	—
München	1 wolkenl.	5	Paris	700 R	1 bedekt
Wien	3 heiter	9			

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 9. Oktober 1902. Zunächst neblig, später aufklarend, um Mittag etwas wärmer, bei schwachen westlichen Winden; keine nennenswerten Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Socialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten).

Sonntag, den 12. Oktober 1902, in Louis Kellers fest-Sälen, Koppenstraße 29 (großer Saal):

### Achtes Stiftungs-Fest.

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert. Gesangs-Aufführungen. Auftreten der Theater-Gesellschaft Strzelewicz. Turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Entree 25 Pf. — In der Kasse: 30 Pf. Das Komitee.

## Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Freitag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 8):

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge und Statutenänderung. 3. Ergänzungswahl der Revisoren. 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, in „Cohns Fest-Sälen“, Bouthstrasse No. 19:

### Vortrag des Herrn Dr. Max Osborn über: Arnold Böcklin (mit Lichtbildern).

Eintritt 30 Pf. inkl. Garderobe. Nach dem Vortrage: — Gemütliches Beisammensein und Tanz. —

## Achtung! Vortrag

im Clubhaus „Sanssouci“, Rottbuecherstr. 4a. Donnerstag, den 9. d. M., ab 8 1/2 Uhr. Referent: H. Müller, prakt. Naturheilkundiger, Gr. Frankfurterstr. 87. (Preis: 10 Pf.) Anstehung, Verhärtung und Heilung der sog. gelben Leiden, im weiteren die Eisenheilverfahren und ihre Folgen, ist überhaupt Quecksilber ein Heilmittel? 2664b Nur Herren haben Zutritt. Eintritt frei.

In Lit.-Pl. empfohlen: Cognac 1.25—10.35, Rum 1.00—5.60, Nordhäuser 0.45—1.35, Liqueur, Eiercognac, Citronen-u. Himbeersaft.

Port- u. Ungarweine gut u. billigst, Carl Schindler, Chaussee-Strasse 55.

## Achtung! Verfallene Pfänder.

Golds, wie Brillanten, J. u. s. w., Uhren, Ketten, Ringe, laub u. s. w., w. spottb. verk. Altes Gold, Silber u. getaucht u. in Zahlung gen. in der Handl. Weingartenstr. 28 L. Gde. Altkirch.

## Achtung! Glaser Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 10. Oktober, abends 9 Uhr, in den Armeehallen, Kommandantenstr. 20

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Endgültige Beschlussfassung über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Verschiedenes. 7379r

Es erwarten, daß jeder Kollege rege agitiert für guten Besuch der Versammlung.

### Die Lohnkommission.

## Achtung! Textilarbeiter.

Montag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Andreas-Fabrik, Andreasstr. 21:

### Grosse öffentl. Versammlung

aller in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Welche Wiltungen wird der neue Vorkurs für die Textil-Industrie haben? Referent: Reichstags-Abgeordneter August Baudert. 2. Diskussion. Der wichtigsten Tagesordnung wegen erwartet zahlreichen Besuch der Versammlung.

## Öffentliche Volksversammlung

Freitag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.

Tages-Ordnung: Die Schwindsucht als Volksfeinde. Referent: M. Caultz.

### Die Schwindsucht und die Schule.

Referent: Rud. Dickmann, Lehrer und Schriftsteller

Die Schwindsucht wüthet so verheerend unter den Arbeitern, daß sie nicht nur Unrecht den Armen Proletariatsfraktion trägt. Betrugen doch die Krankenkosten und der Erwerbshausfall der Schwindsüchtigen in Preußen jährlich etwa 90 Millionen Mark. Ein Siebentel der gesamten Reichsbevölkerung, etwa 200 000 in Deutschland, davon 1500 in der Armee, sterben jährlich an der Schwindsucht. Es dürfte deshalb hohe Zeit sein, daß alle Schichten der Bevölkerung über Wesen, Verhütung und Heilung der Schwindsucht aufgeklärt werden.

In recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. J. K.: Emil Bartoch, Bernburgerstr. 18.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, 9. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Das Mädchen von Navarra.  
**Schauspielhaus.** Im bunten Rod. Deutsches. Roma Danna.  
**Seitener.** Al-Heldberg.  
**Weiten.** Die Beinschleier.  
**Veiling.** Kalkwaffer.  
**Neues.** Ledige Leute.  
**Neubau.** Seine Kommerzlose.  
**Polka.** Er und seine Schwester.  
**Central.** Die Geisha.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller.** O. (Wallner-Theater.) Der Taktisch. Der Arzt wider Willen.  
**Schiller.** N. (Friedrich-Bilhelm-Häufiges Theater.) Der Taktisch. Der Arzt wider Willen.  
**Carl Weisk.** Gräfin Vassalis.  
**Luffen.** Die Dame von Lyon.  
**Gottow.** Corradini. Ihre Familie.  
**Kleinens.** Serenissima. Juchendstiele. Nalennacht. Liebesträume. Kollegen.  
**Wolke.** Luftstrahe. Spezialitäten. Vorstellung.

**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Buntes Theater.** Entfaltung des Seinerdenmal. Der Hund. Bunter Teil.  
**Metropol.** Berlin bleibt Berlin.  
**Trianon.** Die Liebeschaukel. (La Bascule.)  
**Wittheim.** Die Tieder des Musikanten.  
**Polage-Theater.** Spezialitäten. Vorstellung.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten. Vorstellung.  
**Polak.** Berliner in Steglitz.  
**Steidl.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Kleiner Sänger.  
**Irania.** Laubecker. 18. 19. (Am Theaterplatz) Dr. Donath. Der elektrische Spannungszustand.  
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich: Sternmarke.

**Central-Theater**  
Donnerstag, 9. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr: Wiederkehrer von Redaelli  
**Mia Werber** zum 825. Male:  
**Die Geisha.** Overtüre in 3 Akten von Sydney Jones. (Musik: Mia Werber). Fassung (Kommunen) (Klein) (Mia Werber). Sonntagabend: Erbens in der Unterwelt. Sonntagabend: Der Vogelkämpfer. Abends: Die Hedermans. (Abele: Mia Werber.)

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72 - 73.  
Täglich bis inkl. 15. Oktober:  
**Er und seine Schwester.**  
Am 16. Oktober, Jubiläumsvorstellung für G. Thielscher. Zum 451. Male: **Charleys Tante.** Vom 16. ab täglich: **Charleys Tante.** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 12. d. 22., nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen: Schuldig. Drama in 3 Akten von H. Sob.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstrasse 132.  
**Gräfin Vassalis.**  
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Ernst Ritterfeldt.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dichte Vorstellung. Sonntagabend, 3 Uhr: Kaufend und eine Nacht. Sonntagabend: Denselb für Herrn Ernst Ritterfeldt. Die arme Kreatur. Sonntagabend, 8 Uhr: Der Leiermann und sein Vögelchen.

**Luisen-Theater.**  
**Die Dame von Lyon.**  
Roman. Schauspiel von Lord Lytton. Anf. 8 Uhr. Vorort. 10-2 Theater. Invaliden- und Kinderland. Morgen: Berlin, wie es weint und lacht. Sonntagabend: Marie - Kime, ein Selbst aus dem Volke.

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstrasse 236.  
Zum 4. Male:  
**Die Lieder des Musikanten.**  
Vollständig mit Gesang in 5 Akten. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 12. Oktober: Erste Nachmittagsvorstellung (halbe Rollenpreise).

**Casino-Theater**  
Lohninger-Strasse 37.  
**Neu! Corradini etc.**  
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit W. Richter und H. Berg. Anfang: **Walden.** 8. Sonntag, 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes.“

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
**Die Liebeschaukel.**  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr. Sonntagabend: Coralie & Cie.

**Buntes Theater**  
(Ueberbrett).  
Anfang 8 Uhr. Lindenstraße 68. Entfaltung des Seine-Denkmals. Der Hund. - Bunter Teil. Leitung: O. Straus.  
Wiederaufleben von **TINY SENDERS.** Bozena Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Laezon.

# Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Tausend Jahre deutscher Kultur.**  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
**Dr. Donath:** Der elektrische Spannungszustand.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 5 jungen Damen  
**Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntag 2 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
**Mellins hunkles Geheimnis.**  
Neu! La Dalys Englische **Damen-Boxerinnen und Ringerinnen** zum erstenmale auf dem Kontinent.  
**Georgette Lange,** Tänzerin. 14 erstklassige Nummern.

**Stadt-Theater.**  
Alte-Moabit 17 - 19.  
Donnerstag, den 9. Oktober 1902: Gastspiel des berühmten Oper-Theater-Ensembles:  
**Graf Waldemar.**  
Schauspiel in 5 Akten von G. Freytag. Anfang 8 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Zum 193. Male:  
**Lysistrata**  
Operette in 2 Akten von Paul Linde. **Carola, Steidl, Rieck, Keitner, Kröcher, Liebun, Perry, Runge.**  
Ferner: Die phänomenalen neuen Spezialitäten.  
Aufführung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
**Unter den Linden 44.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Serenissimus - Zwischenspiele.**  
Malmennacht, Liebesträume, Kollegen.

**Metropol-Theater.**  
Berlin bleibt Berlin.  
Grosse Ausstattung - Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephl, Henry Bender, Flora Siding, Hans Reichberg, Wini Orabit, Johanna Junker-Schatz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**W. Noack Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
**Brunnenstrasse 16.**  
**Der Walzerkönig.**  
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Wagnhödt.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Morgen: Der Barren von Grönländ.

**Palast-Theater**  
Direktion: Richard Winkler.  
Großer Lederfisch der Nord-9 Uhr: Anfangspost: 9 Uhr:  
**Berliner in Steglitz.**  
Das phänomenale Oktober-Programm Willi u. Rosita Sands, Spezialität Lissi de Ole, Kostüm-Soubrette. Hue und Kue, Transformationsakt, Benedetti, Universal-Kunst, Georg Paulsen, Inventionen-Humorist, Fritz Bernd mit sein Original-Hologramm, Leichtes Blut, Damen-Textist, Elise Gebhardt-Hoffmann, Soubrette, Liowy Uechy, Soubrette.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Sonntag 11-17, Uhr.

**Restaurant Carl Grosser.**  
An der Stadtbahn 39, 1. (jetz Dickenstraße) 152402.  
Tisch am Alexanderplatz.  
Zwei Vereinszimmer für 30 und 50 Personen mit Pianino zu vergeben, passend für Gesangsvereine u. Telephon: Amt III, Nr. 1513.

**Bruchpresskohlen.**  
Halbfine Latonbrücker, Hauslöse, sowie sämtl. Brennmaterialien. Billige Sommerpreise. Urbauer. 171. Carl Schulz, Platanallee 20.

# Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Tartuff.**  
Lustspiel von Moliere. Freil überfetzt von Ludwig Fulda.  
Dienstag:  
**Der Arzt wider Willen.**  
Schauspiel von Moliere. Deutsch von F. S. Wierling.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Moritur!**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Moritur!**

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Häufiges Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**  
Lustspiel in 3 Akten von Adolph Pörringer.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Mottenbürger.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Esther.**  
Dienstag: **Zwei Eisen im Feuer.**

# Preie Volksbühne.

Sonntag, den 12. Oktober, 2 1/2 Uhr nachm.:  
**Lessing-Theater:** 8. Abt.: **Die Kleinbürger.**  
**Metropol-Theater:** 13/14. Abt.: John Gabriel Borkmann.  
III. Serie: Im Metropol-Theater Sonntag, den 19. Okt. und folgende Sonntage:  
**Was ihr wollt.** Lustspiel in 5 Akten von William Shakespears. 2207.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Kostmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**  
Entrée: Sonntag 30 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Orts-Krankenkasse der Sattler** und verwandten Gewerbs zu Berlin.  
Donnerstag, 16. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Wahl-Versammlung der Kassenmitglieder** im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.  
Tagesordnung:  
1. Wahl von 286 Vertretern der Kassenmitglieder für 1902 bis 1904.  
2. Vortrag über: „Die Kranken-Versicherung als Spiegelbild des gewerblichen Lebens.“ 3. Diskussion. 4. Beschlüsse.  
NB. Wahlberechtigt und wählbar sind nach § 48 des Statuts nur diejenigen Mitglieder, welche grossjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Mitgliedschaft legitimiert.  
Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Wahl-Versammlung der Arbeitgeber** im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Tagesordnung:  
1. Wahl von 136 Vertretern der Arbeitgeber für 1902 bis 1904.  
2. Beschlüsse. 275/12  
NB. Wahlberechtigt und wählbar sind diejenigen Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zur obengenannten Kasse zahlen. Wir machen noch darauf aufmerksam, dass zu Vertretern auch Geschäftsführer und Betriebsbeamte gewählt werden können.

**Steidl-Theater.**  
Linienstr. 102  
am  
Damen-  
Langer-  
Thor -  
Täglich  
humorist.  
Soiree  
u. a.:  
**Studenten Lusi u. Leid**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Vorverkauf 11-1 Uhr.  
Sonnt. u. Donnerstag im Refect. Tanzkränzchen.

**Der Vorstand.**  
Gustav Schillmann, Vorsitzender, W. 62, Kleiststr. 15, 2. p.  
Walter Dittmann, Schriftführer, N. 39, Sparstr. 6, 1. IV.  
NB. Die General-Versammlung findet am Donnerstag, 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I, statt.

**Wimper-Karten**  
Grün und Rubin. LAUCHNER. Duncan's dress. schott. Schäferhunde. Robinson-Baker-Trio, Hochspringer. Elise de Vere, Soubrette. LosFloridos, Spanische Tänzerinnen. Die 2 Freydos, Professorin Schiller. Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papageien.

**Cirkus Busch.**  
Donnerstag, den 9. Oktober er, abends 8 Uhr:  
**Grosse Vorstellung**  
mit täglich wechselndem, grossartigen Programm.

**Cirkus Schumann**  
Karlstrasse, Cirkus Ronzgebäude.  
Heute Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Parade-Vorstellung.**  
Fräulein Dora Schumann, die beliebte jugendliche Schloßherin.  
**25 Martinique.**  
Die Sensationsadressuren Direktor Alb. Schumanns neueste Creationen.  
Die Brauerpferde.  
3 Brothers Eldreds.  
3 Jockeys, zu gleicher Zeit auf ein Pferd springend.  
Truppe Alonso-Bracco, beste Springer der Gegenwart.  
**Adolf u. Coco**  
mit ihrem mysteriösen Reisekoffer und Automobils.  
Mr. Joe Hodgkin, der phänomenale Gentleman Jockey.  
Grosses Ballett- Divertissement.

**Deutsche Konzerthallen.**  
In der Spandauerbrücke 5. Größtes Vergnügungstheater Berlins.  
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Savellen. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.  
Fertige Anzug 20 Mk., feine Huth... 2 Anzügen für guten Zu beim goldne Medaille. Handarbeit.  
Ludwig Engel.  
Brenzlauerstr. 23. 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Geogr. 1892.  
Komme auch Mahschmen ins Haus. Bitte Postkarte.

**Achtung, Vereine!**  
Complette neue täglich neuveränderten Ziele zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende und Sonntag noch frei. 50372.  
**Neues Klubhaus.**  
72. Kommandantenstr. 72.

**Wer - Stoff - hat.**  
Fertige Anzug 20 Mk., feine Huth... 2 Anzügen für guten Zu beim goldne Medaille. Handarbeit.  
Ludwig Engel.  
Brenzlauerstr. 23. 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Geogr. 1892.  
Komme auch Mahschmen ins Haus. Bitte Postkarte.

**Restaurant Carl Grosser.**  
An der Stadtbahn 39, 1. (jetz Dickenstraße) 152402.  
Tisch am Alexanderplatz.  
Zwei Vereinszimmer für 30 und 50 Personen mit Pianino zu vergeben, passend für Gesangsvereine u. Telephon: Amt III, Nr. 1513.

**Alle Wanzen**  
herben sofort nicht durch meinen **Wanzenod.** in N. 0,50, 1. 90. - Schwaben, Kufen, Franzosen usw. werden durch mein Wanzenod vollständig vernichtet. Zeitl. 0,50, 0,50, 1. 90. Schreibe Merkennungen.  
**1000 Mark Belohnung**  
an die demjenigen, der mit einem Nachterfolg nachweist. Nur allein edel bei **Hugo Barth, Troquerie, Brunnenstr. 14, früher Brunnenstr. 18.**

# Germania-Prachtsäle

Arnold Scholz. - Chausseestrasse 103.  
Donnerstag, den 9. Oktober 1902:  
**Grosses Wohlthätigkeits-Konzert**  
zum Besten armer Schüler der 48. Gemeindeschule, aufgelöst von der Regimentmusik des IV. Garde-Regiments zu Fuß in Uniform, unter persönlicher Leitung des Königl. Musikdirektors **Herrn frz. A. Bergter.**  
Anfang 8 Uhr. Vons aufgehoben. Eintritt 30 Pfg.  
Jeden Sonntag und Mittwoch: **Hamburger Säger.**  
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Grosser Ball.**

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.**  
Verwaltung Berlin.  
Sonnabend, den 11. Oktober 1902, im Gasthause „Zeldschöden“ (S. Nagel), N. Mälterstr. 112:  
**Unterhaltungs-Abend.**  
Vortrag. Recitationen. Konzert.  
Nachdem: **Gefelliges Besinnungsfeiern mit Tanz.**  
Vortrag: **Kunst und Arbeit.** Vortragender: Schriftsteller Dr. Rud. Steiner.  
Recitationen von **Heinrich Heine u. a.**  
Recitator: **Direktor Friedr. Moezt.**  
Anfang 8 Uhr. **Billet 20 Pfennige.**  
Wir besprechen einen kunstreichen Abend und laden Freunde und Bekannte freundlich ein. [250/11] **Das Komitee.**

**Eigene Confection.**  
**Jaket-Costüme**  
enorm billig in neuen Herbst-Stoffen  
hochelegante kleidsame Façons 15, 20, 25, 30 Mk.  
**Sacco- und Blusen-Costüme,** letzte Neuheit der Saison, 15 Mk., 18 Mk., 25 Mk., 30 Mk., 35 Mk.  
**Elegante Costümrocke** in ganz Wolle: in vielen neuen Façons: in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten und Längen stets in grosser Auswahl vorrätig, 3,50 Mk., 6, 10, 15 Mk.  
in Seiden-Damast u. Merveilleux 25 Mk.  
**Golf-Saccos, Golfpaletots** 12 Mk., 15 Mk.  
**Golf-Capes** 5 Mk., 10 Mk., 15 Mk.  
Neuheiten in **Winter-Paletots, Jakets und Saccos** 10 Mk., 15 Mk. bis zu den elegantesten, apartesten Modellen.

**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse  
**Blusen** in Seide, in Sammet, in Wolle, in den neuesten Fantasiostreifen, kleidsame Façons, 2,50 Mk., 4 u. 6 Mk.  
**Schwarze Capes** in feinem Rips 10 Mk.  
**Morgenröcke, Matinées u. Jupons** 3 u. 5 Mk.  
**Bachfisch-Saccos** 10 Mk.  
**Maassanfertigung.**

**Nur ein Mal**  
erscheint  
**dieses Angebot.**  
Um dem berechtigten Publikum unsere Leistungsfähigkeit recht vor Augen führen zu können, haben wir  
**1500 Winter-Paletots**  
konfektioniert, welche durch ihre solide Verarbeitung, hochmodernen, gediegenen Stoff, tadellosen Sitz als das  
**praktische Kleidungsstück der Saison**  
zu bezeichnen sind. Diese Paletots dürften, wenn man ihre vorzügliche Qualität und den außerordentlich billigen Preis in Betracht zieht, jedermanns  
**freudige Anerkennung**  
erlangen. Wir offerieren diese Paletots unter der Marke  
**„Treffer“**  
in dunkelgrauer Wariengo-Farbe, bestehend aus weichem, fein meliertem Oberstoff mit gutem Wollfutter oder gestepptem Wollfutter, ein- und zweifach, mit Sammettragen, die Nacht zweimal gefaltet, für jede Figur, normal oder anormal, passend, in Verarbeitung II zum Preise von  
**Mk. 18.-**,  
derselbe Paletot mit extrafeinem Wollfutter in Verarbeitung I, Lieberzieher nach Maß erscheidend, zum Preise von  
**Mk. 28.-**.  
Wir halten dieses Angebot nur so lange der Vorrat reicht aufrecht.  
Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Lieberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz. Beste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im grössten Maßstabe.  
**Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.**  
Herren- und Knabenbekleidungs-Fabrik.  
Begründet 1887. **Oranienstr. 40/41.**



Der Koniker Mord vor dem Berliner Gericht.

In der gestrigen Sitzung wird mit der Verlesung der Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen über die Vorgänge in Konik fortgefahren.

Es gelangen zunächst solche Zeugenaussagen zur Verlesung, die sich auf die gegen die Familie Leow geltend gemachten Verdachtsmomente beziehen.

Alsdann sollen die Aussagen aller derjenigen Zeugen verlesen werden, welche auf die Thatsache Bezug haben, daß Moritz Leow mit dem ermordeten Ernst Winter bekannt war. Da diese Thatsache Gegenstand einer Verhandlung gewesen, die mit der Verurteilung des Moritz Leow wegen Mordes endete, so macht der Vorsitzende Landgerichtsdirektor P i s h den Vorschlag, sich die Verlesung dieser Aussagen zu ersparen und sich auf die Befragungen des Ersten Staatsanwalts Schweigger zu beschränken. Man einigt sich auf diesen Vorschlag.

Erster Staatsanwalt S c h w e i g g e r wird hierauf kurz über das Gerippe des Mordprozesses Leow vernommen. Er belundet, daß 31 Zeugen eines Verlehrs zwischen Moritz Leow und Winter bezeugen könnten. Sechs davon habe er von vornherein ausgeschlossen, weil sie unglaubwürdig waren oder darüber keinen Zweifel ließen, daß die Zeugen in phantastischer Weise sich etwas eingebildet hätten, was sie nicht gesehen. Er selbst habe von vornherein nicht die Meinung gehabt, daß Moritz Leow die Bekanntschaft mit Winter aus dem Grunde ablenkte, weil er an dem Mord beteiligt sei, sondern weil er Jurist hatte, daß, wenn er die Thatsache der Bekanntschaft zugäbe, noch mehr Ungemach über ihn und seine Familie kommen würde.

Rechtsanwalt S o n n e n f e l d: Sie haben, Herr Erster Staatsanwalt, sich bei Ihrer Ueberzeugung von der Schuld des Moritz Leow im allgemeinen auf die übrig gebliebenen 25 Zeugen gestützt. Dürfen Sie es für möglich, daß man auch bei objektiver Würdigung dieser Zeugenaussagen zu einem anderen Urteil kommen kann?

S c h w e i g g e r: Das ist doch ein Urteil; warum soll das hier protokolliert werden?

Staatsanwalt S a n z o w: Es genügt doch, daß der Herr Erste Staatsanwalt Schweigger belundet, daß aus der Verurteilung des Moritz Leow wegen Mordes kein Rückschluß auf dessen Thätigkeit bei dem Mord gezogen werden kann.

S o r f: Er habe schon hervorgehoben, daß Moritz Leows Aussagen ziemlich verlauschelt waren. Er hat im allgemeinen gesagt, er kenne den Ernst Winter nicht, es sei ja möglich, daß er mit dem letzteren ein- oder mehreremale zusammen gestanden habe, aber er habe nicht gewußt, daß es Winter gewesen sei.

Angellagter D r u h n: Ist es nicht richtig, daß der Erste Staatsanwalt Schweigger wegen seiner Haltung im Moritz Leow-Prozess von der jüdischen Presse scharf angegriffen worden ist? — Erster Staatsanwalt S c h w e i g g e r: Ja, es sind Angriffe gegen mich erfolgt. — Angellagter D r u h n: Ist es richtig, daß der Rechtsanwalt Sonnenfeld diese Ihre Haltung zum Gegenstande eines Vortrages in einer jüdischen Versammlung gemacht und dabei Angriffe gegen Sie gerichtet hat, die eine Voruntersuchung wegen Beleidigung zur Folge hatten? — Zeuge: Ja. Ich muß aber im allgemeinen bemerken, daß die gegen mich gerichteten Angriffe

nicht entfernt berartige

waren, wie die gegen die Beamten durch die antisemitische Presse gerichteten Angriffe. In Konik konnte ein Beamter thun, was er wollte, er wurde immer angegriffen.

Es wird hierauf in der Verlesung der Zeugenaussagen, die Verdachtsmomente gegen die Leows belundet haben, fortgefahren.

Es belundet sich darunter eine Blätterin S i m o n o w s k i, die u. a. belundet hat: Im April 1900 lie sie auf der Straße von Juden angeprochen und im Gespräch über den Winterischen Mord angeknüpft worden. Auf die Frage, ob sie den Ernst Winter gekannt habe, habe sie dies bejaht und hinzugefügt, daß sie ihm Wistentarten gedruckt habe. Weiter sei sie gefragt worden, ob sie auch den Moritz Leow kenne. Auch dies habe sie bejaht. Die Juden hätten dann weiter gefragt, ob sie die beiden mal zusammen gesehen hätte und auf Bestätigung dieser Thatsache habe einer der drei Männer gesagt: Sie möchte davon still sein, er würde ihr auch etwas schenken. Sie sei aber darauf weggegangen. Ferner hat die Zeugin ausgefragt: Sie habe mit einem Kaufmann Friedländer in Konik Verlehrs gehabt; dieser habe einmal bei einem Gespräch den Winter bedauert und sich dahin geäußert, daß die

Juden Blut brauchten.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts S o n n e n f e l d bestätigt Erster Staatsanwalt S c h w e i g g e r, daß er diese Zeugin, welche auch schon befragt sei, nicht für zuverlässig halte.

Bürgermeister D e d i t i u s erklärt auf Befragen, daß die Zeugin eine Prostituierte sei.

Es werden dann die Aussagen verlesen, welche mehrere Zeugen über die ihnen vom Arbeiter Alexander Prinz (dem „dummen Alex“) gemachten Mitteilungen über die von diesem behauptete Ermordung des Winter im Leow'schen Keller abgegeben haben. Prinz ist im Masloff-Prozess nicht verurteilt worden, weil er nach Ansicht des Gerichts keine genügende Einsicht in die Bedeutung des Eides habe. Ueber die größere oder geringere Ungenauigkeit des Prinz werden von den Vertretern beider Parteien einige Ausführungen gemacht. Die Rechtsanwältin D r. H a h n und S i m o n s weisen darauf hin, daß die beiden Zeuginen, denen Prinz jene die Leow'scher bestellenden Mitteilungen gemacht, durchaus zuverlässige Personen seien. — Rechtsanwalt S o n n e n f e l d betont, daß in einem früheren Prozesse gegen Prinz der Medizinalrat D r. W ä l l e r in Konik den Prinz für im höchsten Maße geisteskrank erklärt und dann im Masloff-Prozess ihn als viel weniger unzurechnungsfähig angesehen habe.

Es wird sodann das ganze Urteil gegen I s r a e l s t i verlesen. Dieser war, weil er den Kopf des Winter fortgeschafft haben sollte, wegen Begünstigung angeklagt, aber freigesprochen worden.

Hieran reihen sich die Zeugenaussagen, die auf den Fall I s r a e l s t i Bezug haben.

Darauf wird der

Nebenkläger Kaufmann Caspar

aus Konik als Zeuge vernommen. Er sagt unter anderem aus: Er habe von einem Verlehrs seiner Tochter mit Ernst Winter nichts gewußt, sondern davon erst nach dem Mord bei Gelegenheit eines Besuchs erfahren, den ihm Frau Winter in der Nordstraße abstatte. Seine Tochter habe die Bekanntschaft mit Ernst Winter gar nicht abgeknüpft, ihre Abneigung bezog sich nur darauf, daß sie I s r a e l s t i Winter nicht kenne. — Zeuge: Sie sind nun auch verdächtigt worden? — Zeuge: Ja, durch die „Staatsbürger-Zeitung“. — Zeuge: Sie sagen das so leichtfertig. Es wurde doch wohl auch sonst darüber gesprochen, daß Winter vielleicht ein Judenmädchen gebrandet habe und dabei vielleicht übertrakt und getödtet worden sei. — Zeuge: Mir ist von einem Verdacht gegen mich nichts bekannt gewesen, bis der Artikel, der meinen Namen nannte, erschien. — Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge: Er sei durch den ersten Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ stark gekränkt worden, denn er habe starke Verminderung seiner Einkünfte im Jahre 1900 bemerkt, die er auf etwa 2400 M. schätze. Es sei auch vorgekommen, daß Frauen, die etwas kaufen wollten, was im Speicher lag, sich weigerten, mit ihm mitzugehen und daraus hervielen, daß er ja den Winter ermordet haben sollte; sie glaubten zwar nicht daran, aber man müßte doch vorsichtig sein. Andre Kunden seien von fremden Leuten angeprochen worden, doch nicht mehr von Juden zu kaufen. Der Vorsitzende weist auf eine Proklamation des Rechtsanwalts H a h n darauf hin, daß es in dieser ganzen Prozessschleife kaum zwei Zeugenaussagen gebe, die mit einander in Uebereinstimmung zu bringen seien.

Nach einer Pause wird der umfangreiche Bescheid des Ersten Staatsanwalts S c h w e i g g e r verlesen, durch welchen mitgeteilt wird, aus welchen Gründen das gegen den Fleischermeister Adolf L e w y, den Fleischergehilfen Moritz L e w y, den Prediger und Schächter Hamburger und den Fleischermeister Josef Eisenstädt (Breslau) eingeleitete Verfahren wegen Ermordung des Gymnasialisten Ernst Winter bezu. wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen und wegen Meineids eingestellt worden ist.

Es heißt im Eingange dieses Bescheides: „Es sind von Amts wegen die unvollständigen Ermittlungen darüber angestellt, in wie weit Personen jüdischen Glaubens an dem Tode des Ernst Winter beteiligt sein könnten. Jeder einzelne, von irgend einer Seite angeregte Verdachtsgrund ist eingehend untersucht, insbesondere sind auch die von dem Verein zur Aufklärung des Koniker Mordes und die in der Broschüre „Der Blutmord in Konik“ — mit einem Vorwort von Liebermann v. Sonnenberg — aufgestellten Behauptungen geprüft worden. Es hat sich jedoch kein ausreichender Verdacht ergeben, welcher die Erhebung der Anklage gegen einen der Beschuldigten oder eine andre Person zu rechtfertigen geeignet sein könnte.“ Es wird dann in dem Bescheide ausführlich dargelegt, daß Adolf, Moritz und Hugo Leowy einen völlig schlüssigen

Beweis ihres Aufenthalts

am 11. März in der kritischen Zeit von 2-7 Uhr nachmittags geführt haben. Es sei deshalb ausgeschlossen, daß sie an der Ermordung des Ernst Winter als Thäter beteiligt sein können, was Rechtsanwält Dr. Hahn in einer Eingabe in Bezug auf Adolf und Moritz Leow anerkannt habe. In dem Bescheide werden dann die bei dem Verdacht gegen die Familie Leow und die übrigen verdächtigen Juden in Frage kommenden Thatsachen Punkt für Punkt an der Hand der Zeugenaussagen geprüft und die Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit der Zeugen erörtert. In der Schwurgerichts-Verhandlung wider Moritz Leow, in welcher er wegen Meineids zu

vier Jahren Zuchthaus

verurteilt worden, sei ein Beweis für seine Beteiligung an dem Tode des Winter nicht erbracht worden. Der Handelsmann Wolf Joracelski aus Konik sei von der Anklage, den Kopf des Ernst Winter beiseite geschafft zu haben, rechtskräftig freigesprochen worden. Auch die Annahme, daß er den rechten Arm des Winter auf den evangelischen Kirchhof getragen habe, sei nicht erwiesen. Andererseits sei festgestellt, daß Ernst Winter in sittlicher Beziehung einen Lebenswandel geführt habe, welcher in argem Mißverhältnis zu seiner Jugend und zu seiner Eigenschaft als Oberrechner gestanden habe. Der Bescheid löst seine Ausführungen in folgende Punkte zusammen: 1. Der Verdacht gegen irgend eine der bisher in den Akten beschuldigten Personen, sei es mosaischen, sei es christlichen Glaubens, hat sich nicht bestätigt. 2. Die Behauptung des Blutmordes ist in subjektiver Beziehung nicht erwiesen und in objektiver Beziehung durch den Befund der Leichenteile und der Kleider widerlegt. 3. Ernst Winter ist den Erschlagungsstich bei Ausübung des Geschlechtsaktes gestorben. 4. Der Halschnitt ist nach dem Tode zum Zwecke der Leichenzerstückelung erfolgt.

Es gelangt ferner der Bescheid des Straffenats des Oberlandesgerichts zu Marienwerder vom 4. Juni 1902 zur Verlesung, der keine neuen Thatsachen enthüllt.

Es folgt eine längere Reihe von Kreuz- und Querfragen. Rechtsanwalt S o n n e n f e l d befragt den Bürgermeister D e d i t i u s, ob nicht der Fleischermeister Ad. Leow durch die Hege in Konik gezwungen worden sei, seine Schlächterei aufzugeben, da niemand mehr bei ihm ein Stück Fleisch kaufte, und daß er so seine Existenz verloren habe.

Bürgermeister D e d i t i u s: Ihm sei gemeldet worden, daß Leow auf dem Wochenmarkt Fleisch nicht mehr ausstellen konnte. Wenn Käufer sich bei ihm einfanden, so stellten sich gleich Leute rings herum und riefen: Leute, Ihr werdet doch nicht bei solchen Menschen kaufen? Der schlachtet ja Christen!

Das ist ja Christenfleisch!

Weiter habe er gehört, daß Moritz Leow, als er einem Kunden, der 12 Jahre lang ein Kunde von Leow war, Fleisch bringen wollte, er überfallen, mißhandelt und ihm bedroht worden sei, daß niemand mehr Fleisch von ihm kaufe.

Auf Befragen durch Rechtsanwalt S o n n e n f e l d belundet Kriminalinspektor D r a u n, daß er in einem einzelnen Falle bemerkt habe, daß eine Zeugin sich bei ihren Darlegungen darauf berufen habe: „es siehe ja in der Zeitung“.

Rechtsanwalt D r. H a h n: Ist dem Zeugen aber nicht auch bekannt, daß in Konik an dem Tage, als Hoffmann verhaftet worden sollte, gesagt wurde: „Wenn dies geschieht, dann kommen die Berliner Kriminalbeamten lebend nicht aus Konik“.

Zeuge D r a u n bestätigt dies. In seiner 31jährigen Praxis seien ihm und seinen Kollegen bei den Ermittlungen in Mordfällen niemals Hindernisse bereitet worden, aber jedesmal, wenn die antisemitische Bewegung eingreife, kommen solche Hindernisse.

Rechtsanwalt S i m o n s: Der Zeuge war ja wohl auch im Falle Thomastraße

amtlich thätig?

Zeuge D r a u n: Von dem Fall Thomastraße wollen wir hier lieber nicht reden. (Heiterkeit.) Es ist auch schon vorgekommen, daß Leute freigesprochen worden sind, die dann später eingekerkert haben, daß sie doch die Mörder und die Vermutungen der Polizei die richtigen waren!

Rechtsanwalt S o n n e n f e l d: Hat der Kommissar Wehn Grund zu der Annahme, daß die Hege in Konik erst durch die „Staatsbürger-Zeitung“ verurteilt worden ist?

Kommissar Wehn bestätigt dies.

Auf eine Anfrage des Rechtsanwalts S o n n e n f e l d bestätigt Erster Staatsanwalt S e t t e g a s t, daß ihm von einer Gesellschaft jüdischer Herren die Summe von 5000 M. eingehändigt worden sei, um damit die für Ermittlung des Täters oder für Herbeischaffung von Körpertheilen des Winter angesetzt Belohnung zu erhöhen. Gleich in der ersten Zeit habe außerdem ein jüdischer Herr aus Br. Stargard ihm eine größere Summe zur Ermittlung der Thäter überwiefen. Auch von christlicher Seite seien einige hundert Mark zu diesem Zweck gespendet worden.

Bürgermeister D e d i t i u s gibt auf Befragen zu, daß auch bei andern Mordthaten die Thäter unentdeckt geblieben sind.

Schließlich beruft sich Rechtsanwalt S o n n e n f e l d auf einen Artikel des Angellagten D r u h n in Nr. 200 der „Staatsbürger-Zg.“ vom 24. Juni darüber, daß dieser selbst nicht an Masloffs Behauptungen glaube, denn er habe darin den Standpunkt vertreten, daß nach seiner Ansicht der Mord in der Schächtenstall neben der Synagoge geschehen sei.

Angell. D r u h n erwidert, daß dieser Artikel wesentlich den Zweck hatte, der Vermutung entgegenzutreten, als habe er sich die Aussage des Masloff zurecht gemacht.

Die Verhandlung wird hierauf auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Lokales.

Am Ende der Beweisaufnahme.

„Ich bemerke,“ sagte gestern der Vorsitzende im K i u a l m o r d-Prozesse zu dem Zeugen C a s p a r i, daß in dieser ganzen Angelegenheit über seinen wichtigsten Umstand auch nur zwei übereinstimmende Zeugenaussagen zu erzielen waren.“

Eine Weile zuvor hatte man den „Fall“ Moritz Leow besprochen. Der Sohn des „Christenflächters“ hatte, gehebt und von Todesangst geschüttelt, bekrüht, mit dem Ermordeten bekannt zu sein. Das sollte vier Jahre Zuchthaus! Wer als Beschuldiger vernommen wird, weil er einen Apfel gestohlen hat, darf

ungestrast das Blaue vom Himmel herunter fliegen. Man kann, weil die Folter abge schafft ist, von niemand verlangen, daß er Belastungsmaterial wider sich selbst herbeischleppet. Aber Moritz Leow war gar kein Beschuldiger — sagte der gelehrte Jurist. Daß sogar der preussische Justizminister ungeduldig an der Schnur des Fallbeils zapfte, unter das die Familie des Mordmörders ihr Haupt legen sollte, kann daran nichts ändern. Moritz Leow war gesetzlich verpflichtet, die reine Wahrheit zu sagen, auch wenn die reine Wahrheit unter Umständen den Kopf seines unschuldigen Vaters gefährden konnte, — sagt der gelehrte Jurist. „Er hatte Furcht, daß noch mehr Ungemach über ihn und seine Familie kommen würde —“, sagte der Staatsanwalt S c h w e i g g e r, das ihm den Prozeß gemacht hatte.

Dann schleppte sich die Verhandlung durch die Wüste der Verlesungen. Stunden und Stunden scheint der Gerichtshof sich zum Verlesenszweck verwanbelt zu haben. Man nennt das mündliches Verfahren, weil dabei schließlich kein andres Organ beschäftigt ist und sein kann, als der Mund. Richter sind keine Vortragmeister — das eintönige Gemurrel reizt die Nerven. Auch der gespanntesten Aufmerksamkeit kann es nicht gelingen, dauernd dem Inhalt zu folgen. Man hört wieder von dieser Hausjudung, wieder von jenem Gutachten, der große Schuttsausen wird nochmals gründlich durch- und umgewälzt.

Gegen Abend wird's wieder ein bißchen lebendiger. Auf Anregung der Verteidiger geben nämlich die Herren von der Sicherheitsbehörde ihre Jagdgeschichten zum besten. Der Kriminalinspektor Braun (sein Schreibfester hat ihn jüngst zum Kommissar herabgewürdigt) durfte wieder von seinen ungeheuren Erfolgen erzählen. Wenn es ihm schief ging, waren nur die Antisemiten daran schuld. Sehr eigentümlich waren die Aufstellungen, die der temperamentvolle Herr zu jenem Fall Thomastraße gab, in dem es ihm bekanntlich gleichfalls gründlich vorbeigelungen war. Man erinnert sich noch des Auffehens erregenden Falles aus dem letzten Sommer. Ein geriebener Verbrecher sollte seinen Genossen ermordet und dem Getöteten seine (des Mörders) Uhr in die Westentasche gesteckt haben! Thomastraße wurde, wie zu erwarten war, freigesprochen — und die Kriminalpolizei wartet darauf, daß der Freigesprochene eines Tages selbst seine vermeintliche Schuld gesteht. Es scheint also, wenigstens wenn es nach Herrn Braun geht, zur Aufklärung des Falles Köpfer nichts mehr versucht worden zu sein.

Nicht sibel war auch, was die Herren D e d i t i u s und S e t t e g a s t aus Konik zu erzählen wußten. Da ist im Jahre 1807 in einem Kumpel bei Konik ein Mann tot aufgefunden worden, den man zuerst in einem berichtigten Lokale gesehen hatte. Er hatte ein Loch im Kopfe, aber man nahm an, daß er ertrunken sei. Wäre der Mörder Winters ein bißchen geschickter gewesen, so hätte es wohl in Konik einen „Ertrunkenen“ mehr gegeben. Wahrscheinlich, wenn man die Herren hörte, so konnte man fast glauben, daß Konik den Mördern, die im Winter in Berlin herumspazieren, zur Sommerfrische diene.

Heute dürfte nach Schluß der Beweisaufnahme mit den Plaidoyers begonnen werden.

Das Projekt der städtischen Nord-Süd-Linie, einer Unterpflasterbahn, welche den Norden, Platz H an der Seestraße, mit dem Südwesten, Schöneberg, Eisenacherstraße, verbinden soll, hat die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen nun endlich fertiggestellt und Entwurf nebst Kostenanschlag an den Magistrat abgeliefert. Die Gesellschaft war mit diesen Arbeiten im Juni v. J. betraut worden, weil dieselbe durch die Ausführung des Spreetunnels bei Stralauer Treppweg schon einige Erfahrungen gesammelt und auch bereits ein Projekt für eine Unterpflasterbahn vom Norden nach dem Süden der Stadt (allerdings im Zuge der für Tunnelbauten verschlossenen Friedrichstraße) ausgearbeitet hatte. Die durch die Prinz Louise, Ferdinand-, Charlotten-, Markgrafen- und Lindenstraße geplante städtische Unterpflasterbahn, deren Linienführung wir schon früher genauer mitgeteilt haben, hat ungefähr dieselbe Länge, wie die elektrische Hochbahn; sie ist 11,2 Kilometer lang, während letztere (bis zum Zoologischen Garten gerechnet) 10,1 Kilometer Länge besitzt. Auch die Zahl der Haltestellen wird bei beiden Bahnen annähernd gleich sein: für die städtische Nord-Süd-Linie sind 15 Haltestellen geplant, während die Hochbahn deren 13 besitzt. Radschäftlich der Baukosten aber werden sich beide Bahnen wesentlich unterscheiden. Der Kostenanschlag der städtischen Linie schließt mit rund 56 Millionen Mark ab, während die Hochbahn nur 32 Millionen Mark gekostet hat und zwar einschließlich der Grunderwerbskosten (!) Ueber Berücksichtigung der letzteren dürfte sich der Preis pro Kilometer Tunnelstrecke, der nach dem Vorschlag „nur“ fünf Millionen Mark kosten soll, ganz bedeutend erhöhen. Bei der Hochbahn kostete der Kilometer Bahnstrecke (gleichviel ob ober- oder unterirdisch) etwas über drei Millionen, für die Untergrundbahn in Paris mußten 3 1/2 Millionen und für die Central-London-Bahn sogar über sieben Millionen Baukosten angewendet werden.

Wiederaufnahme der Schnellbahnfahrten. Die Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen hat jetzt die Verluhsfahrten auf der Militärbahn zwischen Mariensfeld und Jossen wieder aufgenommen. Die Fahrten finden täglich zwischen 9 und 11 Uhr während der Betriebspause der Militärbahn statt. Es wird wieder abwechselungsweise mit dem Wagen von Siemens und Halske und dem von der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft gefahren. Der Wagen von Siemens u. Halske ist gegen früher dadurch wesentlich leichter gemacht worden, daß man zwei Motoren und einen Transformator entfernt hat. Sonst haben beide Wagen einige weniger wesentliche Änderungen erfahren. Die Schnelligkeit der Fahrten geht bei den jetzigen Versuchen bis zu 130 Kilometer in der Stunde. Zweck der jetzt aufgenommenen Versuche ist nicht hohe Geschwindigkeiten zu erreichen, sondern genaue Messungen zu veranstalten. Insbesondere soll der Verbrauch an Strom genau festgestellt werden, um eine Grundlage für die Wirtschaftlichkeit von elektrischen Schnellbahnen zu gewinnen. In zweiter Linie wird der Luftwiderstand, welche die Fahrzeuge bei den hohen Geschwindigkeiten erleiden, durch längere Verluhsfahrten festgestellt werden. Die Verluhsfahrten sollen sich über mehrere Wochen bis zum Eintritt des Winters erstrecken.

Die Ankunft der Boerengenerale in Berlin wird nach den neuesten Mitteilungen einen halben Tag früher, als anfangs gemeldet war, erfolgen. Die Generale treffen bereits am Donnerstag, 16. Oktober, nachmittags 5 Uhr 23 Minuten, auf dem Bahnhof Zoologischer Garten ein. Die Fahrt nach der Stadt geht an der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche vorbei, durch die Tauenzienstraße, über den Kollendortplatz, durch die Raakenstraße nach dem Nigowplatz, dann die Friedrich Wilhelmstraße und die Hofjäger-Allee entlang zur Charlottenburger Chaussee, um durch das Braudenburger Thor und die Wilhelmstraße nach ihrem Abbiegenquartier in der Prinz Albrechtstraße zu gelangen. Hier erwartet die Gasse der große Empfangsausschuss zur Begrüßung.

Was was für Kapitalverbrechen zuweilen die Kriminalpolizei beschäftigt wird, zeigt ein klassischer Fall aus der Köthenerstraße. Hier besitzt eine alte Dame, eine Rentnerin, eine Kage, die sie sehr lieb hat. Als sie sah, daß das Tier mehr und mehr erkrankte, und erkannte, daß sie sich von ihm trennen müsse, ließte sie es in einen Korb und übergab es einem ihr bekannten Jungen, daß er es nach der Tierärztlichen Hochschule bringe, um es vergiften zu lassen. Auf dem Dusenplage fing die Kage an, erbärmlich zu miauen. Arbeiter, die es

Hörten, vermuteten, daß der Junge die Kasse gestohlen habe, um sie an einen Wirt zu verkaufen. Sie nahmen den Wirt, der gerade nicht zu dem aufgewecktesten gehört, in die Mitte und öffneten den Korb, um einmal zu sehen, was er berge. Die gefangene Kasse benutzte die Gelegenheit zur Flucht, setzte über die Köpfe der Arbeiter hinweg und hatte im nächsten Augenblick den Gipfel eines Baumes erklommen. Nun meinte ein Schiffer, der sich die Sache auch mit angesehen hatte, der Korb ohne die Kasse könne dem Jungen auch nichts nützen er dagegen könnte ihn sehr gut gebrauchen. Gutmütig wie er ist gab der Junge den Korb ihm und wollte nun der Dame berichten wie es ihm ergangen war. Da er sie nicht zu Hause traf, so hielt er die Sache für erledigt und kümmerte sich nicht mehr darum, bis am zweitfolgenden Tage die Herrin der Kasse ihn selbst auffuchte, um sich nach dem Schicksal zu erkundigen. Treuherzig erzählte ihr der Junge die ganze Geschichte, seine Vermutung daß die Kasse noch auf dem Baume sitzen könnte, traf zu. Sie erkannte auch ihre Herrin, kam herunter und ging wieder mit ihm nach Hause. Die gute Dame aber begab sich zur Polizei und zeigte den Jungen an, weil er vermutlich von vornherein gar nicht die Absicht gehabt habe, die Kasse nach der Hochschule zu bringen, sondern von dem Gedanken ausgegangen sei, sich durch Aneignung des Fahrgehaltes für die Straßenbahn oder den Omnibus widerrechtlich zu bereichern. So muß denn nun diese Staatsaktion die Kriminalpolizei beschäftigen, und es wird eine ganze Menge Verhöre, Vernehmungen und Schreibereien kosten, bis sie erledigt ist.

**Glücksstatistik.** Im Männerklub des Berliner Arbeitervereins für Obdachlose nächstigen im Monat September 20 252 Personen, wovon 9385 haben; im Frauenklub 4932 Personen, wovon 1134 haben. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstraße 55/59, für Frauen: Fäßlißstr. 5.

**Ueber die Verhaftung eines Berliner in Sibirien** werden uns folgende Einzelheiten gemeldet: In Torbole am Gardasee wurde vor einigen Tagen ein Herr J. Moser-Rothschild, angeblich Sohn (Stiefsohn) des Bankiers und Handelsrichters L. S. Rothschild aus Berlin unter dem Verdacht der Hochtapesel festgenommen. Er wurde beschuldigt, sich dort für einen Sohn des Baron Heinrich Rothschild aus Berlin ausgegeben und unter diesem Namen Schwindelgeschäfte zu haben. Der Verhaftete, welcher dem Kreisgerichtsgefängnis in Aboveto zugeführt worden war, ist nach Prüfung seiner Legitimation sofort wieder in Freiheit gesetzt worden. Es soll sich um eine Betrugsanzeige gehandelt haben, welche von privater Seite angeblich in böswilliger Absicht beim Bezirksgericht Riva erstattet worden war.

**Mit 700 Mark durchgebrannt** ist ein 21 Jahre alter Handlungsgehilfe Gustav Boerner aus der Emdenerstr. 49, der seit einem Jahre im Comptoir der Riffenmacherei von Giesborn in der Reichenbergerstraße 47 beschäftigt war. Boerner sollte am Sonnabend für die Geschäftshaber einen Wechsel über 700 M. einlösen, besorgte das auch, lieferte aber das Geld nicht ab und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Der junge Mann wußte sich stets den Anschein eines harmlosen Menschen zu geben. Erst jetzt stellte sich heraus, daß er gern mit zweifelhaften Menschen verkehrte. Der flüchtige, der von der Kriminalpolizei verfolgt wird, ist mittelgroß, schlank und blaß, hat blondes Haar und keinen Schnurrbart und trägt einen schwarzen Sommerüberzieher, einen braunen Jacketanzug und neuen schwarzen weichen Hut.

**Zu dem Eisenbahn-Unfall auf dem Schlesienschen Bahnhof**, über den wir kürzlich berichteten, erfahren wir weiter, daß der Zustand des Heizers Robert Grotzke, der bis dahin sehr schlecht war, sich seit gestern, Mittwochmorgen, wesentlich gebessert hat. Die Ärzte hoffen jetzt, den Verunglückten am Leben zu erhalten. Dagegen hat sich das Befinden des Hilfsheizers Theodor Kriebel, der zunächst an beiden Weinen erlitt, verschlechtert. Kriebel schien zunächst nur leicht verletzt zu sein und wurde daher zu weiterer Behandlung mit einer Droschke nach der Wohnung in der Remelerstr. 11 gebracht. Von dort mußte er vorgeführt mit einem Radschienen Rettungswagen nach dem Roabiter Krankenhaus gebracht werden.

**Hunderttausend Mark.** Ein 60 Jahre alter Kaufmann Dienert aus der Dollanstraße in Panlow, der trotz seiner Jahre als Volontär in einer Reißwarenfabrik in der Linienstraße angestellt war, hatte von seiner Schwester, die in der Parkstraße zu Panlow wohnt, deren Vermögen von 100 000 M. zur Verwaltung erhalten. Da er die Zinsen pünktlich bezahlte, so glaubte seine Schwester, daß alles in bester Ordnung sei, und trug auch kein Bedenken, ihm ein Blanko-Accept zu geben, dessen er im Interesse der Vermögensverwaltung zu bedürfen erklärte. Die Dame war wie aus den Wolken gefallen, als ihr am Dienstag ein Wechsel über 22 000 M. präsentiert wurde, dessen Accept sie nicht bestreiten konnte. Bevor sie sich noch Auffklärung verschaffen konnte, traf die Nachricht ein, daß Dienert seinem Leben ein Ende gemacht hatte. Man hatte ihn am Donnerstag früh auf Zehlendorfer Gebiet im Grunewald erschossen aufgefunden. Von den 100 000 M. waren noch 13 Pfennige vorhanden. Dienert hatte das, was er als Zinsen abrieferte, jedesmal vom Kapital genommen, dieses ganz aufgebraucht und sich damit auf das Blanko-Accept noch 22 000 M. verschafft. Seiner Schwester, die morgens noch eine reiche Frau zu sein glaubte, wurde im Laufe des Tages alles verfliegt, da sie für den Wechsel keine Deckung hat.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Kranienstraße 43 gerufen. Hier war auf nicht ermittelte Weise in dem Maschinenraum der Buchdruckerei von Schroy Feuer ausgebrochen, das Papier, Pappen &c. ergriffen hatte. Die Gefahr wurde rechtzeitig bemerkt, so daß das Feuer mit einer Schlauchleitung in verhältnismäßig kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Längere Zeit hatte die Wehr Dienstagabend in der Neuen Friedrichstraße 69 zu thun. Infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung war hier in einem Keller ein Brand entstanden, der in kurzer Zeit dort aufgesperrte Kohlen und Brauereiergruß und eine größere Ausdehnung anzunehmen drohte. Die Wehr griff den Brand sofort mit mehreren Rohren an, und es gelang ihr nach einstündiger angestrengter Arbeit, das Feuer auf den Keller zu beschränken. Gardinen und Kleidungsstücke gingen abends 10 Uhr in der Kottbusstraße 25 in einer Wohnstube in Flammen auf, die jedoch in kurzer Zeit erstickt werden konnten. Nach der Königsstr. 18 wurde die Wehr gerufen, weil hier infolge Gasausströmung eine Explosion befürchtet wurde. Die Gefahr wurde beseitigt. In der Sophienstr. 21 war kurz vorher in einem Keller ein Brand ausgebrochen, der aber bald beseitigt wurde und in der Hauptstadt Möbel und Wäschestücke beschädigte. Außerdem hatte die Wehr in der Wilschstraße noch Alarmierungen von der Friedensstr. 63 und von der Strahmannstr. 14 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich jedoch lediglich um „blinden Lärm“.

**Durch einen Sturz aus dem fünften Stock** hat sich Mittwochmorgen die 24 Jahre alte Schneiderin Karoline Walla aus der Königsstr. 47 das Leben genommen. Das Mädchen, das mit seiner Mutter, der Witwe eines Konditors, eine Dachwohnung inne hatte, krankte seit fünf Jahren an einem Rückenleiden und war infolgedessen sehr nervös geworden. Am Montag kam sie aus einer Heilanstalt, in der sie zehn Tage zugebracht hatte, gegen den Rat der Ärzte wieder nach Hause. Während gestern morgen um 6 Uhr die Mutter noch schlief, stand sie heimlich auf und stürzte sich aus dem Dachfenster auf den Bürgersteig der Königsstraße hinab. Ein Wächter fand sie mit zertrümmertem Schädel tot daliegen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

**Zu den häßlichen Handwerkerstößen**, welche das Winterhalbjahr am Sonntag, den 12. bezw. Montag, den 13. d. Mts., eröffnen, beginnen am heutigen Sonntag die Anmeldungen (Andreasstr. 1/2 vom. 9 bis 12 Uhr), sie dauern bis zum 10. Oktober (Andreasstr. 1/2 und Lindenstr. 97 von 6—8 Uhr nachm.) Der Unterricht beginnt am 12. Oktober.

**Der Pharusverlag**, Königin Augustastr. 3, dessen überflüssiger Plan von Berlin neulich von uns erwähnt worden ist, sind von einer Reihe größerer deutscher Städte jetzt ebenfalls Pläne herausgegeben. Aufgenommen sind bis jetzt Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Bremen und Dresden. Alle Arten zeichnen sich durch die eigen-

artige Anordnung aus, die kürzlich von uns an dem Berliner Plan hervorgehoben wurde und ermöglichen auch in diesen Städten eine schnelle und zuverlässige Orientierung.

### Aus den Nachbarorten.

**Steglitz.** Ueber eine zu milde Handhabung der Bau-polizei besteht in den Kreisen der hiesigen Hausbesitzer große Aufregung. Nicht die vielfach mangelnden Schutzvorrichtungen an Neubauten sind es, die man der Polizei zum Vorwurf macht — was kümmert unsere Hausagrarier Leben und Gesundheit der Bauarbeiter — sondern die allerdings merkwürdige Thatsache, daß der Beamten-Wohnungs-Verein in der Velfortstraße ein vierstöckiges Wohnhaus unter den Augen der Polizei errichten konnte, ohne eine Baugenehmigung zu haben. Diese konnte nicht erteilt werden, weil die Regulierung der betreffenden Straße noch nicht festgestellt war.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung, die sich mit Straßenregulierungen beschäftigte, war von Seiten der erbohten Hausbesitzer eine Attade auf den Polizeibefehl und auf den verhassten Konkreten, den angeblich in seinem unläuterer Wettbewerb begünstigten Beamten-Wohnungs-Verein geplant, aber die „Staatsverhältnisse“ hatten es vorgezogen, angesichts der Wahlen die peinliche Familienszene in geheimer Sitzung zu erledigen. Der Verlauf der öffentlichen Sitzung zeigte aber klar, daß der neue Bürgermeister ganz zu Unrecht der Begünstigung gemeinnütziger Unternehmungen verdächtigt wird. Bei Feststellung eines Bedarfsplans, der das von der Albrecht-Halste- und Mariendorferstraße umschlossene große unbebaute Gelände betrifft, hatte der Gemeindevertreter Kapp (Soz.) beantragt, die Sache zu vertragen, um vor Genehmigung des Plans für Gemeindegewinne von dem betreffenden Unternehmer die Sicherstellung eines für Schul- oder öffentliche Gebäude geeigneten Grundstücks zu verlangen. Dieser Antrag wurde nicht nur von den Vertretern der Grundbesitzer als ein „eigenartiges Verlangen“ sogar als „Sabotier“ belächelt, auch der Bürgermeister hatte wieder „rechtliche Bedenken“. Das öffentliche Interesse müsse dem Privatinteresse vorangehen. Die Erschließung dieses Geländes, das dem Unternehmer Tausende einbringt, bezeichnete er als im öffentlichen Interesse liegend, wie sich die Gemeindegewinne durch die Veräußerung der Grundstücke der Privatinteresse. Mit dieser Kapitalistenlogik war die Mehrheit einverstanden und lehnte den Antrag ab. Weiter wurde die Errichtung einer fliegenden Gemeindegewinnklasse beschloffen und der sozialdemokratische Antrag, die leerstehenden Klassenzimmer des Gymnasiums zu benützen, abgelehnt.

**Friedenau.** Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung bewilligte u. a. in erster Lesung 60 000 Mark für Erbauung eines Armenhauses. Nach einem vorgelegten Entwurf ist das Gebäude wie folgt geplant: Der erste und zweite Stock enthält je einen Schlafsaal mit 28 Betten; im Erdgeschoß liegen zwei Räume für Kinder, das Aufnahmezimmer und die Küche. Jedes Geschöß erhält einen Hofraum mit direktem Zugang vom Saal, Koflet und Geräteraum, während im Kellergeschoß drei Wäschkästen, drei Gefängniszellen (1) und der Desinfektions- und Baderaum vorgezogen sind. Der Wohnungszweck soll im ersten und zweiten Stock je ein einzelner Zimmer nebst Klosett, sowie Wohnraum für den Hauswart und einen Arbeiter erhalten. Wenn uns auch die gemeinsamen Schlafsäle für ein Armenhaus nicht geeignet erscheinen, so dürfte doch immerhin, wenn das Projekt verwirklicht wird, unsere Gemeinde ein Armenhaus erhalten, welches sich in Bezug auf Hygiene und einen gewissen Komfort sehr vorteilhaft vor denjenigen Häusern in anderen Gemeinden, speziell auch der Berliner Vororte, auszeichnet. Daß Herr Gemeindevertreter Hamuth die Kosten für ein derartiges Gebäude zu hoch waren und Herr Schöffe Draeger die gemeinsamen Schlafsäle als Mittel betrachtet, um zu verüben, daß sich jemand allzu lange wohl darin fühle, vermag die Vermuthung über den gefassten Beschluß nicht zu beeinträchtigen.

**Zehlendorf.** Ueber die Frage, ob sich die Gemeinde ein Direktorialgebäude zum Gymnasium für 55 000 M. leisten soll, stritten sich die Herren Vertreter in der letzten Gemeinderatssitzung. Herr Jethen, der Vertreter von Schlachtensee, meinte, man müsse der Welt zeigen, was Zehlendorf leisten könne. Nach diesem durchschlagenden Argument wurde die Erbauung des Gebäudes beschlossen, trotz des Bedenkens wegen der 132 Proz. Gemeindesteuerzuschlag, die der Ort erhebt. Bei dieser Gelegenheit wies ein Vertreter darauf hin, daß die Gemeinde 26 000 M. gespart hätte, wenn es ihr bereits vor zwei Jahren eingefallen wäre, das Friedhofsterrain zu kaufen.

**Spandau.** Am kommenden Montag findet hier selbst die Erziehung zweier Stadtverordneten der III. Abteilung (für die ausgeschiedenen Stadtverordneten Stellenberg und Wehe) statt. Ihre Genossen werden in dieser Erziehung in der zu morgen Freitagabend 8 1/2 Uhr, nach dem Runkelischen Saale, Schönwalderstr. 80 einberufenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins Stellung nehmen und ihrerseits Kandidaten nominieren. Da in dieser Generalversammlung auch zugleich die Berichte vom Parteitag &c. entgegengenommen und die Remoahl der örtlichen Parteileitung vorgenommen werden sollen, so darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß sich die Parteigenossen zu dieser Versammlung recht zahlreich einfinden werden!

**Zwei Personen im Zegeler See ertrunken.** Am Sonntagmorgen um 7 Uhr waren der Techniker Fielde und der Ingenieur Friedrich, mit einem Doppelkutter ohne Steuermann von Zegel aus fortgefahren. Gegen 8 Uhr trafen sie in Conradshöhe ein und hielten sich dort etwa ein und eine halbe Stunde auf. Dann fuhren sie nach Vordorf und von da wieder zurück nach Conradshöhe. Gegen 8 Uhr abends begann es heftig zu regnen; auf Anraten des dortigen Gasthausbesizers schoben beide Herren die Rückfahrt auf. Fielde machte den Vorschlag, in Conradshöhe zu übernachten; Friedrichs indessen lehnte es ab, dazubleiben; so fuhren beide, da der Regen inzwischen nachgelassen hatte, gegen 12 Uhr nachts von Conradshöhe ab. Doch kaum waren sie eine halbe Stunde gefahren, als das Boot infolge des stürmischen Wetters kenterte und beide Insassen aus demselben in die Fluten geschleudert wurden. Trotzdem beide gute Schwimmer waren, gelang es ihnen nicht, jedenfalls infolge der großen Finsternis, sich zu retten. Am gestrigen Morgen wurde das gekenterte Boot in Zegelort an Land getrieben; ein dortiger Bootsverkäufer barg es. In einiger Entfernung von dem Schaller trieben drei Riemen, der vierte war nicht mehr aufzufinden. Im Steuerkasten des Bootes wurde eine goldene Uhr gefunden, die auf 1/2 Uhr zeigte. Sofort wurden die Behörden in Kenntnis gesetzt, man suchte den See ab, ohne jedoch die Leichen bisher aufgefunden zu haben. Fielde stand im Alter von 22 Jahren, während Friedrichs bereits 26 Jahre alt war.

### Vermischtes.

**Ein Knabe in Brand gesteckt.** Ueber ein entsetzliches Brandunglück wird uns aus Schwiebus in der Mark folgendes gemeldet: Unter mehreren auf der Straße des kleinen Industriestädtchens spielenden Knaben war eine Schlägerei entstanden, in deren Verlauf ein 13 jähriger Schüler mit einer, mit Benzol gefüllten Bierflasche nach einem seiner Gegner schlug. Die Flasche ging entzwei und ihr Inhalt ergoß sich über die Kleidung des Betroffenen. Um zu sehen, ob Benzol auch gut brennt, entzündete einer der Kinder ein Streichholz und hielt die Flamme gegen die mit dem Zündstoff durchtränkte Kleidung. Im nächsten Moment glück der unglückliche Knabe einer lebenden Fackel und seine Spielkameraden ließen nun schreiend laut, das brennende Kind sich selbst überlassend. Zwar wurden die Flammen bald durch hinzukommende Passanten erstickt, doch hatte der Kleine schon furchtbare Brandwunden am ganzen Körper erlitten, so daß an seinem Wieder-aufkommen gezweifelt wird.

### Ostböhmer Kultur. Aus Mänslerberg in Schlesien berichtet

das „Eproltauer Wochenblatt“ am letzten Sonntag: In einer Bekanntmachung des Landrats heißt es: „Dem Kreisfrankenhaus sind in letzter Zeit viele Kranke im Zustande größter Vernachlässigung und Unsauberkeit (voll von Ungeziefen) zugeführt worden...“ Der Landrat droht im Falle weiterer Mängel den Guts- und Gemeindevorständen mit disziplinarischem Einschreiten.

Es ist für den starrer ostböhmer Zustände ja nichts Neues, daß auch aus Heilschleifengründen die Landflucht als ein Segen zu begehren ist. Was dem Landpatrioten unter der Fuchtel des Guts herrn nur schwer zu üben möglich ist, die Pflege des eignen Körpers, das lernt er unter dem wohlthätigen Zwange seiner an höhere Kultur gewöhnten Arbeitgenossen in der Großstadt ebenso wie ihm unter deren Einwirkung die Hebung der Solidarität und der sittliche Abscheu vor Streibecherdiensten beigebracht wird.

**Dynamitanklag** auf einen Hochzeitsgast. In der Gemeinde Krüthor im Sumpader Komitat führte der Bergarbeiter Georg Barbus nach dem „W. R.“ einen furchtbaren Nachgeplan aus. Barbus verfolgte die Tochter des Grubeninspektors Bogizjan mit Heiratsanträgen, wurde aber wiederholt abgewiesen. Als nun dieser Tage das Mädchen ihre Hochzeit mit dem Oberleutnant Petrosan feierte und aus der Kirche kam, warf Barbus eine Dynamitpatrone zwischen die Hochzeitsgäste. Unter furchtbarem Getöse platzte die Patrone und tötete den als Hochzeitsgast erschienenen Ortsinsassen Anton Spingura auf der Stelle. Mehrere andre Hochzeitsgäste erlitten schwere Verletzungen. Sechs Pferde wurden ebenfalls von der Bombe zerrissen. Barbus wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 1. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: „Jahresrückblick.“ — Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von R. Kautsky. 1. Religion und Aberglaube. — Neuere Theorien der Unterirdischen. Von Karl Grottel. — Ca' canny. Reise in Schottland. Von Karl Regier. — Der Parteitag in Ancona. Von Oda Oltner. — Literarische Rundschau: Chr. Bege, Die Blüthezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840 bis 1870. Von Alexander Gottlieb, Wien.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Colporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Preisliste des Postamtes ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 21 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. In der Nummer wird die Leser vor allem eine photographische Aufnahme von Berliner Delegierten zum Münchener Parteitag interessieren, welche anlässlich des Auszuges nach dem Starnberger See auf der Reitmanshöhe aufgenommen wurde. In der heftigen Schärfe zeigt das Bild die Portraits von Singer, Kuer, R. Fischer, Ed. Bernheim, Deise, Kautsky, Krona und zahlreichen andern bekannten Parteigenossen und Genossen, wodurch die Nummer zu einem Erinnerungsbild von hohem Interesse für alle Parteigenossen wird.

Aus dem sonstigen Inhalt der Nummer heben wir sodann die beiden farbigen Bilder „Etwas aus Gröden“ und „Von der deutsch-russischen Grenze“ hervor. Ferner enthält die Nummer die Illustrationen „Neues von Ehrenstimm“, „Das Frohlockerfest“, „Fischmarkt“, „Im Münchener Hofbräu“, „Mittel und seine Freunde“ und „Anderstpielzeug“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Geschichte „Offene Stellen“ von Ludwig Kraus, „Achtung!“ von Erich Kühn, „Ostpreussisches Lehrerbild“, „Die Händler“, „Der tolgelobene Javanese“, „Der alte Geheimrat an seinem Sohn“, „Die Edelstein und Beiten“, „Die Finken und die Presse“, „Heilige Knochen“ (in schillerndem Dialekt), „Der Dalkes in Portugal“, „Münchener Hofbräuhaus“, „Ganzeln“ von Ernst Kretschke, sowie noch eine größere Anzahl kleiner Beiträge in Prosa und Poesie. Der Text der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

**Sozialistische Monatshefte.** Oktoberheft. Enthält u. a.: Dr. Eduard Dabls: Das Gericht in München. Dr. Leo Krona: Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Wolfgang Heine: Eine Frage der parlamentarischen Arbeitweise. Adolph v. Elm: Freiwirtschaftspolitik. Dr. Hugo Lindemann: Der Parteitag in der Kommunalverwaltung. Uly Braun: Die Frauenfrage auf dem Münchener Parteitag.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 21 des 12. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag zu München. — Zur Lage der Arbeiterinnen der Einzelindustrie in Nürnberg. Von L. Stein. — An alle, die es angeht. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Aus der Bewegung. — Heiligkeit: Ein Kind. Skizze von Paul Bröder. — Kollegien: Weibliche Heiligkeit. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gemerkliche Arbeiterinnenorganisation. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenrecht. — Frauenbewegung. — Dienstfrage.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Preisliste für 1902 unter Nr. 3951) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

### Karl Samuel

(Stadtbezirk 108b) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Kantow aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Lese- und Diskussionsklub Süd-Ost.

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser Genosse

### Karl Samuel

am Dienstag früh gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags um 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Kantow aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

### Julius Rogge

am 4. Oktober verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Gemeinde in Wilhelmberg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Nach langem schweren Leiden entschlief am Dienstag, den 7. Oktober, 5 1/2 Uhr, unser innigstgeliebter Tochter und Schwester

### Anna Pantel

im 21. Lebensjahre. Dies zeigen bekräftigt an

### Fritz Pantel u. Frau.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Oktober, von der Leichenhalle des neuen Altdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg aus statt. (3665b)

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

### Eduard Karoschat

am 5. Oktober verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags um 4 Uhr, vom Krankenhaus Roabit aus nach dem alten Johannes-Kirchhofe in der Seestraße statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Knopfmacher

### Fritz Bleichert

am 3. Oktober plötzlich verstorben ist und am Mittwoch, den 8. Oktober, zur letzten Ruhe beigesetzt wurde. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

### Danksgiving.

Für die zahlreichen Beweise innigster Teilnahme am Grabe meiner lieben Frau und unsern guten Mutter sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

### G. Steinsurth und Kinder.

erhaltenster Qualitäten.

### Möbel

vereinte Berliner Möbelschleier Alexan. Mosevius & Zimmermann, derstr. 42 Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.